



Niedersächsischer Landtag

Stenografischer Bericht

2. Sitzung

Hannover, den 27. Februar 2008

Inhalt:

**Feststellung eines Sitzverlustes gemäß Artikel 11
Abs. 2 der Niedersächsischen Verfassung i. V. m.
§ 8 Abs. 2 des Niedersächsischen Landeswahlge-
setzes** - Antrag des Präsidenten des Niedersächsi-
schen Landtages - Drs. 16/14..... 39

**Mitteilungen über die Zusammensetzung des
Ältestenrats**..... 39

**Abgabe der Regierungserklärung durch den Mi-
nisterpräsidenten**..... 39

Walter Hirche, Minister für Wirtschaft, Arbeit und
 Verkehr.....40, 45, 55

Aussprache über die Regierungserklärung 61
 Wolfgang Jüttner (SPD).....61, 69, 78
 David McAllister (CDU) 78
 Stefan Wenzel (GRÜNE)93, 95, 99
 Ursula Helmhold (GRÜNE) 95
 Hartmut Möllring (CDU) 99
 Hans-Henning Adler (LINKE) 102
 Dr. Philipp Rösler (FDP) 102
 Dr. Manfred Sohn (LINKE) 107
 Kreszentia Flauger (LINKE)111, 112
 Kurt Herzog (LINKE).....116, 119

Nächste Sitzung..... 120

Vom Präsidium:

Präsident	Hermann Dinkla (CDU)
Vizepräsident	Dieter Möhrmann (SPD)
Vizepräsident	Hans-Werner Schwarz (FDP)
Vizepräsidentin	Astrid Vockert (CDU)
Schriftführerin	Ursula Ernst (CDU)
Schriftführerin	Ulla Groskurt (SPD)
Schriftführer	Wilhelm Heidemann (CDU)
Schriftführer	Hans-Jürgen Klein (GRÜNE)
Schriftführer	Lothar Koch (CDU)
Schriftführerin	Gabriela Kohlenberg (CDU)
Schriftführerin	Gisela Konrath (CDU)
Schriftführerin	Dr. Silke Lesemann (SPD)
Schriftführerin	Brigitte Somfleth (SPD)
Schriftführerin	Dörthe Weddige-Degenhard (SPD)
Schriftführerin	Ursula Weisser-Roelle (LINKE)

Auf der Regierungsbank:

	Staatssekretär Dr. Lothar Hageböling, Staatskanzlei
Minister für Inneres und Sport Uwe Schünemann (CDU)	Staatssekretär Wolfgang Meyerding, Niedersächsisches Ministerium für Inneres und Sport
Finanzminister Hartmut Möllring (CDU)	Staatssekretärin Cora Hermenau, Niedersächsisches Finanzministerium
Ministerin für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit Mechthild Ross-Luttmann (CDU)	Staatssekretärin Dr. Christine Hawighorst, Niedersächsisches Ministerium für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit
Kultusministerin Elisabeth Heister-Neumann	Staatssekretär Peter Uhlig, Niedersächsisches Kultusministerium
Minister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr Walter Hirche (FDP)	Staatssekretär Joachim Werren, Niedersächsisches Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr
Minister für den ländlichen Raum, Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz Hans-Heinrich Ehlen (CDU)	Staatssekretär Friedrich-Otto Ripke, Niedersächsisches Ministerium für den ländlichen Raum, Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz
Justizminister Bernhard Busemann (CDU)	Staatssekretär Dr. Jürgen Oehlerking, Niedersächsisches Justizministerium
Minister für Wissenschaft und Kultur Lutz Stratmann (CDU)	Staatssekretär Dr. Josef Lange, Niedersächsisches Ministerium für Wissenschaft und Kultur
Umweltminister Hans-Heinrich Sander (FDP)	Staatssekretär Dr. Stefan Birkner, Niedersächsisches Umweltministerium

Beginn der Sitzung: 9.30 Uhr.

Präsident Hermann Dinkla:

Guten Morgen! Ich eröffne die 2. Sitzung im 1. Tagungsabschnitt des Niedersächsischen Landtages der 16. Wahlperiode.

Ich stelle die Beschlussfähigkeit fest.

Zur Tagesordnung darf ich Ihnen Folgendes mitteilen: Mit Schreiben vom gestrigen Tag hat der Abgeordnete Dr. Stefan Birkner sein Landtagsmandat niedergelegt. Die Fraktionen waren sich darüber einig, den Sitzverlust heute zum Beginn der vereinbarten Tagesordnung festzustellen. - Ich höre keinen Widerspruch. Wir setzen die heutige Sitzung nach der Feststellung des Mandatsverlustes mit der Mitteilung über die Zusammensetzung des Ältestenrates und der Regierungserklärung sowie der Aussprache darüber fort.

Die Abgeordneten, die ihren Personalbogen noch nicht abgegeben haben, werden gebeten, dies umgehend bei der Landtagsverwaltung zu tun, da sonst die Abgeordnetenliste und das Handbuch nicht erstellt werden können.

An die rechtzeitige Rückgabe der Reden an den Stenografischen Dienst wird erinnert.

Es folgen geschäftliche Mitteilungen durch die Schriftführerin.

Schriftführerin Brigitte Somfleth:

Guten Morgen! Es haben sich entschuldigt von der Landesregierung Ministerpräsident Herr Wulff, von der Fraktion der CDU Frau Mundlos und von der Fraktion der SPD Frau Heiligenstadt.

Präsident Hermann Dinkla:

Vielen Dank. - Ich komme dann zur

Feststellung eines Sitzverlustes gemäß Artikel 11 Abs. 2 der Niedersächsischen Verfassung i. V. m. § 8 Abs. 2 des Niedersächsischen Landeswahlgesetzes - Antrag des Präsidenten des Niedersächsischen Landtages - Drs. 16/14

Über einen solchen Tagesordnungspunkt wird traditionell ohne Besprechung abgestimmt. - Ich höre keinen Widerspruch und lasse deshalb auch gleich abstimmen. Wer diesem Vorschlag seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? -

Dann ist dem Antrag einstimmig stattgegeben worden. Der Abgeordnete Dr. Stefan Birkner ist damit aus dem Landtag ausgeschieden. Ich wünsche ihm für seine Zukunft alles Gute.

(Beifall)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir kommen nun zu den

Mitteilungen über die Zusammensetzung des Ältestenrats

Nach Benennung durch die Fraktionen setzt sich der Ältestenrat wie folgt zusammen: Die Fraktion der CDU hat benannt Herrn Bernd Althusmann, Herrn Reinhold Coenen, Herrn Wilhelm Heide- mann, Herrn Lothar Koch, Frau Gabriele Kohlen- berg, Frau Editha Lorberg, Herrn David McAllister und Frau Heidemarie Mundlos. Die Fraktion der SPD hat benannt Herrn Wolfgang Jüttner, Herrn Heiner Bartling, Herrn Uwe Schwarz, Frau Dr. Gabriela Andretta, Herrn Klaus-Peter Bach- mann und Frau Swantje Hartmann. Die Fraktion der FDP benennt Herrn Jörg Bode, die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen benennt Frau Ursula Helmhold, und die Fraktion DIE LINKE benennt Herrn Dr. Manfred Sohn. Dem Ältestenrat gehören weiter mit beratender Stimme an: der Präsident, zugleich als Vorsitzender, und die Vizepräsidentin sowie die Vizepräsidenten.

Ich komme nun zu der

Abgabe der Regierungserklärung durch den Ministerpräsidenten

Durch die Schriftführerin ist eben bereits mitgeteilt worden, dass Herr Ministerpräsident Wulff heute leider nicht zugegen sein kann. Er ist schwer er- krankt. Ich meine, es ist angemessen, ihm von dieser Stelle aus die besten Genesungswünsche des Hohen Hauses zu übermitteln.

(Beifall)

Ich bitte nun den stellvertretenden Ministerpräsi- denten, Herrn Walter Hirche, anstelle des Minister- präsidenten die Regierungserklärung abzugeben.

Walter Hirche, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Sie haben es gehört: Herr Ministerpräsident Christian Wulff ist an einer schweren Grippe erkrankt; er muss das Bett hüten, um gesund zu werden. Auch ich möchte ihm in Ihrer aller Namen rasche und vollständige Genesung wünschen.

(Beifall)

Seine weitere Arbeit ist zukunftsweisend für Niedersachsen. Für diese Arbeit hat er mit CDU und FDP den Wählerauftrag erhalten. Es ist mir eine Ehre, die Regierungserklärung an seiner Stelle vortragen zu dürfen, auch wenn ich einräumen muss, dass ich dazu gestern Abend noch eine „Fahrlehrerprüfung“ ablegen musste.

(Beifall und Heiterkeit bei der CDU und bei der FDP - Dr. Philipp Rösler [FDP]: Ein historisches Datum!)

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der 27. Januar 2008 war ein guter Tag für CDU und FDP. Er war auch ein guter Tag für alle Niedersachsen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Am 27. Januar haben die Bürgerinnen und Bürger Niedersachsens der amtierenden Landesregierung und den sie tragenden Parteien das Vertrauen ausgesprochen. Sie haben uns mit überzeugender Mehrheit erneut den Auftrag zur Wahrnehmung der Regierungsverantwortung erteilt. Sie haben sich für Kontinuität und Zukunft entschieden - nach dem Motto: „Bergauf wechselt man die Pferde nicht.“ Das ist gut für Niedersachsen und für die Menschen, die hier leben. Das Wahlergebnis ist ein großer Vertrauensbeweis. Dafür danke ich allen Wählerinnen und Wählern.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Mit der Wahl von Christian Wulff zum Ministerpräsidenten und der Bestätigung der Landesregierung haben die Fraktionen von CDU und FDP gezeigt, dass sie mit großer Geschlossenheit und Entschlossenheit die Politik in den nächsten fünf Jahren bestimmen wollen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Mit ihrer Wahlentscheidung haben die Wählerinnen und Wähler auch die Politik der Landesregierung in der vergangenen Legislaturperiode bestätigt. Das ist angesichts der Reformen, die wir angepackt haben, nicht selbstverständlich. Mit dem

Wahlervotum ist aber auch die Erwartung verbunden, dass die Landesregierung diesen erfolgreichen Weg fortsetzt und Niedersachsen mit mutigen politischen Entscheidungen in eine gute Zukunft führt. Diese Erwartung werden wir erfüllen.

Meine Damen und Herren, alle Reformen und Projekte, die wir vor fünf Jahren angekündigt haben, haben wir verwirklicht. Den Landeshaushalt wollten wir Schritt für Schritt sanieren. Die Nettokreditaufnahme beträgt inzwischen nur noch 550 Millionen Euro. Innerhalb von fünf Jahren haben wir sie um 2,4 Milliarden Euro gesenkt. Das ist die geringste Nettoneuverschuldung seit 35 Jahren.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Wir hatten 2 500 neue Lehrerstellen versprochen. Die Stellen sind um 2 500 aufgestockt worden.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Versprochen waren 1 000 zusätzliche Polizisten. Auch hier haben wir Wort gehalten.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Mehr Arbeitsplätze und Ausbildungsplätze sollten entstehen. Allein im letzten Jahr sind 50 000 dazugekommen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Mehr Investitionen in Krankenhäuser waren versprochen. Wir haben Wort gehalten. Mehr als 480 Millionen Euro haben wir in fünf Jahren in die Modernisierung der Krankenhäuser investiert.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Versprochen - gehalten! An dieser Politik werden wir festhalten. Auch für diese Legislaturperiode gilt: Wir tun, was wir sagen, und wir halten, was wir versprechen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Am Stil wird sich nichts ändern. Wir regieren weiter: ehrlich, unaufgeregt, verlässlich.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP - Unruhe bei der SPD)

Mit dem Koalitionsvertrag haben CDU und FDP eine tragfähige Grundlage für die Fortsetzung der Regierungskoalition in den kommenden fünf Jahren geschaffen. Wir werden auf dieser Basis gemeinsam Regierungsverantwortung tragen und die erfolgreiche Politik der letzten fünf Jahre fortsetzen. Es gilt, Niedersachsen ganz nach vorn unter die führenden Bundesländer zu bringen. Diese Chancen haben wir. Wir werden sie nutzen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Meine Damen und Herren, uns allen in diesem Hause sollte aber die geringe Wahlbeteiligung zu denken geben. Mehr als 2 Millionen Niedersachsen - das sind mehr als 40 % der Wahlberechtigten - sind der Wahl ferngeblieben. Bereits vor fünf Jahren hatten wir mit 67 % eine schwache Wahlbeteiligung. Nunmehr hat sie mit 57 % einen traurigen Tiefstand erreicht. Das bereitet erhebliche Sorgen. Gleichgültigkeit ist hier fehl am Platze.

Die niedrige Wahlbeteiligung wird wohl viele Gründe haben. Richtig ist: Das Wetter war denkbar schlecht an diesem Sonntag und hat einige von den Wahlurnen ferngehalten.

(Oh! bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Der eine oder andere wird sich angesichts der Umfragen und der entsprechenden Dauerberichte in den Medien vielleicht gedacht haben: Es ist doch sowieso alles klar. Warum soll ich wählen gehen? - Und bei manch einem wird die Enttäuschung und die Skepsis über die Möglichkeiten, mit den Parteien etwas zu bewegen,

(Dr. Manfred Sohn [LINKE]: Sehr wahr!)

ein Grund gewesen sein, der Wahl fernzubleiben. In einer Sendung des NDR am 29. Januar - also unmittelbar nach der Wahl - hatte die Mehrzahl der Anrufer als Grund für ihr Fernbleiben von der Wahl gesagt: Politiker machen sowieso, was sie wollen. - Meine Damen und Herren, Kurt Beck und seine Pirouetten bei der Zusammenarbeit mit der Linkspartei in Hessen sind dafür ein besonders trauriges Beispiel.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP -
Johanne Modder [SPD]: Was macht denn die FDP in Hessen?)

Zudem, meine Damen und Herren: Die CDU/FDP-geführte Landesregierung hat in den letzten fünf Jahren allen Niedersachsen etwas abverlangt. Den Beamten mussten wir das verbliebene Weihnachtsgeld streichen. Die meisten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer arbeiten heute länger - viele ohne Lohnausgleich. Schüler, Eltern und Lehrer mussten sich auf eine völlig neue Situation an unseren Schulen einstellen.

(Dr. Manfred Sohn [LINKE]: Das ist Ergebnis Ihrer Politik!)

Wir haben Studienbeiträge an den Universitäten eingeführt, und wir haben die Landeskrankenhäuser verkauft - um nur einige Beispiele zu nennen. Das hat zu Unmut und Enttäuschungen geführt, auch wenn wir es vor den Wahlen angekündigt haben.

(Zurufe von der SPD)

Aber ich sage hier und heute, meine Damen und Herren: Zu diesen Reformen gab und gibt es keine Alternative. Sie waren und sind richtig für eine gute Zukunft unseres Landes.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Deswegen freue ich mich darüber - das sage ich auch zu den Zwischenrufen aus der Opposition -, dass es am 27. Januar einen Volksentscheid über diese Politik gegeben hat, der gegen Sie und für die Regierung ausgefallen ist.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Was können und müssen wir weiter tun?

Erstens. Wir müssen den Menschen weiter die Wahrheit sagen und die Probleme offen aussprechen. Dazu zählt eine schonungslose Beschreibung der bestehenden Probleme. Das haben wir getan und werden wir auch weiter tun. Ich habe die Erfahrung gemacht: Die Wahrheit ist den Menschen zumutbar. Die Menschen müssen sich auf uns verlassen können. Deswegen werden wir die angekündigten Vorhaben umsetzen. Verlässlichkeit bleibt unser Markenzeichen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Zweitens. Wir müssen die Nöte und Ängste der Bevölkerung ernst nehmen, ohne in Populismus zu verfallen.

Drittens. Wir müssen deutlich machen, dass auch ein ehrlicher Kompromiss in einer schwierigen Frage kein Kuhhandel ist, sondern eine sinnvolle und Frieden stiftende Lösung sein kann. Wir müssen deutlich machen, dass der öffentliche Diskurs kein Parteiengezänk, sondern ein Ringen um die beste Lösung ist und das Für und Wider einer Reform auch für den Unbeteiligten deutlich hervorhebt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, gemeinsam unser Land bewegen, für ein modernes, welt-offenes und menschliches Niedersachsen - unter diesem Anspruch wollen wir Niedersachsen in der neuen Legislaturperiode regieren. Wir bekennen uns zu einer Politik, die ein modernes und fortschrittliches Niedersachsen will. Wir stellen uns

dem Wettbewerb, um unser Land weiter voranzubringen.

Wir sind dabei nicht für Fortschritt um jeden Preis. Wir müssen sicherstellen, dass alle vom Fortschritt profitieren. Keiner darf unter die Räder kommen. Deswegen werden wir alle Anstrengungen unternehmen, uns um alle Benachteiligten zu kümmern.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Dabei müssen wir auch die Interessen der nachfolgenden Generationen im Blick behalten. Deshalb haben wir in der letzten Legislaturperiode eine Nachhaltigkeitsstrategie für Niedersachsen „Umweltgerechter Wohlstand für Generationen“ entwickelt. Sie soll nachhaltige Politik auf allen Feldern der Politik garantieren. Diesem Zweck dient auch die „Niedersachsen-Allianz für Nachhaltigkeit“, die wir zusammen mit den Vertretern der heimischen Wirtschaft, der Kammern, Vereinigungen und Verbände in diesem Jahr starten werden.

In diesem Sinne wird die Landesregierung die Interessen aller Niedersachsen vertreten und dabei auch die Sorgen und Nöte der Nichtwähler in den Blick nehmen.

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Niedersachsen hat sich in den letzten fünf Jahren durch seine Konsolidierungserfolge bundesweit einen Namen gemacht. Bereits im letzten Jahr - ein Jahr früher als geplant - konnten wir einen verfassungskonformen Haushalt vorlegen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Manchem haben wir mit diesem Vorgehen viel zugemutet. Aber unser Konsolidierungskurs ist ohne Alternative. Wir werden ihn weitergehen. Denn auch Nachhaltigkeit setzt Kontinuität und Verlässlichkeit voraus.

Nur durch solide Staatsfinanzen können wir uns den politischen Gestaltungsspielraum sichern, den wir brauchen. Es nützt nichts, wenn man den Kopf voller Ideen hat und sie nicht verwirklichen kann, weil in der Kasse gähnende Leere herrscht. Nichts ist unsozialer als eine Politik auf Pump.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Nichts ist unsozialer als eine Politik, die auf Kosten der zukünftigen Generationen lebt und deren Chancen aufs Spiel setzt. Wir werden deutlich machen, dass eine Freibier-für-alle-Politik unseriös ist

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

und dass eine solche Politik allen Bürgerinnen und Bürgern auf lange Sicht schadet. Was hätten wir nicht alles tun können, wenn wir nicht jeden Tag 7 Millionen Euro Zinsen zu zahlen hätten!

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Wir könnten z. B. bis zu 50 000 zusätzliche Lehrer dauerhaft beschäftigen und damit jeder Schule in Niedersachsen 16 neue Lehrer bescheren.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Für die neue Legislaturperiode haben wir ein wichtiges Ziel: Erstmals in der Geschichte des Landes Niedersachsen wollen wir Schulden tilgen. Seit Bestehen des Landes gab es nur drei Jahre, in denen keine neuen Schulden aufgenommen wurden. Alte Schulden wurden noch nie getilgt. Bereits 2010 wollen wir ohne neue Schulden auskommen und mit der Schuldentilgung beginnen. Mit 100 Millionen Euro und den jeweils ersparten Zinsen wollen wir Jahr für Jahr den Schuldenberg von fast 50 Milliarden Euro abtragen. Das ist eine Perspektive, für die zu kämpfen sich lohnt.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Unser Maßstab ist: Jede Generation muss mit dem Geld auskommen, das sie selbst erwirtschaftet hat. Ein Leben auf Pump können und dürfen wir uns nicht mehr leisten. Deshalb wird Niedersachsen sich für ein striktes Neuverschuldungsverbot einsetzen. Keine nachfolgende Landesregierung soll zukünftig Spielräume künftiger Generationen schmälern - ohne diese an den Entscheidungen beteiligt zu haben. Alles andere wäre weder nachhaltig noch generationengerecht.

Dies muss in der Landesverfassung abgesichert werden und sollte möglichst im Gleichklang mit den anderen Ländern und dem Bund geschehen. Das ist Niedersachsen auch aus gesamtstaatlicher Verantwortung heraus ein Anliegen in der gemeinsamen Kommission von Bundestag und Bundesrat zur Modernisierung der bundesstaatlichen Ordnung.

Sobald wir ohne neue Schulden auskommen, werden wir einen Pensionsfonds für neu eingestellte Beamte einrichten. Ab 2020 können die ersten Beamtenpensionen aus dem Fonds gezahlt werden. Jede Generation sichert so die Versorgung der Beamten, die sie eingestellt hat und von deren Arbeitsleistung sie profitiert hat. Auch das ist ein Baustein für mehr Generationengerechtigkeit.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Neben einem soliden Konsolidierungskurs werden wir auch in dieser Legislaturperiode die Einnahmeseite des Landes nicht aus dem Blick verlieren.

Es geht dabei zunächst um eine Stabilisierung der laufenden Einnahmen. Grundsätzlich gilt zudem: Weiterer Veräußerung von nicht notwendigem Landesvermögen, der Öffnung von Landesbeteiligungen für mehr Wachstum und der Gewinnung neuer Partner stehen wir offen gegenüber. Konkret: Wir werden prüfen, ob es sinnvoll ist, starke Partner mit ins Boot zu holen. Der Koalitionsvertrag legt aber auch fest: Wir stehen zu den Landesbeteiligungen an VW und der Salzgitter AG.

(Zustimmung bei der CDU - Wolfgang Jüttner [SPD]: Zustimmung eines einzelnen Herrn!)

Durch die weitere Sanierung des Landeshaushaltes stellen wir uns auf den demografischen Wandel ein.

Wir schaffen Spielraum für Investitionen in die Zukunft, vor allem für unsere Familien, die Kinder und deren Erziehung und Bildung, aber auch für mehr Arbeit und mehr Wachstum.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Tatsache ist: Die Zahl der Kinder auch in unserem Land wird in den nächsten Jahren sinken. Das hat uns die Enquetekommission Demographischer Wandel deutlich vor Augen geführt.

Das ist hoch bedauerlich, denn weniger Kinder sind ein Verlust an Lebensfreude, an Ausgelassenheit und ganz besonders an Zukunft. Wir werden auch in den nächsten Jahren alles dafür tun, damit in Niedersachsen wieder mehr Kinder geboren werden. Zunächst müssen wir uns aber, so schwer es auch fällt, auf weniger Kinder einstellen.

Das heißt für die Zukunft noch stärker: Erst recht dürfen wir kein Kind verloren geben. Wir brauchen jedes Kind. Auch deshalb werden wir die Rechte von Kindern in der Verfassung weiter stärken.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Mit einer als Staatszielbestimmung ausgestalteten Regelung werden wir die Interessen von Kindern und Jugendlichen besonders hervorheben.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir wollen Niedersachsen kinderfreundlicher machen. Wir werden junge Paare ermuntern, eine Familie zu gründen - vor allem mit der Aussicht, dass es genügend Tagesmütter, Krippen, Kindergärten und andere Hilfen gibt. Das Stichwort heißt: bessere

Vereinbarkeit von Familie und Beruf - für beide Geschlechter!

Deshalb werden wir das Betreuungsangebot mit den Kommunen deutlich verbessern. Junge Eltern sollen wählen können, ob sie ihr Kind zu Hause betreuen oder es betreuen lassen. Um die Wahlfreiheit der Eltern zu stärken, wollen wir bis zum Jahr 2013 ein bedarfsgerechtes Angebot schaffen. Wir sind bereit, Kommunen zu unterstützen, die mit Betreuungsgutscheinen diese Wahlfreiheit konkretisieren wollen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Im Interesse der Familien setzen wir darauf, dass dies alles gemeinsam mit den kommunalen Spitzenverbänden - wie bereits beim beitragsfreien letzten Kindergartenjahr vor der Einschulung - gelingen wird. Wir als Land werden uns dafür an den Investitionskosten und auch an den laufenden Betriebskosten beteiligen. Eine gut geführte Kindertagesstätte ist - ergänzend zur Familie - der gute Ort für das Hineinwachsen in unsere Welt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, auch in Niedersachsen wachsen Kinder in Armut und in Familien auf, die ihnen nicht den Schutz und die Zuwendung geben können, die Kinder brauchen. Deshalb müssen wir gemeinsam mit dem Bund und den Kommunen jeder Benachteiligung und Gefährdung von Kindern entgegentreten. Vor allem Kindesmissbrauch und Verwahrlosung müssen wir bekämpfen. In diesen Fällen müssen Elternrechte im Zweifel zurückstehen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Deshalb werden wir eine höhere Verbindlichkeit der Untersuchungen herstellen und uns für eine zusätzliche Untersuchung für dreijährige Kinder stark machen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP - Uwe Schwarz [SPD]: Das haben Sie jahrelang verhindert!)

Zur Bekämpfung von Verwahrlosung und Kindesmissbrauch werden wir an mehreren Stellen Modellprojekte anstoßen. Wirksamen Kinderschutz können wir aber nicht alleine durch Maßnahmen der zuständigen Kommunen und des Landes gewährleisten. Hier sind alle gefordert: Staat, Erzieher, Ärzte, Nachbarn, Freunde und natürlich die Eltern. Kinder, vor allem die ganz kleinen, brauchen die Aufmerksamkeit aller. Sie sind besonders schutzbedürftig.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Die sinkende Zahl von Kindern ist auch ein großer Verlust für unsere Gesellschaft. Sie stellt uns vor neue Herausforderungen auch in der Bildungspolitik. Wir werden die freiwerdenden finanziellen Ressourcen bei rückgehenden Schülerzahlen im Bildungssystem belassen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Das Betreuungsverhältnis Lehrkraft/Schüler wird so Schritt für Schritt verbessert, und jeder einzelne wird besser betreut und gefördert.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Bildung beginnt schon vor der Einschulung. Bildung beginnt mit der Geburt. In den ersten Jahren wird der Grundstein für den individuellen Bildungserfolg gelegt. Deshalb werden wir ein besonderes Augenmerk auf die ersten Jahre legen. Es ist besser, früh zu investieren, als später aufwendig zu reparieren.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Die Sprachförderung in den Kindertagesstätten wollen wir weiter ausbauen. Sprache ist der Schlüssel zur Welt. Kinder, die ohne ausreichende Sprachkenntnisse in die Schule kommen, geraten oft von Anfang an auf die Verliererstraße. Das müssen wir verhindern. Auch hier gilt: Alle werden gebraucht. Wir werden alles dafür tun, damit niemand zurückbleibt.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Wir streben die weitere Verzahnung der Kindergärten mit den Grundschulen an. Das letzte Kindergartenjahr werden wir als Brückenjahr zur Grundschule weiter ausgestalten, damit den Kindern der Übergang zur Schule leichter fällt. Wir wollen schrittweise alle drei Kindergartenjahre beitragsfrei gestalten. Und auch die Qualität der Ausbildung von Erziehungsfachkräften wollen wir weiter verbessern.

Wir brauchen dafür eine Aufgabenpartnerschaft von Land, Kommunen, Kirchen und freien Trägern. Wir würdigen das Bemühen dieser Träger in besonderer Weise.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Wichtig ist uns, dass die Bildungsinhalte in Kindertagesstätten und Grundschulen aufeinander abgestimmt werden und dort besonders gefördert wird, wo ein erfolgreicher Schulstart gefährdet ist. Wir wollen das Regeleinschulungsalter schrittweise senken und den Stichtag der Schulpflicht entsprechend vorziehen. Die Bereitschaft weiterer Grund-

schulen zur Einführung der flexiblen Eingangsstufe wollen wir ausdrücklich unterstützen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir haben in den letzten fünf Jahren im Bildungsbereich vieles auf den Weg gebracht. Die Schulstrukturreform mit der Abschaffung der Orientierungsstufe, die Einführung des Zentralabiturs, das Abitur nach acht Jahren, die Schulinspektion und die Eigenverantwortliche Schule - um nur einiges zu nennen. Das war eine Kraftanstrengung von Lehrern, Eltern und Schülern, die wir gemeinsam bewältigt haben.

Die Anstrengungen haben sich gelohnt. Heute erwerben mehr Schülerinnen und Schüler eine Hochschulzugangsberechtigung als je zuvor in der Geschichte des Landes.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP -
Zuruf von Hans-Henning Adler [LINKE])

Bis 2012 wird etwa die Hälfte eines Jahrgangs die Hochschulzugangsberechtigung erwerben. Besonders erfreulich ist, dass der Anteil derer, die nicht durch das Gymnasium ihre Zugangsberechtigung erworben haben, deutlich gestiegen ist. Das zeigt doch: Trotz aller Aufgaben, die noch vor uns liegen, ist die Durchlässigkeit des dreigliedrigen Schulsystems gewahrt.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP -
Zuruf von der SPD: Das ist doch nicht wahr!)

Besonders unterstreichen möchte ich, dass die Möglichkeiten zum Übergang nicht nur Richtung Hochschule besser sind. Aus gesellschaftlichen Gründen ist es wahrscheinlich noch wichtiger, dass wir die Schulabbrecherquote deutlich senken konnten.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP -
Stefan Wenzel [GRÜNE]: Was ist mit den Kindern mit Migrationshintergrund?)

Am Ende der Regierungszeit der SPD hat sie bei über 10 % gelegen.

(Wolfgang Jüttner [SPD]: Das ist allmählich verjährt!)

Wir haben sie auf 8 % senken können und werden sie weiter senken.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Besonders erfolgreich ist das von uns und der Bundesagentur für Arbeit entwickelte Fördermodell an den Hauptschulen.

Meine Damen und Herren, wir bekennen uns klar zum gegliederten Schulsystem als Regelschulsystem.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP -
Zuruf von der LINKEN: 19. Jahrhundert! - Ursula Helmhold [GRÜNE]:
Und nichts dazugelernt!)

Aber wir wissen, dass nicht in erster Linie die Schulstruktur entscheidet, sondern vor allem die Qualität des Unterrichts und die individuelle Förderung maßgeblich über das individuelle Fortkommen entscheiden. Deswegen ist es im Rahmen unserer schulpolitischen Grundvorstellungen als hervorragend zu beurteilen, dass mit der Robert-Bosch-Schule in Hildesheim eine Gesamtschule als beste Schule Deutschlands ausgezeichnet wurde.

(Beifall - Hans-Henning Adler [LINKE]:
Ziehen Sie Schlussfolgerungen daraus!)

Auch deshalb werden wir die Gründung von Gesamtschulen auf Antrag der Schulträger als Angebot ermöglichen, wenn die entsprechenden Voraussetzungen erfüllt werden, u. a. das Regelschulsystem nicht gefährdet wird.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Auch Schulen in freier Trägerschaft sind uns willkommen und wichtig. Deshalb sichern wir auch ihnen in der Zukunft eine angemessene Finanzausstattung zu.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Reformen im Schulbereich haben uns alle gefordert: Schüler, Lehrer, Schulleiter und auch die Eltern. Allen Beteiligten, insbesondere den Lehrerinnen und Lehrern, die die größte Last tragen müssen, danke ich an dieser Stelle für ihre Mühen und für ihren Einsatz.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Die Anforderungen an den Beruf sind groß. Manch einer reduziert sogar seine Arbeitszeit, um optimal zu unterrichten.

(Widerspruch bei der SPD, bei den GRÜNEN und bei der LINKEN)

In den nächsten fünf Jahren wird es vor allem darum gehen, dass sich die Reformen erfolgreich in der Praxis bewähren.

(Unruhe)

Präsident Hermann Dinkla:

Herr stellvertretender Ministerpräsident, ich darf Sie einen Augenblick unterbrechen. - Alle Fraktionen werden nachher im Rahmen der Aussprache Gelegenheit haben, ihre Argumente vorzutragen. Das muss nicht jetzt durch serienweise Zwischenrufe geschehen. Ich bitte Sie, dies zu beachten.

Walter Hirche, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Auch die Frage, wie wir im Haus miteinander umgehen, sollte untersucht werden, wenn wir uns Gedanken darüber machen, welches die Gründe für die geringe Wahlbeteiligung sind.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Ich sage dies aus einer sehr persönlichen Erfahrung heraus; denn im Jahr 1974, in dem ich zum ersten Mal in den Niedersächsischen Landtag gewählt wurde, sind die Fraktionen anders miteinander umgegangen, und auch die Wahlbeteiligung war eine andere.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Meine Damen und Herren, in den nächsten fünf Jahren wird es in den Schulen vor allem darum gehen, dass sich die Reformen erfolgreich in der Praxis bewähren. Wir wollen, dass in den Schulen Ruhe einkehrt, damit sie ihre Eigenverantwortlichkeit entfalten können. Das wird nur im Gespräch mit allen Beteiligten gelingen. Wir werden deshalb den Dialog mit Lehrern, Eltern und Schülern, aber auch mit den Lehrerverbänden fortsetzen.

Mit der Eigenverantwortlichkeit der Schulen wächst die Verantwortung der Schulleitung. Die Führungskräfte müssen für das neue Berufsbild entsprechend aus- und fortgebildet werden. Wir gründen deshalb eine Schulleitungsakademie zur optimalen Qualifizierung.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Die Aufstiegschancen ihrer Kinder liegen allen Eltern am Herzen. „Meine Kinder sollen es einmal besser haben als ich“ - das war jahrzehntelang eine der Antriebsfedern. Der Schlüssel zu Aufstieg, Wohlstand und Teilhabe ist die Bildung. Sie ist die Leiter, die nach oben führt. Wer Chancengerech-

tigkeit garantieren will, muss dafür sorgen, dass alle Zugang zur Bildung haben. Aber längst ist nicht mehr garantiert, dass alleine mit Fleiß und Disziplin die einzelnen Stufen der Karriereleiter erklommen werden können. Die Leiter, die nach oben führt, ist steil, und der Abstand zwischen den Sprossen ist für manche sehr groß. Und viele Eltern sind unsicher, was die Zukunft ihren Kindern bringen mag.

Unsere wichtigste Aufgabe ist, allen Kindern und Jugendlichen optimale Startchancen zu bieten. Vordringlich ist, dafür zu sorgen, dass alle Kinder - unabhängig von ihrer Herkunft und dem Geldbeutel der Eltern - Stufe für Stufe nach oben steigen können. Wir müssen berücksichtigen, dass es einige etwas schneller schaffen, andere aber etwas länger brauchen. Dem einen kann die Leiter nicht steil genug sein, die anderen benötigen ein Geländer, das ihnen Halt bietet. Das alles spricht gegen eine Einheitsschule.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Wichtig ist, dass allen Chancen zum Weg nach oben geboten werden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, in den letzten Wochen wurde viel über Überforderungen von Kindern in der Schule diskutiert - auch im Zusammenhang mit der Einführung des Abiturs nach zwölf Jahren. Um keinen falschen Eindruck entstehen zu lassen: Angesichts des enormen internationalen Wettbewerbsdrucks, des Alters unserer Akademiker und der Tatsache, dass bald alle Bundesländer das Abitur nach zwölf Jahren eingeführt haben werden, wird es hier kein Zurück geben. Wir können nicht auf der einen Seite eine mangelnde Wettbewerbsfähigkeit unserer Schülerinnen und Schüler beklagen und auf der anderen Seite erwarten, dass alles so bleibt, wie es ist. Man könnte angesichts mancher aktuellen Diskussion meinen, dass es den PISA-Schock gar nicht gegeben hat.

Richtig ist aber auch: Wir müssen die Sorgen von Schülern und Eltern sehr ernst nehmen. Das gilt insbesondere für den neunten Jahrgang, der als erstes das Abitur nach acht Jahren ablegen wird. Dazu sind viele Maßnahmen - von neuen Curricula bis zu Förderangeboten - auf dem Weg. Kinder sollen Freude am Lernen haben. Wir müssen die Entdeckerlust der Kinder wecken. Stoffhuberei ist fehl am Platze. Wir müssen gemeinsam mit den anderen Ländern den Unterrichtsstoff auf wesentliche Inhalte konzentrieren. Auch die Unterrichtsme-

thoden können verbessert werden. Dafür wird sich die Landesregierung einsetzen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Für all dies bietet übrigens die Eigenverantwortliche Schule eine gute Möglichkeit. Bildung endet nicht mit dem Schulabschluss an allgemeinbildenden Schulen, sondern sie umfasst auch die Ausbildung, das Studium und die berufliche Weiterbildung. Von besonderer Bedeutung ist die Ausbildung im dualen System. Gerade am Anfang des Berufslebens müssen Jugendliche eine Chance auf einen Arbeitsplatz und damit auf eine weitere berufliche Perspektive haben. Gerade am Anfang des beruflichen Lebens ist es wichtig, dass niemand den Anschluss verliert.

Durch die gemeinsamen Anstrengungen von Wirtschaft, Bundesagentur für Arbeit und Landesregierung im Rahmen des Niedersächsischen Ausbildungspaktes konnten in den vergangenen Jahren viele Jugendliche zusätzlich auf eine Lehrstelle vermittelt werden. Der Ausbildungspakt hat sich dank großer Anstrengungen insbesondere der kleinen und der mittleren Unternehmen bewährt.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Wir werden ihn gemeinsam fortsetzen, damit möglichst alle Jugendliche einen Ausbildungsplatz erhalten. Die Wirtschaft ist besonders in der Pflicht, einen Verdrängungseffekt durch den doppelten Abiturjahrgang 2011 auch schon im Vorweg aufzufangen. Darin steckt für die Unternehmen selbst eine große Chance; denn sie können dann die Facharbeiter, die sie in Zukunft dringend benötigen, vorweg selbst ausbilden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Innovationen setzen Wissenschaft und Forschung voraus. Wir haben Niedersachsen zum Zukunftsland gemacht, indem wir Wissenschaft, Forschung, Bildung und Kultur gestärkt haben. Und diesen Weg werden wir fortsetzen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Mit der Vielfalt unserer Hochschulen sichern wir die Wahlmöglichkeiten und die Bildungschancen der jungen Generation und die Innovationsfähigkeit unseres Landes. Unsere Hochschulen sind leistungsfähig und modern. Denken Sie nur an das gute Abschneiden bei der Exzellenzinitiative! Aber Optimierungen und Qualitätsverbesserungen zur Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit für Zeiten zurückgehender Bewerberzahlen sind offenkundig.

Wir werden die Wirkung der Studienbeiträge auswerten. Bei der Bewertung werden wir gemeinsam mit den Hochschulen prüfen, ob die Übertragung der Kompetenz für eine eigene Gestaltung der Studienbeiträge im Rahmen der Landesvorgaben mit einem Höchstbeitrag von 500 Euro pro Semester an die Hochschulen sinnvoll ist.

Im Rahmen des Hochschulpaktes 2020 richten wir 11 200 zusätzliche Studienplätze bis 2010 ein. Der doppelte Abiturjahrgang ist eine besondere Herausforderung, die wir auch im Hochschulbereich bewältigen müssen. Deshalb wollen wir den Hochschulpakt über das Jahr 2010 hinaus fortführen. Auch ab 2011 werden wir zusätzliche Studienanfängerplätze schaffen. Wir appellieren an die Wirtschaft, zusätzliche Ausbildungsplätze bereitzustellen. Wir appellieren an die Hochschulen und ihre Mitglieder, befristet zusätzlich Lehrleistungen zu erbringen.

Um den Mangel an gut ausgebildeten Ingenieuren und Naturwissenschaftlern zu beseitigen, werden wir in diesen Fächern zusätzliche Studienplätze schaffen. Dabei wollen wir besonders junge Frauen stärker für technische Fachrichtungen begeistern. Frauenförderung kommt in Wirtschaft und Wissenschaft eine entscheidende Rolle zu.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Mit dem Zukunftsvertrag zwischen Land und Hochschulen haben wir den Universitäten Planungssicherheit gegeben. Dies war und ist Zukunftsorientierung und Zukunftssicherung für die Hochschulen, für unsere Jugendlichen und für das Land. Dieses Vorgehen war vorbildlich in der gesamten Bundesrepublik. Wir werden den Zukunftsvertrag über das Jahr 2010 hinaus um mindestens fünf Jahre verlängern. Diese Verlängerung und die Finanzierung des Hochschulpaktes 2020 nutzen wir zur leistungs- und wettbewerbsorientierten Profilierung und Vernetzung der niedersächsischen Hochschulen im Gesamtverbund der Hochschulen des Landes. Dazu gehört auch die Gründung der Niedersächsischen Technischen Hochschule.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Mit der Offenen Hochschule Niedersachsen werden wir die Hochschulen für nicht traditionelle Gruppen von Studierenden noch weiter als bisher öffnen und spezielle Studienangebote für Berufstätige schaffen. Zu viele sehen ihre Hochschule nach dem Abschluss nie wieder. Das sollte der Vergangenheit angehören.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die letzten fünf Jahre waren erfolgreiche Jahre für Niedersachsen. Ich freue mich, dass auch die Wähler das so gesehen haben.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Die Wirtschaft wächst wieder. Mit der Regierungsübernahme 2003 haben wir das Negativwachstum gestoppt und konnten den Abwärtstrend umkehren. Während Niedersachsen unter der Vorgängerregierung in der Wahlperiode von 1998 bis 2003 deutlich unterdurchschnittliche Wachstumsraten aufwies, wuchs die Wirtschaft in den letzten fünf Jahren im bundesweiten Vergleich überdurchschnittlich.

(Wolfgang Jüttner [SPD]: Sie lesen ja nicht einmal Ihre eigenen Statistiken!)

Wir hatten im Zeitraum von 2003 bis 2007 das viertstärkste Wachstum in Westdeutschland. Unter der Vorgängerregierung lagen wir noch auf Platz 9.

Der Aufschwung, der mit dem Regierungswechsel 2003 in Niedersachsen eingeleitet wurde, hat weitreichende positive Wirkungen entfaltet.

(Zuruf von der SPD: Das ist ja Gesellschaftsklitterung!)

Die Beschäftigung ist gestiegen, und die Arbeitslosigkeit ist auf den niedrigsten Stand seit 15 Jahren gesunken.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Anfang 2003 waren wir noch auf Platz 9, also in der unteren Hälfte der Bundesländer, was den Arbeitsmarkt betraf. Es freut mich besonders, dass wir auf Platz 7 und damit in die obere Hälfte der Bundesländer vorgerückt sind. Erfreulich ist insbesondere, dass die Jugendarbeitslosigkeit zurückgegangen ist, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Das sind keine abstrakten Zahlen. Jeder Einzelfall bedeutet Sicherheit und Einkommen für die Betroffenen und deren Familien. Was mich besonders freut: Die Armut ist in Niedersachsen statistisch seit nunmehr drei Jahren auf dem Rückzug. Das ist gut für alle Niedersachsen.

Auf das Erreichte können wir stolz sein. Es ist eine gute Grundlage. Darauf können wir in dieser Legislaturperiode aufbauen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Die Erfolge zeigen: Grundlage für Wachstum und Wohlstand für alle ist eine gute Wirtschaftspolitik. Nur wenn die Wirtschaft wächst, wenn Arbeitsplätze geschaffen werden und Einkommen entstehen, wenn Beiträge entrichtet und Steuern gezahlt werden, nur dann lassen sich Sicherheit und Perspektiven schaffen, nur dann ist es möglich, auch soziale Sicherheit im umfassenden Sinne zu gewährleisten, nur dann steigen die Renten, und nur dann gibt es Aufstiegschancen für alle und die Aussicht darauf, dass niemand zurückbleibt. Das heißt: Eine gute Wirtschaftspolitik ist die beste Sozialpolitik.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Es bleibt dabei: Sozial ist, was Arbeit schafft.

(Lachen bei der LINKEN)

Deshalb: Unsere Politik für mehr Wachstum und Beschäftigung werden wir im Interesse aller Niedersachsen fortführen.

Auch auf Bundesebene darf es keinen Stillstand geben. Die Reformen müssen weitergehen.

(Zuruf von der SPD: Sie haben nur Glück gehabt mit der Konjunktur!)

Dazu gehört eine Steuerreform. Ein neues, zukunftsfähiges Steuerrecht muss eines der zentralen Ziele unserer Politik bleiben. Deutschland braucht einen steuerpolitischen Neuanfang. Im Mittelpunkt steht die Vereinfachung

(Beifall bei der SPD)

und mit ihr die Leistungsgerechtigkeit. Dazu müssen die Ausnahmen weitestgehend beseitigt und im Gegenzug die Grundfreibeträge erhöht und die Steuersätze gesenkt werden.

Dazu gehören Reformen auf dem Arbeitsmarkt. Wir wollen eine Flexibilisierung des Arbeits- und Tarifrechts und eine Verringerung der Steuer- und Abgabenlast, damit die Menschen mehr Netto in der Tasche haben.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Die Senkung des Beitrages zur Arbeitslosenversicherung war ein wichtiger Schritt, dem weitere folgen müssen.

Zu den wichtigsten Reformen auf dem Arbeitsmarkt gehört auch die Neuorganisation des SGB II nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts. CDU und FDP werden sich für eine Verlängerung des Optionsmodells über den 31. Dezember 2010 hinaus einsetzen. Darüber hinaus wollen wir über die bestehenden Optionskommunen hinaus in

Niedersachsen weiteren Kommunen die Teilnahme auf diesem Weg möglich machen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Wir werden uns auch für weitere Reformen in anderen sozialen Sicherungssystemen und hier vorrangig für die Reform der Pflegeversicherung einsetzen, die richtigerweise auch Demenzzranke berücksichtigt und Pflegeurlaub ermöglichen soll. Aber es müssen auch die strukturellen Probleme der Pflegeversicherung in Angriff genommen werden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich kann es nicht oft genug sagen: Die Landtagswahl in Niedersachsen hat eines deutlich gemacht: Reformpolitik mit CDU und FDP ist möglich und findet Resonanz in der Bevölkerung.

(Starker, lang anhaltender Beifall bei der CDU und bei der FDP - Zurufe von der SPD: Aufstehen!)

Ich sage hier ausdrücklich mit den Worten des Ministerpräsidenten: Deshalb kann die Große Koalition in Berlin nur eine Übergangslösung sein.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Im September 2009 soll sie von einer bürgerlichen Mehrheit aus CDU, CSU und FDP abgelöst werden.

(Starker, lang anhaltender Beifall bei der CDU und bei der FDP - David McAllister [CDU]: Wir zählen die Tage! - Stefan Wenzel [GRÜNE]: Da mussten Sie jetzt selbst lachen, Herr Hirche! - Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Wirtschaftspolitik heißt für uns auch: Bürokratie abbauen, Innovationen fördern, Infrastruktur ausbauen und Internationalisierung Niedersachsens vorantreiben.

In der Regierungserklärung 2003 hatte Ministerpräsident Wulff das Ziel vorgegeben, die niedersächsischen Rechts- und Verwaltungsvorschriften um ein Drittel zu reduzieren. Dieses Ziel haben wir deutlich übertroffen. Seit dem Start unserer Deregulierungsoffensive haben wir fast die Hälfte aller Vorschriften abgebaut.

(Heiner Bartling [SPD]: Und wie viele neu geschaffen?)

Wir regeln nur noch, was nötig ist, nicht, was möglich ist.

(Unruhe bei der SPD - Glocke des Präsidenten)

In dieser Legislaturperiode legen wir unsere Schwerpunkte auf die Reduzierung der Statistik- und Berichtspflichten, die Verringerung der Pflicht zur Bestellung von Beauftragten und die Abschaffung von Doppelprüfungen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Wir werden die Wirtschaft weiter von unnötigen Belastungen befreien. Die Deregulierung im Baubereich ist ein besonderes Anliegen.

Meine Damen und Herren, die Zahlen, die ich genannt habe, waren Nettozahlen. Man muss nämlich netto mehr übrig behalten. Deswegen, Herr Bartling, ist Ihr Zwischenruf völlig fehl am Platze.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP -
Heiner Bartling [SPD]: Na, na! Wir prüfen das mal nach, Herr Hirche! -
Wolfgang Jüttner [SPD]: Ich sage Ihnen das nachher!)

Innovationen sind die Voraussetzung für sichere und zukunftsfähige Arbeitsplätze und für den Wohlstand von morgen. Innovationen sind auch notwendig, um die großen Herausforderungen wie die Globalisierung, den Klimawandel und den demografischen Wandel zu meistern. Auch deshalb werden wir Mittel der Stiftung Zukunfts- und Innovationsfonds und des Wirtschaftsförderfonds für innovative Vorhaben einsetzen. Der Stiftung sollen bis 2011 100 Millionen Euro zur Verfügung stehen.

Wir werden Initiativen des Landes in besonders Erfolg versprechenden Zukunftsfeldern verstärken. So wollen wir z. B. in Stade das CFK Nord für ganz Norddeutschland gemeinsam mit Airbus, unseren Universitäten, dem Deutschen Zentrum für Luft- und Raumfahrt und der Fraunhofer-Gesellschaft aufbauen, um die Querschnittstechnologie CFK beim Flugzeug, beim Auto, bei Windenergieanlagen und anderswo schnell in die industrielle Anwendung zu bringen. Wir sind in Norddeutschland bei CFK führend. Diese Spitzenposition wollen wir halten.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Die IdeenExpo 2007 war ein voller Erfolg. 165 000 Kinder und Jugendliche waren begeistert. Solche Erfahrungen machen Mut. Deswegen werden wir

nächstes Jahr die nächste IdeenExpo auf dem Weltausstellungsgelände hier in Hannover veranstalten.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, eine hervorragende Infrastruktur ist der Schlüssel für wirtschaftlichen Erfolg. Das kann man derzeit exemplarisch an der A 31 - der Emslandautobahn - beobachten. Der Lückenschluss hat zu mehr Gewerbe, mehr Logistik und mehr Tourismus im Westen und Nordwesten Niedersachsens geführt. Deswegen werden wir auch an anderer Stelle unsere Verkehrsinfrastruktur ausbauen und an den Erfordernissen der globalen Wirtschaft ausrichten. Bei der Fortschreibung des Bundesverkehrswegeplanes werden wir uns für einen größeren Anteil Niedersachsens am Investitionsvolumen und die Aufnahme neuer Verkehrsprojekte einsetzen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Der Bund muss Maßnahmen in Niedersachsen stärker finanziell absichern. Niedersachsen ist eine der Verkehrsdrehscheiben Europas. Deswegen werden wir die notwendigen Verkehrsprojekte für die großen Verkehrsströme von Ost nach West und Nord nach Süd - wie die Küstenautobahn, die feste Elbquerung, die A 20 und die Verkehrsanbindungen zu den Häfen - vorantreiben.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Norddeutschland profitiert in besonderer Weise von der Globalisierung. Häfen und Hafenlogistik verzeichnen hohe Wachstumsraten. Wir haben viele Tore zur Welt, die wir intensiver nutzen wollen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Wilhelmshaven wird bald die größte Baustelle Europas sein. Wir halten an der Zielsetzung fest, den JadeWeserPort bis 2010 in Betrieb zu nehmen.

(Gerd Ludwig Will [SPD]: Da lachen ja die Hühner!)

Sobald das OVG Lüneburg den Planfeststellungsbeschluss vom 16. März 2007 bestätigt, werden die Bauarbeiten beginnen. Der Hafen entspricht der Nachfrage auf dem Markt. Deswegen wird er eine Erfolgsgeschichte und im gesamten Nordwesten positive strukturpolitische Effekte auslösen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP -
Zuruf von Gerd Ludwig Will [SPD])

Wir werden die Küste zu einer leistungsstarken Wirtschaftsachse des Landes ausbauen. Dazu werden die bedarfsgerechte Planung des weiteren Ausbaus des JadeWeserPorts sowie der anderen See- und Binnenhäfen und der Ausbau des Hinterlandverbindungsnetzes auf Straßen, Schienen und Kanälen beitragen. Die Hinterlandanbindungen für unsere Häfen sind eine nationale Aufgabe. Dazu muss sich die Bundesregierung bekennen.

Darüber hinaus halten wir es für erforderlich, die Zusammenarbeit der norddeutschen Hafenstandorte zu intensivieren, um zu einem gemeinsamen Hafensystem Deutsche Bucht zu gelangen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, der Welthandel wächst überproportional. Unser Ziel ist es, noch mehr heimische Unternehmen am internationalen Wachstum zu beteiligen. Wir spüren, dass Niedersachsen auch für ausländische Investoren an Bedeutung gewinnt. Beide Entwicklungen sind gut für uns. So wollen wir die Internationalität Niedersachsens weiter fördern. Die zentrale Lage Niedersachsens im Herzen Europas gibt uns Schlüssel in die Hand.

Gleichzeitig werden wir im Ausland für unser Land werben. Zur besseren Vermarktung des Standortes Niedersachsen im In- und Ausland errichten wir dieses Jahr die Gesellschaft Niedersachsen Global. Ziel ist eine außenwirtschaftliche Gesamtstrategie, die die Akteure der Außenwirtschaftsförderung zusammenführt und vorhandene Instrumente bündelt.

Wir wollen unsere Messen stärker zur Internationalisierung unserer Wirtschaft nutzen. Durch Länderinformationstage, spezielle Kontaktbörsen und den Niedersächsischen Außenwirtschaftstag nutzen wir die Plattform der Messe, um die niedersächsische Wirtschaft zu präsentieren. Wir werden das Netz der Repräsentanzen im Ausland ausbauen und Delegationsreisen noch stärker nutzen, um kleine und mittelständische Unternehmen bei ihrem Markteinstieg im Ausland zu unterstützen.

Auch die Weltoffenheit unserer jungen Menschen wollen wir steigern. Durch Austauschprogramme und Schulpartnerschaften machen wir sie fit für den internationalen Wettbewerb.

Unser Ziel ist es, auch durch internationale Fachkräfte unsere Wirtschaftsbeziehungen zu anderen Ländern zu verstärken. Deshalb wollen wir eine erleichterte Zuwanderungsregelung für Fachkräfte. Dabei soll die Entwicklung eines Punkteverfahrens

geprüft werden. Wir wollen die Einkommensgrenze für Zuwanderer absenken.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Grundlage unseres Erfolges ist die soziale Marktwirtschaft mit Wettbewerb, Privateigentum und Vertragsfreiheit. Aber gerade als Liberaler sage ich auch: Soziale Marktwirtschaft darf nicht mit Laissez-faire verwechselt werden. Der Staat ist verantwortlich für die Rahmenbedingungen des Wettbewerbs und der marktwirtschaftlichen Ordnung. Steuerhinterziehung und Schwarzarbeit, meine Damen und Herren, sind das Gegenteil dessen, was unsere Marktwirtschaft und unsere Gesetze zulassen.

(Zustimmung von Heiner Bartling [SPD])

Sie sind deswegen strikt und mit aller Schärfe des Gesetzes zu bekämpfen -

(Beifall bei der CDU und bei der FDP - Zustimmung von Heiner Bartling [SPD] und Dr. Manfred Sohn [LINKE])

und das nicht nur, meine Damen und Herren, weil dadurch Millionenbeträge verloren gehen. Viel schlimmer ist, dass damit die soziale Marktwirtschaft und auch das Bild des Unternehmers generell in Misskredit gebracht werden. Dabei ist unser blühendes Gemeinwesen ohne die vielen ehrlichen Unternehmer gar nicht vorstellbar - genauso wenig wie ohne die vielen tüchtigen Arbeitnehmer.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Meine Damen und Herren, Peter Hartz und jetzt Klaus Zumwinkel sind Beispiele, die die soziale Marktwirtschaft in ihren Grundfesten erschüttern -

(Zustimmung bei der LINKEN)

und das in einer Zeit, in der viele Menschen nach Orientierung und Vorbildern suchen. Sie werden bitter enttäuscht. Das individuelle Fehlverhalten einiger weniger hat sich im Urteil der Öffentlichkeit zu einem Fehler des Systems verdichtet -

(Zuruf von der LINKEN: Es ist das System!)

eines Systems, das sich schon dadurch auszeichnet, dass alles öffentlich aufgearbeitet wird, und, meine Damen und Herren, eines Systems, das im Unterschied zur DDR im Westen Deutschlands zu wirtschaftlichem Wohlstand und sozialer Sicherheit geführt hat. Deswegen ist die soziale Marktwirt-

schaft ein System, an dem wir innerhalb der staatlichen Rahmenbedingungen bedingungslos festhalten werden.

(Starker Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Besonders ärgerlich ist, dass mit Aktivitäten wie von Herrn Zumwinkel auch die ehrlichen Unternehmerinnen und Unternehmer in Misskredit gebracht werden, die ihre Steuern zahlen, die Arbeitsplätze schaffen und die sich um jeden Beschäftigten ihres Unternehmens einzeln kümmern. Deshalb: Unabhängig davon, was an neuen Skandalen über Misswirtschaft, Korruption oder Güstlingswirtschaft weiter an die Öffentlichkeit dringt, letztlich gilt der Spruch, den Winston Churchill einst prägte:

„Manche sehen im Unternehmer eine Kuh, die man nur melken muss. In Wahrheit ist er aber das Pferd, das den Karren zieht.“

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Wir jedenfalls werden weiterhin vorrangig den Mittelstand - die inhabergeführten Handwerks-, Handels-, Industrie- und Dienstleistungsbetriebe - im Blick haben. Der Mittelstand ist der Kern unserer Wirtschaft. Dort entstehen die meisten neuen Arbeits- und Ausbildungsplätze. Deswegen wollen wir unsere erfolgreiche Mittelstandsförderung fortsetzen. Die Konzentration der Programme bei der NBank und der Bürokratieabbau werden fortgeführt. Die Anstrengungen zum Kampf gegen Schwarzarbeit und Schattenwirtschaft werden wir verstärken.

(Wolfgang Jüttner [SPD]: Warum verstärken?)

Der Mittelstand wird aber nur dann weiterhin das Rückgrat unserer Wirtschaft sein, wenn dort gut ausgebildete Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter Garant für die Qualität der Produkte und Dienstleistungen sind. Deswegen werden wir mit einem Pakt für Qualifizierung auf den Fachkräftemangel reagieren. Bei uns hat der Mittelstand damit Zukunft.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, manche haben den Eindruck, dass in den letzten Jahren die Nöte, Sorgen und auch Abstiegsängste einer breiten Mitte in Deutschland mehr und mehr aus dem Blickfeld der Öffentlichkeit und der Politik geraten sind. Jahrelang wurde viel und ausschließlich über die Probleme von gesellschaftlichen

Gruppen diskutiert, die sich an den Rand gedrängt fühlen und die sicher auch in Zukunft viel Aufmerksamkeit verdienen.

Wir müssen aber auch wieder Politik für die Mitte der Gesellschaft machen. Diese Mitte erwartet, dass sie in ihren Ängsten und Nöten ernst genommen wird. Und sie erwartet, dass ihr nicht Lasten aufgebürdet werden, die sie nicht schultern kann.

Wir werden deshalb Antworten auf die Ängste und Nöte dieser Mitte geben. Wir machen nicht nur Politik für Leistungsbezieher, sondern vor allem Politik für Leistungsträger.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

In einem Land, in dem Leistung nicht anerkannt wird, wird „Wohlstand für alle“ keine Chance haben. Wenn die Mitte die Lust an Leistung verliert, dann leiden darunter die Schwächsten zuerst.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Abraham Lincoln hat es in seiner berühmten Antrittsrede so formuliert: „Ihr werdet die Schwachen nicht stärken, indem ihr die Starken schwächt.“ Denn sie sind es, die die Gesellschaft zusammenhalten. Sie sind es, die jeden morgen zur Arbeit gehen. Sie sind es, die Steuern und Sozialbeiträge erwirtschaften, von denen erst die Leistungen an die Bedürftigen gezahlt werden können. Sie sind es, die ihre Steuern hier in Deutschland legal bezahlen. Sie sind es, die ihre Kinder jeden Morgen mit Frühstück und Pausenbrot in die Schule schicken, auch wenn das Geld einmal knapp ist. Und sie sind es, die sich abends und am Wochenende auch noch im Sportverein, in der Jugendgruppe oder in der Kirche ehrenamtlich engagieren.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Deswegen wollen wir etwas für die Mitte der Gesellschaft tun. Gleichzeitig ist uns bewusst: Nicht jeder sieht sich in der Mitte der Gesellschaft. Auch wenn Arbeitslosigkeit und Armut in Niedersachsen zurückgegangen sind:

(Ursula Helmhold [GRÜNE]: Woher haben Sie das denn?)

Manche sind an den Rand gedrängt, können sich nicht alleine helfen und brauchen unsere Unterstützung und unsere Solidarität. Unterstützung und Solidarität sind keine Almosen. Jeder Mensch hat aus seiner Menschenwürde ein Anrecht darauf.

Und richtig ist auch: Die Erfolge, die wir in den letzten Jahren erreicht haben, sind noch nicht bei

allen gleichermaßen angekommen. Wir wollen dafür sorgen, dass sie bei allen ankommen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Wir wollen Niedersachsen gemeinsam voranbringen. Wir werden weiterhin auch für die Schwächsten in unserer Gesellschaft eintreten, den Dialog der Generationen fördern und den Menschen eine Perspektive geben. Für uns steht der Mensch im Mittelpunkt. Deswegen werden wir nicht nur die wirtschaftliche Infrastruktur ausbauen, sondern auch die soziale.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Wir brauchen auch künftig eine hochwertige und wirtschaftliche medizinische Versorgung in ganz Niedersachsen. Deshalb beteiligen wir uns auch künftig an der Krankenhausfinanzierung. Wir halten an einer Krankenhausplanung durch das Land fest - dies insbesondere in der Akutversorgung -, die von der demografischen Entwicklung besonders betroffen ist. Mit dem Haushaltsjahr 2008 haben wir deshalb erneut ein mehrjähriges Krankenhausinvestitionsprogramm über 360 Millionen Euro begonnen und damit für Planungssicherheit gesorgt.

Wir werden auch die Situation der Alten und Pflegebedürftigen verbessern. Die Kurzzeitpflege werden wir stärken, um sie vermehrt als Überleitungs- pflege und zur Entlastung von Angehörigen zu nutzen. Durch ein Landesheimgesetz wollen wir bürokratische Belastungen vermeiden, Anzeigepflichten abbauen, die Entwicklung neuer Wohnformen erleichtern und Doppelzuständigkeiten abschaffen. Wir wollen ältere Menschen befähigen, ihre Selbstständigkeit und Lebensqualität zu bewahren. Dazu werden wir Seniorenservicebüros für ältere Menschen fördern.

Wir wollen behinderten Menschen zu mehr Teilnahme am gesellschaftlichen Leben verhelfen. Dazu gehört der Ausbau des eigenständigen Wohnens, des Budgets für Arbeit und des persönlichen Budgets.

Der neue Landtagspräsident Hermann Dinkla hat mit seinem Vorschlag für einen „Tag der offenen Tür“ für behinderte Menschen im Niedersächsischen Landtag gestern ein wichtiges und erfreuliches Signal gesetzt.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Behinderte Menschen gehören in die Mitte unserer Gesellschaft. Deshalb begrüßt die Landesregierung diesen Vorschlag ausdrücklich.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

All dies zeigt: Wir setzen uns für alle Niedersachsen ein. Wir wollen ein starkes und soziales Niedersachsen, ein Niedersachsen ohne Ausgrenzung und ohne Diskriminierung. Deshalb fördern wir die Aidsprävention, Maßnahmen gegen Gewalt gegen Frauen und Mädchen sowie Maßnahmen für Gehörlose - um nur einige Beispiele zu nennen. Soziale Verantwortung ist für uns das Leitbild und zugleich Auftrag für konkrete Maßnahmen für die Schutz- und Hilfebedürftigen in unserem Land.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Niedersachsen gehört zur Spitzengruppe der Bundesländer beim bürgerschaftlichen Engagement. Rund zweieinhalb Millionen Niedersachsen engagieren sich ehrenamtlich. Eine lebendige und solidarische Gesellschaft ist auf diese Menschen angewiesen. Deshalb möchte ich mich an dieser Stelle sehr herzlich für dieses Engagement bedanken.

Wir werden auch künftig eng mit Trägerorganisationen, Vereinen, Verbänden, Initiativen und Selbsthilfegruppen zusammenarbeiten, um noch mehr Niedersachsen für ein freiwilliges Engagement zu begeistern und zu gewinnen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Die Freiwilligenagenturen werden wir weiter ausbauen. Für ehrenamtlich Tätige werden wir das Projekt „Ehrenamtskarte“ weiter voranbringen, das herausragende ehrenamtliche Engagement von Studierenden berücksichtigen und auch die Wirtschaft für die Anerkennung ehrenamtlicher Tätigkeit gewinnen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Niedersachsen ist ein weltoffenes Land. Wir verstehen uns, nicht nur wegen unserer Seehäfen, als Tor zur Welt, aber auch als Teil dieser Welt, der offen ist für Fremde und Fremdes.

Wir haben in den letzten Jahrzehnten gezeigt, dass unsere Gesellschaft zur Integration bereit und fähig ist: Viele Hunderttausend deutsche Vertriebene, Spätaussiedler und Flüchtlinge, ausländische Arbeitnehmer und Asylsuchende haben seit dem Zweiten Weltkrieg in Niedersachsen eine Heimat gefunden. - Ich darf hinzufügen: Ich selbst gehöre auch dazu. - Heute leben hier Menschen aus 195 Nationen, die unser Leben bereichern und aus unserem Alltag nicht mehr wegzudenken sind. Natürlich ergibt sich das friedliche und gedeihliche Zusammenleben von Einheimischen und Zuwan-

derern nicht von allein. Beide Seiten müssen gemeinsam daran arbeiten, dass Integration auf Dauer gelingt.

Wir werden daher unsere Anstrengungen verstärken, Zuwanderer noch besser als bisher zu integrieren. Und auch hier gilt der Maßstab: Gemeinsam wollen wir unser Land bewegen. Dazu brauchen wir auch die Migrantinnen und Migranten, denen wir mit Respekt, Offenheit und Toleranz begegnen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Das heißt aber nicht Beliebigkeit und Prinzipienlosigkeit!

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Wir haben Prinzipien, die für niemanden zur Disposition gestellt werden können. Diese Prinzipien sind die unveräußerlichen Grundwerte und Grundrechte, wie die Unantastbarkeit der Menschenwürde, die Einhaltung der Menschenrechte und das Bekenntnis zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung, zur Rechtsstaatlichkeit und zur weltanschaulichen Neutralität des Staates.

Integrationspolitik bedeutet für uns Fördern und Fordern. Wir haben die Pflicht zu fördern. Wir haben aber auch die Pflicht, etwas zu fordern. Dazu gehören das Bekenntnis zu den Grundrechten und zu unserer Demokratie und das Erlernen der deutschen Sprache. Denn nur wer die Landessprache beherrscht, ist zur gleichberechtigten Teilhabe fähig.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Nur dann kann er auch Zugang finden zu unserem Land und seinen Werten und Traditionen. Wer die Integration in unsere Gesellschaft bewusst verweigert, schadet seiner eigenen Zukunftsfähigkeit und der Zukunftsfähigkeit unseres Landes und muss mit Sanktionen rechnen.

Niemand erwartet von den Zuwanderern die Verleugnung der eigenen Herkunft und der Muttersprache. Wir haben Respekt vor der Muttersprache, den kulturellen Wurzeln und auch den Glaubensüberzeugungen jedes Menschen, der zu uns kommt. Wir müssen aber darauf bestehen, dass er den festen Willen hat, die Grundregeln unseres Zusammenlebens zu akzeptieren, auch unsere Sprache, unsere Tradition und unseren Wertekanon anzuerkennen und sich entsprechend zu verhalten.

Integration ist dann verwirklicht, wenn jeder, der zu uns gekommen ist, aus Überzeugung sagen kann: Ich lebe in Niedersachsen, das ist mein Land, hier bin ich zu Hause.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Die Landesregierung wird ihren Beitrag zur Integration von Zuwanderern leisten. Hierbei spielt der Dialog der Religionen und mit den Religionen eine wichtige Rolle. Deshalb wollen wir die Zusammenarbeit mit Migrantinnen und Migranten verstärken und den Dialog ausbauen. Deshalb haben wir im Jahr 2003 den Schulversuch „Islamischer Religionsunterricht“ begonnen, der inzwischen an 26 Grundschulen erfolgreich durchgeführt wird. Wir haben das Fach „Islamische Religionspädagogik“ als Masterstudiengang an der Universität Osnabrück eingerichtet, um geeignetes Lehrpersonal für den islamischen Religionsunterricht auszubilden.

Meine Damen und Herren, wir sind auch froh, dass jüdisches Leben und jüdische Traditionen in unserem Land wieder lebendig sind. Die Förderung der jüdischen Gemeinden im Land und die Integration der jüdischen Mitbürger, die vor allem aus den ehemaligen Sowjetrepubliken zu uns zugewandert sind, sind uns ein wichtiges Anliegen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP
und Zustimmung von Stefan Wenzel
[GRÜNE])

Die aktive Integration von Spätaussiedlern ist uns wichtig. Das Grenzdurchgangslager Friedland hat eine hohe integrationspolitische Bedeutung. Wir werden es mit einem modernen Gesamtkonzept fortentwickeln, das historische Erinnerung mit aktuellen Bedürfnissen verknüpft.

Zur besseren Koordinierung und Steuerung von integrationspolitischen Maßnahmen wird das Innenministerium „Ministerium für Inneres, Sport und Integration“ heißen und damit „Integrationsministerium“ in Niedersachsen sein. Wir werden alle integrationspolitischen Maßnahmen und Projekte im Handlungsprogramm Integration zusammenfassen, wofür allein in diesem Jahr rund 65 Millionen Euro zur Verfügung stehen. Der größte Teil dieses Programms fließt in Bildung und Sprachförderung.

Wir wollen, dass Niedersachsen das Land der gelungenen Integration wird. Bildung ist dabei der Schlüssel zu einer erfolgreichen Integration.

(Zustimmung von Ingrid Klopp [CDU])

Daher brauchen Kinder und Jugendliche aus Zuwandererfamilien vom Kindergarten über die

Grundschule und die weiterführenden Schulen bis zur Ausbildung oder zum Studium besondere Unterstützung. Nur so werden sie ihren Platz in unserer Gesellschaft finden.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Da die Beherrschung der deutschen Sprache die Grundvoraussetzung hierfür ist, werden wir dafür sorgen, dass Kinder mit Migrationshintergrund frühzeitig deutsche Sprachkenntnisse erwerben und so ihre Bildungschancen verbessern.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich bin davon überzeugt, dass Jugendliche weit weniger dazu neigen, sich abzuschotten, kriminell oder gewalttätig zu werden, wenn sie sich in unserer Gesellschaft aufgehoben fühlen und eine Perspektive für die Zukunft haben.

(Zuruf: Genau!)

Diese wollen wir allen Jugendlichen in Niedersachsen geben. Dabei werden auch wir als Landesregierung weiter unseren Beitrag leisten und sie insbesondere beim Übergang von Schule in den Beruf unterstützen. Wir wollen auch mehr junge Menschen aus Zuwandererfamilien für eine Beschäftigung im öffentlichen Dienst gewinnen. Wir unterstützen es, dass sich diese Jugendlichen z. B. für den Polizeidienst bewerben. Gleichzeitig wollen wir die interkulturelle Kompetenz in den Behörden steigern. Dieser Auftrag gilt auch für die Wirtschaft: Inwieweit die Wirtschaft von Menschen unterschiedlicher Herkunft und kultureller Prägung profitiert, wird auch maßgeblich den zukünftigen wirtschaftlichen Erfolg Niedersachsens beeinflussen. Wir müssen diese Vielfalt als Chance für unser Land sehen und nutzen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, der Schutz von Umwelt und Natur ist für uns eine zentrale Aufgabe.

(Enno Hagenah [GRÜNE]: Das glaube ich!)

Niedersachsens Vielfalt natürlicher Lebensräume wie Harz, Heide und Küste wollen wir bewahren. Mein Dank gilt an dieser Stelle den Natur- und Umweltverbänden.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Sie haben durch ihr großes Engagement zum Schutz unserer natürlichen Lebensgrundlagen beigetragen. Wir wollen die Zusammenarbeit mit ihnen intensivieren.

Wir werden mit der Novellierung des Niedersächsischen Naturschutzgesetzes ein modernes, effektives und bürgerfreundliches Naturschutzrecht schaffen. Wir setzen beim Umwelt- und Naturschutz nicht auf Konfrontation,

(Zuruf von der SPD: Holzfäller!)

sondern auf Kooperation mit Nutzern und Eigentümern und auf Zusammenarbeit mit den Kommunen und der Wirtschaft.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Deshalb treten wir für Vertragsnaturschutz und Kooperationsmodelle zur Verbesserung der Gewässer- und Trinkwasserqualität ein.

(Ernst-August Hoppenbrock [CDU]: Hervorragend!)

Eine zentrale Herausforderung für eine nachhaltige Politik ist der Klimaschutz. Wir werden eine Regierungskommission Klimaschutz einrichten, um praxisnahe Lösungen zur Reduzierung von Treibhausgasen zu erhalten.

Als Küstenland werden wir den Hochwasserschutz verstärken und das Deichausbauprogramm auf 60 Millionen Euro jährlich aufstocken.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Wir werden einen Generalplan Inselschutz auflegen und uns gegenüber dem Bund für zusätzliche Mittel für den Küsten- und Hochwasserschutz einsetzen. Um die Bedeutung des Klimaschutzes und die ressortübergreifende Aufgabe zu unterstreichen, wird das Umweltministerium künftig „Ministerium für Umwelt und Klimaschutz“ heißen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP - Heiner Bartling [SPD]: Wow!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Niedersachsen ist das Energieland Nummer eins in Deutschland. Deshalb liegt eine verantwortungsbewusste Energiepolitik in unserem besonderen Landesinteresse.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Dazu gehören Energiesparprogramme, die Erhöhung der Energieeffizienz und die Nutzung erneuerbarer Energien genauso wie das Bekenntnis zum technologieoffenen Energiemix.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Der von der früheren rot-grünen Bundesregierung beschlossene Atomausstieg ist eine Belastung für den Klimaschutz.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP -
Björn Thümler [CDU]: Jawohl!)

Der Verzicht auf die Nutzung der Kernkraft macht den Bau neuer Kohle- und Gaskraftwerke erforderlich.

(Stefan Wenzel [GRÜNE]: Quatsch!)

Eine Verlängerung der Laufzeiten der Kernkraftwerke wäre dagegen eine wirkungsvolle Maßnahme für den Klimaschutz.

(Heinz Rolfes [CDU]: Richtig!)

Zugleich würden dadurch zeitliche und finanzielle Spielräume für einen weiteren Ausbau regenerativer Energien eröffnet. Meine Damen und Herren, interessant ist, dass alle in Europa um uns herum das sehen und nur eine kleine Fraktion meint,

(Karl-Heinrich Langspecht [CDU]: Die haben keine Ahnung!)

das anders beurteilen zu können.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Präsident Hermann Dinkla:

Herr stellvertretender Ministerpräsident, ich darf Sie kurz unterbrechen. - Herr Kollege Wenzel, ich habe eben gehört, dass Sie „Quatsch“ gesagt haben. Ist das richtig?

(Stefan Wenzel [GRÜNE]: Das ist richtig!)

Ich darf Sie darauf hinweisen, dass das im Bundestag bereits einen Ordnungsruf nach sich gezogen hätte. Ich wäre dankbar, wenn Sie sich künftig in dieser Weise etwas zurücknehmen würden.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP -
Zuruf von der SPD - Heinz Rolfes [CDU]: Wer ist das denn? Der ist doch gestern schon unangenehm aufgefallen! - Reinhold Coenen [CDU]: Nimm einmal Baldrian! - Weitere Zurufe)

- Ich darf jetzt bitten, die Zwiegespräche einzustellen und dem Redner zuzuhören.

Walter Hirche, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr:

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich sage ausdrücklich: Wer eine bezahlbare, also auch sozial verantwortbare Energiepolitik will, kann nicht gleichzeitig für den Atomausstieg eintreten und gegen den Bau neuer Kraftwerke zu Felde ziehen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Eine solche Politik - ich füge hinzu: wie ich sie nicht von der SPD in Niedersachsen, wohl aber von der SPD Hessen gehört habe - wäre schlecht für unser Land, für die Wirtschaft wie für die privaten Verbraucher. Auch bei der Energiepolitik ist es gut, dass CDU und FDP weiter in der Regierungsverantwortung sind.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Die Landesregierung steht für eine ökologische und wirtschaftliche Energiepolitik. Wir unterstützen die Planungen für den Neubau effizienter, klimafreundlicher Kraftwerke; denn wir wollen Niedersachsen als Kraftwerksstandort für die Zukunft sichern. Für eine zukunftsfähige und umweltschonende Energieversorgung brauchen wir die Verbesserung der Wirkungsgrade der Kraftwerke, die stärkere Nutzung der Kraft-Wärme-Kopplung und den weiteren Ausbau der erneuerbaren Energien. Bis zum Jahr 2020 wollen wir in Niedersachsen den Anteil regenerativer Energien am Gesamtenergieverbrauch auf 25 % erhöhen. Einen besonderen Schwerpunkt werden wir auf die Energieforschung und die Forschungs- und Innovationsförderung legen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, der Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen betrifft auch die abwechslungsreiche Kulturlandschaft in Niedersachsen. Wir bekennen uns zu einer unternehmerischen und umweltgerechten Forst- und Landwirtschaft.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Dabei unterstützen wir die heimische Produktion von Lebensmitteln und sind für ein gleichberechtigtes Nebeneinander von konventioneller und ökologischer Landwirtschaft. Beide sollen ihre Chancen nutzen. Wir werden die Land- und Ernährungswirtschaft als bedeutende Wirtschaftsfaktoren Niedersachsens unterstützen und die Nutzung nachwachsender Rohstoffe ausbauen.

Unsere Landwirte brauchen Verlässlichkeit und Planungssicherheit.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Deswegen werden wir uns auch auf Bundesebene und in Europa dafür einsetzen, dass wir unsere bewährte Agrar- und Strukturpolitik auch weiterhin fortsetzen können. Dies gilt in besonderer Weise für die unveränderte Beibehaltung der Gemeinsamen Agrarpolitik bis 2013.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Im Interesse der Landwirtschaft und zum Schutz der Verbraucher wollen wir angemessene Standards im Umwelt-, Tier- und Verbraucherschutz sicherstellen. Zur Sicherung hoher Qualitätsstandards werden wir die für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit zuständigen Behörden weiter modernisieren. Wir werden die Verbraucherberatung durch Einrichtung eines „Ernährungsportals Niedersachsen“ stärken und den Aktionsplan „Sichere Lebensmittel aus Niedersachsen“ weiterentwickeln. Verbraucherschutz ist von herausragender Bedeutung.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Sicherheit und der Schutz von Freiheit und Eigentum sind und bleiben eine Kernaufgabe des Staates. Die Polizistinnen und Polizisten in Niedersachsen leisten oft unter schwierigen Bedingungen hervorragende Arbeit für die Sicherheit unserer Bürgerinnen und Bürger. Hierfür möchte ich ihnen herzlich danken.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Wir brauchen eine motivierte, modern ausgerüstete und bürgernahe Polizei. In der letzten Legislaturperiode haben wir die Weichen für eine moderne Sicherheitsarchitektur gestellt: Wir haben die Polizei personell verstärkt und organisatorisch erneuert. Wir konnten die Zahl der von der Polizei ermittelten Tatverdächtigen auf einen neuen Höchststand heben. Meine Damen und Herren, 2007 haben wir die höchste Aufklärungsquote in der Geschichte Niedersachsens erreicht. Darauf sind wir stolz.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Ich kann Ihnen versichern: Auch in den nächsten fünf Jahren werden wir konsequent gegen Kriminalität jeder Art vorgehen.

Wir werden die technische Ausstattung unserer Sicherheitsbehörden weiter verbessern. Die rasanten Entwicklung der Informations- und Kommunikationstechnik eröffnet Kriminellen neue Aktionsmöglichkeiten. Die Bedrohung durch den internationalen Terrorismus ist weiterhin akut. Deshalb werden wir unsere Sicherheitsbehörden in die Lage versetzen, mit hochqualifiziertem Personal und neuester Kriminaltechnik die Sicherheit unserer Bürgerinnen und Bürger im Rahmen dessen, was uns das Bundesverfassungsgericht hierzu vorgeben wird, erfolgreich zu schützen.

Unser vorrangiges Ziel bleibt es, Straftaten zu verhindern. Wir werden daher die erfolgreiche Arbeit des Landespräventionsrates, der kommunalen Präventionsräte und die Präventionsmaßnahmen der Polizei weiter unterstützen und die Zusammenarbeit zwischen Polizei, Staatsanwaltschaften und Schulen verbessern.

Zu einer wirksamen Prävention gehört auch die Stärkung des Verfassungsschutzes. In Niedersachsen gibt es keinen Platz für Extremisten von rechts und links.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Wir alle sind als wachsame Demokraten aufgerufen, insbesondere junge Menschen über die Gefahren des Rechts- und Linksextremismus aufzuklären. Aber ebenso wenig, meine Damen und Herren, werden wir akzeptieren, dass Religion für extremistische Zwecke missbraucht wird. Der islamistische Terror hat sich in den vergangenen Jahren als Hauptgefahr auch in Deutschland erwiesen. Deswegen wird ein Schwerpunkt der Regierungsarbeit in der Bekämpfung dieses Terrorismus liegen.

Meine Damen und Herren, gegen Jugendkriminalität werden wir mit einer Doppelstrategie aus Prävention und entschlossenem Einschreiten vorgehen. Das Thema Jugendgewalt ist für uns ein ernstes Problem, dem wir uns zu allen Zeiten ernsthaft widmen. Der richtige Ansatz lautet: Vorbeugen - Hinsehen - Eingreifen. Wir werden verstärkt Projekte und Maßnahmen zur Prävention von jugendtypischen Straftaten fördern, so wie das kürzlich prämierte niedersächsische Programm „Prävention als Chance“, an dem sich Polizei, Schulen, Kindergärten, Eltern und Jugendhilfeträger beteiligen.

Klar ist aber auch: Wer kriminell wird, der muss mit Sanktionen rechnen. Deswegen setzen wir uns auf Bundesebene dafür ein, den Warnschussarrest als neues Sanktionsmittel im Jugendstrafrecht zu verankern und das Instrumentarium für Jugendrichter zu erweitern.

Meine Damen und Herren, ein wichtiger Bestandteil einer sicheren und gerechten Gesellschaft sind unsere Gerichte, Staatsanwaltschaften und Justizvollzugsgesellschaften.

(Lachen bei der LINKEN)

- Entschuldigung, Justizvollzugsanstalten. - Wir wollen die Leistungsfähigkeit der Justiz weiter verbessern durch moderne Arbeitsbedingungen, durch eine Konzentration auf die Kernaufgaben,

die Zusammenlegung von Gerichtsbarkeiten, schlanke Verfahren und eine bedarfsorientierte Personalpolitik. Wir wollen eine leistungsfähige, effiziente und kostengünstig arbeitende Justiz, die unseren Bürgerinnen und Bürgern wirksamen Rechtsschutz gibt.

Die Landesregierung hat sich in der vergangenen Legislaturperiode auf Bundesebene beharrlich dafür eingesetzt, dass das Strafrecht zum Schutz der Bevölkerung vor Verbrechen verbessert wird. Besonders wichtig waren dabei die Gesetzesinitiativen Niedersachsens zur Stärkung des Opfer-schutzes und zur Reform des Jugendstrafrechts.

Wir haben in den letzten fünf Jahren die Vorkehrungen für einen sicheren und humanen Strafvollzug in unserem Land getroffen. Zwei neue Haftanstalten in Sehnde und Rosdorf haben wir solide finanziert und in Betrieb genommen. Damit konnten wir die Überbelegung im Strafvollzug abbauen und die Zahl der Häftlingsentweichungen erheblich reduzieren.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Zudem konnte auf Initiative Niedersachsens auf Bundesebene durchgesetzt werden, dass verurteilte ausländische Straftäter auch ohne ihre Zustimmung zur Haftverbüßung in ihr Heimatland überstellt werden. Das sind wichtige Schritte zu einem sicheren Niedersachsen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, der ländliche Raum und die Städte prägen unsere Identität mit Landschaften, Traditionen, einem lebhaften Vereinswesen und starkem bürgerschaftlichen Engagement.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Ziel der Landespolitik sind gleichwertige Lebensverhältnisse in unserem Land. Wir fühlen uns den Menschen im ländlichen Raum in gleicher Weise verpflichtet wie denen in Städten und Metropolregionen; denn wir brauchen beides: die Infrastruktur unserer Städte und die Vielfalt und Produktivität des ländlichen Raumes. Und wir brauchen alle Bürgerinnen und Bürger, um gemeinsam unser Land zu bewegen.

Wir setzen auf die Partnerschaft von Stadt und Land. Wir werden Niedersachsen durch eine integrierte Regionalentwicklung weiter stärken und weiterhin die bewährten Förderinstrumente einsetzen. Unser Ziel ist es, den ländlichen Raum als Standort für Wohnen und Arbeiten auszubauen und die

Städte zu unterstützen, sich zu attraktiven und lebenswerten Wohnorten für alle Generationen, insbesondere für Familien mit Kindern zu entwickeln.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Eine Politik zur Stärkung des ländlichen und städtischen Raumes beginnt in den Städten, Gemeinden und Landkreisen.

Sehr geehrte Damen und Herren, in der Regierungserklärung zu Beginn der letzten Legislaturperiode hatte Ministerpräsident Wulff eine kommunalfreundliche Politik versprochen. Dieses Versprechen haben wir gehalten.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und bei der FDP - Wolfgang Jüttner [SPD]: Er hat vieles versprochen! - Lachen bei der SPD - Heiner Bartling [SPD]: Das sehen viele anders!)

Wir haben das Konnexitätsprinzip in der Niedersächsischen Verfassung verankert.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP - David McAllister [CDU]: Das waren wir! - Ursula Helmhold [GRÜNE]: Wir auch!)

Damit wurde eine seit Jahrzehnten erhobene Forderung der Kommunen endlich verwirklicht. Seitdem gilt in Niedersachsen zum Schutz der Kommunen, dass immer derjenige die Musik bezahlt, der sie bestellt hat.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Wir haben für finanzielle Entlastungen der Kommunen gesorgt. Auf Initiative Niedersachsens konnte auf Bundesebene erreicht werden, dass die Gewerbesteuerumlage abgesenkt wurde, mit einer jährlichen Entlastungswirkung für die niedersächsischen Kommunen von fast 300 Millionen Euro. Zudem haben wir in Verhandlungen mit dem Bund durchgesetzt, dass die Quote für die Erstattung der Unterkunftskosten zugunsten der Kommunen angehoben worden ist. Wir werden uns weiter um eine angemessene finanzielle Ausstattung der Kommunen bemühen. Im letzten Jahr haben die niedersächsischen Kommunen mit rund 3 Milliarden Euro die mit Abstand höchste Zuweisungsmasse im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs seit seinem Bestehen erhalten.

(Heiner Bartling [SPD]: Kennen Sie die Gründe, Herr Hirche?)

Im Vergleich zum Vorjahr ist der Betrag um 33,1 % gestiegen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Wir haben in den letzten Jahren erreicht, dass die Kommunen wieder größere Handlungsspielräume haben und diese für kommunale Investitionen zur Verfügung stehen.

Wir wollen die Leistungsfähigkeit unserer Gemeinden und Landkreise auch in Zukunft sichern und die erfolgreiche kommunalfreundliche Politik in dieser Legislaturperiode fortsetzen.

(Heiner Bartling [SPD]: Da müssen die Kommunen aber Angst haben!)

Unser Ziel ist eine weitere Vertiefung der Vertrauenskultur zwischen Land und Kommunen. Wir wollen die kommunale Selbstverwaltung stärken, indem wir weitere Aufgaben auf die Ebene der Gemeinden und Landkreise übertragen. Wir wollen das Modellkommunengesetz auf alle Gemeinden und Landkreise ausweiten.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Zudem werden wir alle Kommunalgesetze zu einem vereinfachten Regelwerk zusammenfassen und damit die ehrenamtlichen Wirkungsmöglichkeiten an der kommunalen Basis stärken. Unser Leitbild ist die bürgerfreundliche Kommune, die mit modernen Informations- und Kommunikationstechniken Verwaltungsleistungen aus einer Hand bietet. Dabei wollen wir alle Möglichkeiten zur weiteren Beschleunigung von Verfahrensabläufen nutzen.

Meine Damen und Herren, eine von oben verordnete Kreis- und Gebietsreform lehnen die Koalition und die Regierung ab.

(Starker Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Wir setzen auf das Prinzip der Freiwilligkeit.

(Johanne Modder [SPD]: Verordnete Freiwilligkeit!)

Aus diesem Grund werden wir weiterhin die interkommunale Zusammenarbeit fördern. Wir werden - gemeinsam mit den kommunalen Spitzenverbänden - zukunftsfähige kommunale Strukturen entwickeln. Nur so können wir die vielfältigen, insbesondere durch den demografischen Wandel bedingten Herausforderungen meistern. Reformüberlegungen und gemeinsame Konzepte für freiwillige und leistungsfähige Zusammenschlüsse der Kommunen

werden wir unterstützen. Den erfolgreich eingeschlagenen Weg, die Handlungsspielräume der kommunalen Selbstverwaltung zu erweitern, werden wir fortsetzen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, kein anderes Bundesland ist so sehr auf gute nachbarschaftliche Beziehungen angewiesen wie Niedersachsen. Mit zehn Nachbarn liegen wir mit Abstand an der Spitze aller Bundesländer. Die erfolgreiche Zusammenarbeit mit unseren norddeutschen Nachbarn Bremen, Hamburg, Schleswig-Holstein, Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg, mit Thüringen und unserem Partnerland Sachsen-Anhalt, mit Hessen und Nordrhein-Westfalen, aber auch unserem europäischen Nachbarn, den Niederlanden, werden wir fortsetzen: Wir werden alle Anstrengungen unternehmen, um unsere Stärken zu stärken und Norddeutschland und die Nachbarschaft mit den Niederlanden zu einer konkurrenzfähigen Region in Europa zu machen. Insofern begreifen wir auch, was Europa betrifft, die Globalisierung als Chance, die wir mit einer aktiven Europapolitik und einer internationalen Ausrichtung unseres Landes nutzen wollen.

Wir werden den Prozess der europäischen Integration vorantreiben und uns im Bundesrat dafür einsetzen, dass Deutschland den Vertrag von Lissabon zügig ratifiziert. Die dadurch entstehenden institutionellen Möglichkeiten werden wir ausschöpfen und unsere Aktivitäten in Richtung des Europäischen Parlamentes und des Ausschusses der Regionen ausbauen. Wir wollen erreichen, dass die Verantwortung und die Gestaltungsmöglichkeiten der Bundesländer in der Europäischen Union gestärkt werden und die Länder, Regionen und Kommunen in Europa eigene Handlungs- und Entscheidungsspielräume erhalten. Wir wollen vor allem bürokratische Überregulierungen der EU verhindern und die Beachtung des Subsidiaritätsprinzips durchsetzen. Unsere niedersächsischen Interessen werden wir besonders in den Bereichen Wirtschaft und Verkehr, Landwirtschaft und Umwelt sowie Wissenschaft und Kultur deutlich machen. Wir werden darauf dringen, dass wir auch künftig nennenswert EU-Mittel einsetzen können, um so unser Land Niedersachsen in der Mitte Europas weiter zu stärken.

Die erfolgreiche Arbeit des Europäischen Informations-Zentrums (EIZ) wollen wir fortsetzen und die Informationsarbeit über Europa intensivieren, um das Europabewusstsein auch im Hinblick auf die Europawahl 2009 in der Bevölkerung zu stärken.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir wollen die Rolle der Medien in Niedersachsen weiter stärken. Wir stehen zur Verantwortung des Landes Niedersachsen als größten Träger des NDR, und wir werden uns dafür einsetzen, dass die Regionalberichterstattung im NDR-Fernsehen weiter ausgebaut wird.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Wir werden Verbesserungen des Jugendmedienschutzes in Deutschland energisch vorantreiben. Dabei muss der Jugendmedienschutz Vorrang haben vor den Geschäftsinteressen einzelner Anbieter.

(Zustimmung von Ralf Brieke [GRÜNE])

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Niedersachsen ist das Land von Leibniz, Gauß, Busch und Lessing,

(Zuruf: Hirche!)

das von Gotthold Ephraim Lessing ebenso wie das von Theodor Lessing. Niedersachsen ist auch ein Land der Kunst und Heimat vieler Künstler. Wir werden die Kunst in ihrer Vielfalt fördern, um das Bewusstsein für die eigene Vergangenheit zu pflegen und unserer Verantwortung für das kulturelle Erbe gerecht zu werden. Dazu gehört auch die Pflege unserer Mundart und unserer Regionalsprachen. Niederdeutsch und Saterfriesisch sind wichtige Kulturzeugen unseres Landes. Wir werden sie weiterhin nach Kräften unterstützen.

(Starker Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Niedersachsen hat in der Vergangenheit zahlreiche Sammler und Künstler angezogen. Zu den berühmten Kunstsammlern des Landes zählt der braunschweigische Herzog Anton Ulrich, auf dessen Initiative das älteste Museum unseres Landes, das Herzog-Anton-Ulrich-Museum, zurückgeht. In den kommenden Jahren wird das Museum umfassend saniert und mit einem Neubau ergänzt. Es wird auch in Zukunft einen Spitzenplatz im Reigen der großen Häuser der Bundesrepublik Deutschland einnehmen. Hervorheben möchte ich auch die Landesmuseen in Braunschweig und Hannover, in denen nacheinander erstmals die Schöninger Speere als die mit 400 000 Jahren ältesten Jagdwaffen der Menschheit ausgestellt werden.

Wir werden auch das Musikland Niedersachsen weiter fördern. Die neue Landesmusikakademie in Wolfenbüttel wird im nächsten Jahr ihren Betrieb

aufnehmen und sich vor allem der Laienmusik widmen. Mit der Musikland-Niedersachsen-Projektinitiative werden wir gemeinsam mit der Stiftung Niedersachsen und der Niedersächsischen Sparkassenstiftung besondere Schwerpunkte in der Musikvermittlung und Konzertpädagogik setzen.

Musik ist ein wichtiger Bestandteil der Bildung. Wir werden deshalb mit den Landkreisen und den Kommunen dafür Sorge tragen, dass alle Kinder in Niedersachsen Zugang zu musikalischer Bildung erhalten.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Die Zusammenarbeit von Musikschulen mit Kindergärten und Schulen fördern wir, um möglichst früh alle Kinder in Niedersachsen zu erreichen.

Sehr geehrte Damen und Herren, Niedersachsen verfügt über zahlreiche Denkmäler. Wir werden alles tun, um dieses kulturelle Erbe zu erhalten.

Die Kirchen nehmen eine besondere Stellung ein. Für ihren Beitrag für unser Land bin ich sehr dankbar. Die Kirchen haben auch Baudenkmale von nationaler wie internationaler Bedeutung, wie z. B. die ehemalige Benediktinerabteikirche St. Michaelis und den mittelalterlichen Dom in Hildesheim. Da beide Kirchen ein einzigartiges Zeugnis religiöser Kunst im Heiligen Römischen Reich ablegen und zu den UNESCO-Welterbestätten der Menschheit gehören, wird das Land die anstehenden Sanierungsmaßnahmen unterstützen.

(Beifall bei der CDU)

Ausdrücklich setze ich auf diesem Feld, aber nicht nur auf diesem, auf die bewährte und enge Zusammenarbeit mit den Kirchen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, „Gemeinsam unser Land bewegen“ - unter diesem Leitbild werden wir weiter an einem modernen, weltoffenen und menschlichen Niedersachsen arbeiten.

Was unbedingt dazugehört, habe ich ausgeführt, will ich aber noch einmal unterstreichen. Dazu gehört die weitere Konsolidierung des Haushaltes. Nur so bleiben wir handlungsfähig und leben nicht auf Kosten unsere Kinder und Enkel.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Dazu gehören Investitionen in die Zukunft, in unsere Kinder und ihre Erziehung und Ausbildung. Dazu gehören, wie ich eben auch gesagt habe, nicht nur die kognitiven Fähigkeiten, sondern auch der Bereich der musischen Fähigkeiten und der Sport.

Wir wollen ein menschliches, ein soziales, ein leistungsstarkes, ein weltoffenes und sicheres Niedersachsen, in dem sich jeder heimisch und sicher fühlen kann.

Wir wollen Investitionen in unsere Infrastruktur, in unsere Häfen und andere Verkehrswege. Für ein modernes Niedersachsen brauchen wir eine starke Industrie, vor allem aber einen starken Mittelstand; denn er ist das Rückgrat unserer Wirtschaft.

Dazu gehören verlässliche Rahmenbedingungen für Arbeitnehmer und Arbeitgeber. Wir wollen, dass noch mehr sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze vor allem in Zukunftsbranchen entstehen und die Zahl der Arbeitslosen weiter sinkt.

Dazu gehört eine saubere, gesunde und lebenswerte Umwelt, mit der im Einklang wir unsere Lebensmittel und unsere Energie gewinnen.

Dazu gehört die Zusammenarbeit der Regionen, der Städte und Ballungsräume mit dem ländlichen Raum, des Landes mit den Landkreisen und Kommunen.

Dazu gehört auch die Pflege unserer Tradition, unserer Kultur und unseres reichen Erbes an Kunst und Baudenkmälern. Auch das gehört zu einem menschlichen und menschenwürdigen Leben. Jeder braucht Wurzeln; denn ohne Herkunft gibt es keine Zukunft.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, am 27. Januar haben CDU und FDP erneut das Wählervotum für fünf Jahre Regierungsverantwortung erhalten.

(David McAllister [CDU]: Gott sei Dank!)

Im Landtag sind jetzt fünf Fraktionen. Auch dies war der Wille der Wählerinnen und Wähler. Es bleibt dabei, dass alle, die in diesen Landtag gewählt worden sind, dieselbe Achtung und denselben Respekt verdienen, den wir allen gewählten Volksvertretern entgegenbringen. Wir werden auch mit dieser fünften Fraktion fair umgehen; das war bislang in diesem Hause eine Selbstverständlichkeit, und das soll auch zukünftig so bleiben.

Genauso gilt aber: Wir werden nicht zulassen, dass Wählerinnen und Wähler mit reinem Populismus getäuscht werden und damit der Demokratie geschadet wird.

(Starker Beifall bei der CDU und bei der FDP - Zustimmung bei der LINKEN)

Eines kann ich auch versprechen: Wir werden uns mit aller Schärfe argumentativ und inhaltlich mit Ideen, die wir für schädlich für unsere Demokratie, unseren Wohlstand und die soziale Marktwirtschaft halten, auseinandersetzen. Das werden wir bei verschiedenen Gelegenheiten tun können.

Ich werde jetzt hier nicht auf die Dinge eingehen, die die Fraktionen sicherlich in der Auseinandersetzung untereinander behandeln werden. Aber eines will ich deutlich sagen: Wir lassen uns nicht mit formalen Entscheidungen abspeisen. Den Ausschluss eines Mitglieds aus Ihrer Fraktion und das gleichzeitige Bekenntnis des Landesvorsitzenden der Linken zu der gemeinsamen Liste werden wir auch in Zukunft aufspießen. Ich denke, die Vordergründigkeit und der Formalismus, mit dem Sie hier die Öffentlichkeit hinters Licht zu führen versuchen, liegen auf der Hand.

(Starker, anhaltender Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Meine Damen und Herren, in Erinnerung an eine Auseinandersetzung, die wir 1989/90 in diesem Hause mit dem späteren Ministerpräsidenten Gerhard Schröder über die Möglichkeit oder, wie er meinte, die Unmöglichkeit einer Wiedervereinigung hatten, möchte ich an den Alterspräsidenten Lothar Koch anknüpfen, der gesagt hat: Wir hier in Niedersachsen sind aufgrund der Erfahrung mit der längsten Grenze, die ein deutsches Bundesland zur DDR hatte, im tiefen Wissen darum, was Freiheit und Unfreiheit als Gegensätze bedeuten. - Das werden wir auch in der politischen Auseinandersetzung in Zukunft beherzigen.

(Starker Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Meine Damen und Herren, diese Regierungserklärung, die ich im Namen des Ministerpräsidenten vorgetragen habe, und der Koalitionsvertrag bilden die Grundlage für unsere Arbeit in den nächsten fünf Jahren. Ich bin davon überzeugt: Niedersachsen hat alle Möglichkeiten, die Veränderungen in Europa und der Welt zu nutzen. Wir müssen nur mutig voranschreiten, statt auf veralteten Positionen zu beharren.

(Zustimmung bei der LINKEN)

Alle Bürgerinnen und Bürger wollen wir dabei mitnehmen. Niemand soll zurückgelassen werden.

Alle müssen die Chance erhalten, an der Modernisierung unseres Landes mitzuarbeiten, sie zu gestalten und sich an ihr zu beteiligen. Dazu lade ich Sie, aber auch alle Bürgerinnen und Bürger ein.

Ministerpräsident und Ministerinnen und Minister sind für alle Bürgerinnen und Bürger da. Gemeinsam mit Ihnen, den gewählten Abgeordneten, wollen wir an einem modernen, weltoffenen und menschlichen Niedersachsen arbeiten. Es geht um unser Land Niedersachsen.

Die Wähler haben uns die Regierung für dieses Bundesland bis 2013 anvertraut. Diese Verantwortung nehmen wir als Koalitionsregierung von CDU und FDP zusammen mit den beiden Fraktionen in den nächsten Jahren wahr. Ich wünsche uns dafür allen Erfolg.

(Starker, nicht enden wollender Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Präsident Hermann Dinkla:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich danke dem stellvertretenden Ministerpräsidenten Walter Hirche für die Abgabe der Regierungserklärung, die er in Vertretung des Herrn Ministerpräsidenten vorgetragen hat.

Ich stelle fest, dass die Regierungserklärung 100 Minuten gedauert hat. Für die Aussprache über die Regierungserklärung erhalten die Fraktionen nach der interfraktionellen Absprache folgende Redezeiten: CDU 100 Minuten, SPD 100 Minuten, FDP 50 Minuten, Bündnis 90/Die Grünen 50 Minuten, DIE LINKE 50 Minuten.

(Unruhe - Heiner Bartling [SPD]: Wut, wut, wut!)

Ich stelle aber auch fest, dass keine Fraktion verpflichtet ist, die Redezeit auszuschöpfen.

Meine Damen und Herren, wir treten jetzt in die Mittagspause ein. Ich weise darauf hin, dass sich jetzt in der Mittagspause entsprechend dem Ihnen vorliegenden Zeitplan die Fachausschüsse konstituieren. Es ist jetzt 11.19 Uhr. Ich schlage vor, dass wir uns, wie vorgesehen, um 12.30 Uhr zur Fortsetzung der Plenarsitzung treffen.

Ich möchte noch eine Information geben, die sehr wichtig ist. Inzwischen hat unser neuer Kollege, Herr Grascha, seinen Platz eingenommen. Herr Grascha, ich begrüße Sie in unserer Mitte und wünsche Ihnen ein erfolgreiches Wirken zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger unseres Landes. Herzlich willkommen!

(Beifall)

Wir treten nun in die Mittagspause ein.

(Unterbrechung der Sitzung von 11.20 Uhr bis 12.32 Uhr)

Vizepräsidentin Astrid Vockert:

Meine Damen und Herren! Wir setzen die Sitzung für den heutigen Nachmittag fort. Ich rufe den nächsten Tagesordnungspunkt auf:

Aussprache über die Regierungserklärung

Die Redezeiten, die den Fraktionen zur Verfügung stehen, sind Ihnen bereits mitgeteilt worden. Ich brauche das nicht noch einmal vorzutragen.

Für die SPD-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Kollegen Jüttner. Bitte schön!

Wolfgang Jüttner (SPD):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Niedersachsen steht vor großen Herausforderungen. Der Klimawandel erfordert neue ökonomische und auch ökologische Antworten. Die demografische Entwicklung polarisiert dieses Bundesland stärker, als das in allen anderen Bundesländern der Fall ist. Der Fachkräftemangel ist insbesondere in Niedersachsen vor dem Hintergrund der Innovations- und Qualifikationsschwäche dieses Landes

(Zuruf von der CDU: Was?)

eine ganz große Herausforderung für die Wirtschaft.

(Reinhold Coenen [CDU]: Das bewältigen wir!)

Was ist die Antwort dieser Landesregierung, meine Damen und Herren? Einen Satz in der Rede von Herrn Hirche fand ich geradezu charakterisierend: Bergauf wechselt man die Pferde nicht. - Die Reisegeschwindigkeit dieser Landesregierung in den nächsten fünf Jahren entspricht der von Pferd und Postkutsche.

(Beifall bei der SPD, bei den GRÜNEN und bei der LINKEN - Dr. Philipp Rösler [FDP]: Ökologisch wertvoll!)

Bei aller Sympathie für Pferde und das Pferdeland Niedersachsen: Für die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts reicht diese Reisegeschwindigkeit nicht, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - David McAllister [CDU]: Bei Ihnen ging es immer nur bergab!)

Die Regierungserklärung, die wir uns heute haben anhören müssen,

(Dr. Philipp Rösler [FDP]: Dürfen!)

ist eine Provokation.

(Beifall bei der SPD, bei den GRÜNEN und bei der LINKEN - Lachen bei der CDU und bei der FDP)

Sie ist eine Provokation für die Eltern, die sich Sorgen um die Zukunftschancen ihrer Kinder machen, eine Provokation für mehr als 200 000 Kinder, die in Niedersachsen in Armut aufwachsen müssen, für die Mittelständler, die dringend nach Fachkräften suchen, von Ihnen aber keinerlei Antwort bekommen, für all die gesellschaftlichen Gruppen im Lande, die von Ihnen ausgegrenzt werden, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Diese Regierungserklärung verharmlost die Realität und glorifiziert die letzte Wahlperiode. In Bezug auf die neuen Herausforderungen nichts als Ignoranz und Banalisierung. Das ist die Realität.

(Reinhold Coenen [CDU]: Sie haben nicht zugehört!)

Richtig ist, meine Damen und Herren: Die SPD hat ihr Wahlziel am 27. Januar nicht erreicht. Weiß Gott, das stimmt.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Wir sind mit den konkreten Angeboten, die wir in unserem Wahlprogramm hatten, nicht durchgedrungen.

(Karl-Heinz Klare [CDU]: Vielleicht waren die falsch! Das könnte sein!)

Es ist uns nicht gelungen, frühere Stammwählerinnen und Stammwähler zurückzugewinnen. Nein. Wir haben weitere Stammwählerinnen und Stammwähler an den Bereich der Nichtwähler abgeben müssen. Wir haben schon Veranlassung, über das nachzudenken, was wir geschafft haben und wie wir uns in den nächsten Monaten und Jahren entwickeln.

Wir sind am 27. Januar von der niedersächsischen Bevölkerung eingeteilt worden, hier fünf Jahre lang die Opposition zu bilden.

(Zuruf von der CDU: Bravo!)

Wir nehmen diese Herausforderung an.

(Beifall bei der SPD)

Neben und hinter mir sitzen 47 kompetente, motivierte und engagierte Persönlichkeiten, die sich darauf freuen, im Niedersächsischen Landtag in den nächsten fünf Jahren für das Wohl der Niedersachsen zu arbeiten.

(Beifall bei der SPD)

CDU und FDP haben diese Wahl gewonnen.

(Zurufe von der CDU und von der FDP: Ja!)

Dafür Glückwunsch.

(Beifall bei der CDU)

Der Glückwunsch gilt auch dem Ministerpräsidenten, verbunden mit guten Wünschen zur Besserung. Wir wollen ihn hier haben und uns mit ihm auseinandersetzen. Ich glaube, das will auch er.

Meine Damen und Herren, wir alle sollten miteinander darüber nachdenken, was es denn heißt, dass die größte Gruppe von Niedersachsen in den nächsten fünf Jahren in diesem Haus keinen Sitz hat und an keiner Abstimmung beteiligt ist. Das ist doch ein Signal. Der Vorschlag des früheren Landtagspräsidenten, eine Enquetekommission einzuberufen, findet nicht meine Zustimmung. Ich mache kein Hehl daraus. Ich bin der festen Überzeugung, dass es nicht sinnvoll ist, wenn sich die führenden politischen Kräfte im Lande gegenseitig erzählen, warum wohl die Masse der Bevölkerung nicht mitmacht. Ich glaube, die Problemlage ist eine andere.

Jede Partei in diesem Lande hat gute Gründe, darüber nachzudenken, wie sie es gewährleisten kann, dass sie diejenigen, die sie in diesem Landtag repräsentieren will, auch hinter sich bekommt. Das ist eine Aufgabe nicht nur für uns, sondern genauso auch für Sie. Die Einsetzung einer Enquetekommission wäre ein falsches Signal. Die politische Arbeit hier und die Vertretung der Bevölkerung wäre das richtige Signal. Es muss darum gehen, dafür zu arbeiten, dass in Zukunft die Wahrnehmung der Landespolitik und die Zustimmung zur Landespolitik größer werden, als sie gegenwärtig sind.

(Beifall bei der SPD)

Für manche ist es am Wahlabend ein wenig untergegangen, dass nicht nur die SPD an diesem Tag

verloren hat. Wir haben verloren, und zwar von niedrigem Niveau aus. Der Hauptverlierer des Tages war aber die CDU.

(Beifall bei der SPD, bei den GRÜNEN und bei der LINKEN)

Ihnen sind am 27. Januar knapp 470 000 Stimmen abhanden gekommen. Diejenigen, die bei Ihnen über den Tag hinaus denken - möglicherweise gibt es solche bei Ihnen -, werden das sorgfältig registriert haben. Sie vertreten als stärkste Fraktion nicht einmal mehr ein Viertel der niedersächsischen Bevölkerung in diesem Landtag. Das muss Ihnen doch zu denken geben, meine Damen und Herren. Vor allem müsste Ihnen zu denken geben, wie Ihr politisches Spitzenpersonal abgeschnitten hat. Das ist besonders beeindruckend.

(Johanne Modder [SPD]: Das tut jetzt aber weh!)

Ich habe mir früher immer anhören müssen, dass man mit einem Amtsbonus in der öffentlichen Wahrnehmung besonders gut aussieht und von den Bürgerinnen und Bürgern auch besonders geschätzt wird. Wir haben das einmal zusammengerechnet, dabei aber die FDP-Granden auf der Regierungsbank ausgeklammert, weil Herr Hirche nicht mehr kandidiert hat. Allein die Mitglieder der CDU, die dem letzten Kabinett angehörten und dem jetzigen angehören, haben am 27. Januar knapp 60 000 Erststimmen verloren, meine Damen und Herren. 60 000 Erststimmen! Bei dem Ministerpräsidenten sind es in seinem Wahlkreis Osnabrück 8,9 % der Erststimmen

(Zuruf von der SPD: Hört, hört!)

und mehr als 9 % der Zweitstimmen. Das heißt: Die CDU verliert landesweit. Sie verliert aber vor allen Dingen dort, wo ihr herausragendes Personal kandidiert. Macht Sie das nicht nachdenklich? - Sie sollten darüber nachdenken. Der Amtsbonus hat nicht gezogen.

(Beifall bei der SPD und bei der LINKEN)

Übrigens hat der Amtsbonus auch bei Herrn Busemann nicht gezogen. Er ist Spitzenreiter mit einem Verlust von 18,7 %.

(Oh! bei der SPD)

Mehr als 13 000 bisherige Busemann-Wählerinnen und -Wähler haben sich von Ihnen, Herr Minister Busemann, abgekehrt. Das ist ein Signal für ein breites Vertrauen vor Ort! Das stellen wir fest.

(Beifall bei der SPD - Zuruf von Heinz Rolfes [CDU])

- Nein, die sind nicht zur SPD gewechselt. Die sind Ihnen aber abhandengekommen.

Dass einem Minister wie Herrn Stratmann in Oldenburg ein Mandat abgenommen worden ist, zeigt doch wohl, wie groß die Verankerung gerade Ihres Spitzenpersonals vor Ort ist. Abgewählt wird Ihr Spitzenpersonal in den Wahlkreisen, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der SPD)

Ihr neuer Stern am Kabinettschimmel, Frau Heister-Neumann,

(Zustimmung bei der CDU)

- Zwischenbeifall, sehr gut! -, ist in den Weiten des Salzgitteraner Landes als Sternschnuppe gelandet. Auch das müssen wir einmal zur Kenntnis nehmen.

(Beifall bei der SPD)

Und mit diesem Personal tritt dieser Ministerpräsident wieder vollständig an!

(Beifall bei der CDU)

Von der Bevölkerung abgewählt, setzen Sie sich hier oben wieder hin, meine Damen und Herren. Die einzige Veränderung gibt es nur bei zwei Personen, die nicht nur in ihren Wahlkreisen abgestraft worden sind, sondern die auch landesweit jeglichen Bezug in ihre Klientel verloren haben. Frau Heister-Neumann weiß, wie es um sie in der Justiz, bei den Richtern und in der Staatsanwaltschaft steht. Sie hat dort jeglichen Rückhalt verloren. Für Herrn Busemann gilt im Kultusbereich das Gleiche.

(Beifall bei der SPD)

Wie zynisch ist eigentlich der Satz, dass jemand das Ressort wechselt, weil er so eine Klasse Arbeit gemacht haben soll? - Das ist doch wirklich beeindruckend.

(Beifall bei der SPD)

Not hat mit Elend den Platz wechseln müssen.

(David McAllister [CDU]: Höre doch auf!)

Das war die Konsequenz Ihres Wahlergebnisses, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der SPD)

Kommen wir jetzt zu der 42 Seiten umfassenden Koalitionsvereinbarung, die Sie auf den Tisch gelegt haben. Wir haben gelesen, es sei sehr schnell und ohne großen Streit gegangen. Das wundert mich wirklich nicht. Wenn sich zwei wirklich so anspruchslose Partner zusammensetzen, dann werden sie doch schnell ein paar Seiten zusammenschreiben können, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Augenscheinlich hat es selbst auf dem kleinen Landesparteitag der CDU entsprechende Bemerkungen gegeben. Ich habe gelesen, Herr Noack sei sehr unzufrieden gewesen. Er wird zitiert mit dem Satz: Es genügt nicht, dass man nur verwaltet. - Meine Damen und Herren, Verwaltung ist das Oberste dessen, was man dieser Koalitionsvereinbarung zugestehen kann. Mehr ist das bei Gott nicht!

(Beifall bei der SPD)

Das sind 42 Seiten ohne jeden Esprit mit einer Heroisierung der Vergangenheit. Realität wird einfach nicht zur Kenntnis genommen, und die Zukunft wird mit Mehltau begraben, meine Damen und Herren. Mit diesem Anspruch ist Niedersachsen nicht voranzubringen. Dessen können Sie sich sicher sein.

(Beifall bei der SPD)

Ich möchte Ihnen dies anhand einer Reihe von Beispielen verdeutlichen. Wir beanspruchen heute nicht, die Landespolitik vollständig abzubilden. Wir werden in den nächsten Monaten noch genug Zeit haben, um uns mit weiteren Einzelheiten zu befassen.

(Hans-Christian Biallas [CDU]:
100 Minuten!)

Wir haben in den letzten Wochen immer wieder von der wirtschaftlichen Aufholjagd in diesem Lande gehört. Herr Hirche hat das heute Morgen erneut vorgetragen. Ich möchte daran erinnern, dass das Niedersächsische Landesamt für Statistik - eine Einrichtung des Landes, die aufgelöst werden soll, weil sie leider immer wieder die Wahrheit veröffentlicht -

(Zustimmung bei der SPD)

wenige Tage nach der Landtagswahl die neuesten Zahlen aus dem Jahr 2007 zur Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts auf den Tisch gelegt hat. Wir stellen fest:

(Heinz Rolfes [CDU]: Er kann es einfach nicht!)

- Hier steht es, Herr Rolfes. - Also: Niedersachsen ist Vorletzter!

(David McAllister [CDU]: Hören Sie doch auf, das Land schlechtzureden!)

Was ist das denn für eine Aufholjagd, meine Damen und Herren, wenn sich der Abstand zu den Spitzenländern im Süden Deutschlands doch weiter vergrößert! - Das ist das Gegenteil von Aufholjagd.

(Beifall bei der SPD)

Sie brüsten sich mit Ihrer vorgeblichen Innovationsoffensive. Die Wahrheit ist: Die Haushaltsmittel für die Finanzierung von Innovationen sind zwischen 2003 und 2006 halbiert worden. Seitdem hatten Sie lediglich zwei Ideen dafür, wie man den Eindruck erwecken kann, dass Sie sich um Innovation kümmern würden. Nicht, dass Sie die Mittel auf die alte Höhe aufgestockt haben. Nein, das nicht! Sie setzen stattdessen eine Marketingstrategie ein, mit der ein Produkt vermarktet werden soll, das überhaupt nicht besser geworden ist, meine Damen und Herren. Schein statt Sein - das ist Ihre Innovationsoffensive!

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Sie bilden einen Innovationsfonds, der in diesem Jahr vielleicht einmal eben gerade 2 Millionen Euro für konkrete Maßnahmen zur Verfügung stellt. Das ist eine lächerliche Summe im Vergleich zu den Herausforderungen, über die wir hier reden. In der Konsequenz kommt das Niedersächsische Landesamt für Statistik beim letzten Niedersachsen-Monitor 2007 zu dem Ergebnis - die Zahl der Patentanmeldungen ist ja ein wichtiger Indikator für die Innovationskraft des Landes und die technologische Leistungsfähigkeit einer Volkswirtschaft - - -

(Zurufe von der CDU)

- Herr McAllister, ich wäre froh, wir hätten für Niedersachsen andere Daten. Das hier aber ist leider die Realität.

(Zuruf von der CDU)

- Ja, ich bin schuld. Klar. - Wir müssen dort lesen - ich zitiere -: Im Jahr 2006 wurden in Niedersachsen nur noch 2 603 Erfindungen zum Patent angemeldet. Das waren 4,9 % weniger als 2005, und gegenüber dem Jahr 2001 war das sogar ein Rückgang um 19,5 %. Der Rückgang war in Niedersachsen deutlich stärker ausgeprägt als bun-

desweit. Meine Damen und Herren, das sind Ihre Zahlen hinsichtlich der Innovationsfähigkeit dieses Landes.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Deshalb lassen wir das nicht durchgehen, was Sie an Schönfärberei in die Koalitionsvereinbarung und in die heutige Regierungserklärung hineingegossen haben. Das stimmt vorn und hinten nicht, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der SPD)

Ich verdeutliche das an einem weiteren Lieblingsthema von Ihnen, dem Bürokratieabbau. Die Staatskanzlei hat im Jahr 2006 eine fulminante Presseerklärung mit der Überschrift herausgegeben: „Landesregierung schlägt Schneisen in den Vorschriftenschungel“. - In der Koalitionsvereinbarung wird festgehalten: Den Bürokratieabbau werden CDU und FDP fortsetzen.

(Zurufe von der CDU: So ist es!)

Ich lese Ihnen vor, was der Hauptgeschäftsführer des Baugewerbeverbandes Niedersachsen vor etwa zehn Tagen veröffentlicht hat. Ich zitiere:

„Die abgeschafften Vorschriften kennt keiner, weil sie oft keine praktische Relevanz hatten.“

(Heiterkeit bei der SPD)

„Zugleich wächst offenbar die Vorschriftenflut ungebrems weiter. In der letzten Legislaturperiode“

- also in der Zeit von 2003 bis 2008 -

(Zuruf von Heinz Rolfes [CDU])

- nein, nein -

„hat sich der jährliche Umfang des Niedersächsischen Gesetz- und Verordnungsblattes von 476 Seiten auf 785 Seiten verdickt.“

(Oh! bei der SPD - Heinz Rolfes [CDU]: Da steht ja auch alles drin, was abgeschafft wurde!)

- Da steht alles drin, was abgeschafft wurde. Das war als Witz nicht schlecht.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD)

Es geht noch etwas weiter:

„Das Niedersächsische Ministerialblatt kommt nun zweibändig daher und hat

es von 896 Seiten im Jahr 2005 auf beachtliche 1 784 Seiten im Jahr 2007 geschafft.“

(Beifall bei der SPD)

Hätte ich so eine Aussage gebracht, hätten Sie gesagt, der Jüttner zieht wieder irgendetwas aus der Tasche. Aber das Zitat stammt von einem derjenigen, die in Niedersachsen Verantwortung in der Wirtschaft haben, meine Damen und Herren. Die gucken Ihnen auf die Finger und stellen fest, dass sie von Ihnen von vorn bis hinten veralbert werden. Das ist die Realität.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Es ist schon spannend, was in dem wirtschaftspolitischen Teil steht bzw. nicht steht.

Kein Wort zu Investitionsbedarfen, obwohl doch jeder weiß, welche regionale Beschäftigung daran hängt. Niedersachsen ist bundesweit Schlusslicht bei der Investitionsquote. Sie sehen augenscheinlich keine Veranlassung, in diesem Punkt neue Akzente zu setzen.

Kein Wort zum Thema Substanzverlust beim Landesvermögen Straße. Im Jahr 2007 ist Ihnen vom Landesrechnungshof ins Stammbuch geschrieben worden, dass durch Sie Vermögensverzehr veranlasst wird. Meine Damen und Herren, nichts steht dazu in Ihrer Koalitionsvereinbarung!

Kein Wort zur Zukunft des Vergaberechts, wo das Land deutlich machen könnte, dass es Vorreiter ist, wenn es darum geht, Recht und Ordnung auf dem Arbeitsmarkt zu schaffen.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Kein Wort findet sich in Ihrer Regierungserklärung zum Thema Förderung der Frauenerwerbsarbeit oder auch zum Thema Frauen in Führungsfunktionen.

(Beifall bei der SPD - Zuruf von der CDU: Haben Sie nicht zugehört? Hat er doch gesagt!)

Kein Wort dazu in der Koalitionsvereinbarung. Dafür finden wir dort aber deutliche Hinweise auf die Notwendigkeit einer Deregulierung. Arbeitnehmerrechte werden von dieser Mehrheit und von dieser Landesregierung auch in den nächsten fünf Jahren mit Sicherheit mit Füßen getreten werden.

(Lebhafter Beifall bei der SPD - Zuruf von der CDU: So ein Unfug!)

Ich habe gesagt, wir arbeiten für Niedersachsen. Das heißt, wir kritisieren, wo Sie Fehler machen. Das heißt aber auch: Wo die Regierung vernünftige Anregungen und vernünftige Pläne hat, unterstützen wir dies.

Herr Hirche, dies gilt beispielsweise bei dem, was Sie zum Thema Verkehrsinfrastruktur ausgeführt haben. Sie haben gesagt, dass der Norden der Gewinner der Globalisierung ist. Sie haben absolut recht. Das muss in der nationalen Politik und damit bei der Fortschreibung des Bundesverkehrswegeplans Konsequenzen haben. Ich bin der festen Überzeugung, wenn wir das gemeinsam auf die Hörner nehmen und gemeinsam Druck in Berlin machen, werden wir es schaffen, die Mittel aus dem Süden in den Norden zu verlagern. Das ist überfällig und dringend geboten, für die gesamte nationale Wirtschaft, nicht nur für den Norden.

(Lebhafter Beifall bei der SPD - David McAllister [CDU]: Sagen Sie das doch Tiefensee! Das ist doch Ihr Genosse!)

- Ich habe doch gerade gesagt - - -

(David McAllister [CDU]: Dann tun Sie doch einmal etwas!)

- Natürlich, mache ich doch.

(Zurufe von der CDU)

- Nein, ich würde die Rede in Berlin genauso halten. Wir können gern Details dazu verabreden, wie wir diesen Druck aufbauen wollen. Das ist überhaupt kein Problem für mich.

Ich erwarte mit der gleichen Konsequenz, meine Damen und Herren, dass Sie bei den Infrastrukturmaßnahmen, die dringend geboten sind, Ihre Halbherzigkeit abschütteln. Ich rede über den JadeWeserPort, meine Damen und Herren.

(Lebhafter Beifall bei der SPD - Zurufe von der CDU)

In Ihrer Mittelfristigen Planung aus dem Jahr 2004 kann man nachlesen, dass der Planfeststellungsbescheid für 2005 angesagt ist. Dort sind Sie nicht Subjekt des Verfahrens; das weiß ich auch. Weiter heißt es dort: Wenn der Bescheid da ist, fangen wir an, weil wir auch den Sofortvollzug beantragt haben.

Dieser Planfeststellungsbescheid ist lange erteilt, und der Sofortvollzug ist bestätigt worden. Meine

Damen und Herren, ich verlange von Ihnen: Fangen Sie endlich an mit der Baumaßnahme in Wilhelmshaven! Dies ist dringend überfällig.

(Lebhafter Beifall bei der SPD - Heinz Rolfes [CDU]: Wie war das noch beim Sperrwerk?)

- Bei dem Sperrwerk hat die damalige Landesregierung von dem Sofortvollzug Gebrauch gemacht.

(Heinz Rolfes [CDU]: Was hat es gebracht?)

Das hat, wenn ich es richtig einschätze, zu Zusatzkosten von 18 Millionen Euro geführt. Die heute schon erkennbaren Zusatzkosten infolge des Verzichts auf den Sofortvollzug liegen bei über 100 Millionen Euro, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Ich war bei Beteiligungen des Landes, beim Beteiligungsbericht 2007 des Finanzministeriums. Es ist ganz spannend zu lesen, wie dort mitgeteilt wird, welche strukturbestimmende Bedeutung Unternehmen wie Volkswagen und die Salzgitter AG haben. Wir sind der CDU dafür dankbar, dass sie die FDP an dieser Stelle niedergekämpft hat und es so bleibt, wie das auch unseres Erachtens richtig ist.

Aber in dem Beteiligungsbericht stehen auch Bemerkungen über die strukturbestimmende Bedeutung beispielsweise der NORD/LB, des Flughafens in Hannover und der Messe AG. Wer mal eben so behauptet - wie es nicht nur in der Koalitionsvereinbarung niedergeschrieben wurde, sondern auch durch Bemerkungen des Ministerpräsidenten öffentlich suggeriert wird -, man könnte diese strukturbestimmenden Unternehmen auf einen Markt bringen, also Dritte beteiligen, der verkennet die langfristigen fatalen Folgen, die beispielsweise die Beteiligung Dritter an der Messe AG für die Messe, für die Landeshauptstadt und für die wirtschaftliche Entwicklung des Landes Niedersachsen hätte.

(Beifall bei der SPD)

Herr Hirche, Sie sind dort Aufsichtsratsvorsitzender. Sie wissen doch im Detail, was es bedeuten würde, wenn man dort Dritte beteiligen würde. Wer steigt da ein? - Beispielsweise andere Messestandorte; denn es gibt kaum eine Branche, in der ein so knallharter Wettbewerb herrscht wie zwischen den Messestandorten. Die Beteiligung Dritter an der Deutschen Messe AG Hannover wäre ein schwerwiegender wirtschaftspolitischer Fehler. Das ist das Problem. Aber das interessiert die FDP

natürlich nicht; sie kann ja vor lauter Ideologie nicht mehr aus den Augen gucken. Das ist Ihr Problem, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Zustimmung von Kreszentia Flauger [LINKE])

Neben einer Übereinstimmung bei vielen Details in der Politik - damit können wir problemlos leben - besteht ein grundsätzlicher Unterschied darin, wie wir uns staatliches Agieren vorstellen.

(Zuruf von der CDU: Harzwasserwerke!)

Auf der einen Seite gibt es diejenigen, die der Meinung sind: Am besten den Staat aus allem herausnehmen, Private können das besser. - Das ist Ihre Vorstellung. Auf der anderen Seite gibt es diejenigen, die der Meinung sind, dass es so etwas wie öffentliche Verantwortung gibt, eine öffentliche Verantwortung, die sich auch in der Gewährleistung von Chancen und von einem sozialen Interessenausgleich niederschlägt. Das ist der kleine Unterschied in der Politik, an dem wir mit Sicherheit festhalten wollen.

(Beifall bei der SPD und Zustimmung von Kreszentia Flauger [LINKE])

Dieser Unterschied bezieht sich beispielsweise auch auf das Thema: Wie gehen wir mit den Finanzen um?

(Heinz Rolfes [CDU]: Mut zur Lücke!)

- Ja, Mut zur Lücke kommt jetzt. - Das, was Sie im Zusammenhang mit dem Begriff „striktes Neuverschuldungsverbot“ formulieren - auch heute in der Regierungserklärung haben Sie das getan -,

(Zurufe von der CDU: Ja, genau!)

klingt für Nichtkenner auf den ersten Blick sehr plausibel. Wenn Sie das so durchsetzen würden, wäre das aber eine ganz große Fahrlässigkeit. Das sage ich Ihnen in aller Deutlichkeit.

(Widerspruch bei der CDU)

Sie suggerieren, Sie hätten die Enkelgeneration vor Augen.

(Zurufe von der CDU: Jawohl! Haben wir auch! Ernsthaft!)

- Ja, ja, ernsthaft.

Wir sind uns sicherlich schnell darüber einig, dass es notwendig ist, finanzpolitisch zu konsolidieren, und dass es unangemessen war, aufgrund des

Wegfalls der öffentlichen Einnahmen die Netto-neuverschuldung so zu erhöhen, wie es alle Bundesländer Anfang dieses Jahrzehnts machen mussten.

(Widerspruch bei der CDU)

- Nein, das mussten die Bayern und die Baden-Württemberger machen und alle anderen genauso. Dabei sind wir uns schnell einig.

(Beifall bei der SPD - Wilhelm Heide-
mann [CDU]: Sie haben den Karren
gegen die Wand gefahren!)

Aber ich sage Ihnen auch: Mein Enkel hat mit Sicherheit ein großes Interesse daran, weniger Zinsen und Tilgung zu bezahlen. Aber mein Enkel hat wahrscheinlich auch ein großes Interesse daran, hoch qualifiziert ausgebildet zu werden und eine Arbeit zu finden.

(Beifall bei der SPD, bei den GRÜ-
NEN und bei der LINKEN - Björn
Thümler [CDU]: Dann ist er hier ge-
nau richtig!)

Wer ein striktes Neuverschuldungsverbot durchsetzen will, der verzichtet damit auf Großinvestitionen wie JadeWeserPort, Y-Trasse und viele andere Projekte. Denn die Vorstellung, das „mal eben so“ zu finanzieren, ist mit Sicherheit abwegig, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Peter Bofinger,

(David McAllister [CDU]: Das war ja
klar, Bofinger!)

einer der Wirtschaftsweisen, hat das wie folgt polemisch und zugespitzt formuliert: Wir wollen nicht am Ende schuldenfrei, aber dumm sein. - Das kann doch nicht unsere Antwort sein. Wir brauchen Mittel für Zukunftsinvestitionen. Das ist das zweite Standbein neben finanzpolitischer Konsolidierung.

(Beifall bei der SPD und bei der LIN-
KEN - David McAllister [CDU]: Also
Schulden! - Ulf Thiele [CDU]: Die
Konstruktion können Sie niemandem
erklären!)

Meine Damen und Herren, der Landtagspräsident hat gestern auf die Bedeutung von Investitionen für den Bildungssektor hingewiesen. Das sind Zukunftsinvestitionen. Wir stimmen ihm zu. Aber es geht bei Bildung nicht nur um Geld, sondern es geht auch um Konzepte. Wir haben hier fünf Jahre

Bildungspolitik erlebt: Das waren fünf Jahre konzeptionelle Ahnungslosigkeit.

(Beifall bei der SPD, bei den GRÜNEN und bei der LINKEN - Minister Walter Hirche: Geht es denn auch auf einem sachlichen Niveau? - Karl-Heinz Klare [CDU]: Die Bürger haben Sie doch abgewählt!)

Im Nachhinein betrachtet, lag das wahrscheinlich daran, dass der bisherige Kultusminister von Haus aus Rechtspolitiker ist und sich daher fachlich nicht auskannte. Wenn diese Logik, Frau Heister-Neumann, zu Ende gedacht wird, dann werden Sie in zwei Jahren Innenministerin; denn Sie sind ja von Haus aus Stadtdirektorin. Ich hoffe nicht, dass das die Logik ist, nach der hier gearbeitet wird.

(Minister Uwe Schünemann schüttelt den Kopf)

- Herr Schünemann findet das auch nicht witzig. Das kann ich verstehen.

(Heiterkeit)

Ich weiß nicht, was Sie von Haus aus sind und wohin Sie dann wechseln müssten. Das wird ja eine spannende Debatte.

(Jörg Bode [FDP]: Wirtschaft! - Zuruf von der CDU)

- Ich werde das in den nächsten fünf Jahren nicht entscheiden dürfen.

(Wilhelm Heidemann [CDU]: Das ist auch gut so!)

Ich würde das auch nicht so machen wie Sie und Reise nach Jerusalem spielen. Ich würde die ganze Riege ersetzen und völlig neue Minister bestimmen.

(Beifall bei der SPD und bei der LINKEN - Zuruf von der CDU: Das ist doch nur ein Schattenkabinett bei Ihnen!)

Wir haben eine Bildungspolitik erlebt, die durch Hektik und Zurufe des Ministerpräsidenten gekennzeichnet war. Und wenn es in den letzten fünf Jahren richtig ernst geworden ist, dann ist der Kultusminister an der Entscheidungsfindung nicht beteiligt worden. Ob es um die Kita-Gebühren oder das Thema Gesamtschule ging - Ihre Befugnisse waren erkennbar am Ende, ohne dass Sie das vorher ahnen konnten. Aber so ist es, wenn man fachfremd ist, meine Damen und Herren.

(Hans-Christian Biallas [CDU]: Wie war das denn mit Gabriel?)

Diese Landesregierung und diese Mehrheit haben ein ganz zentrales Problem im bildungspolitischen Bereich: Sie sind von tiefem Bekennermut, aber weigern sich einfach, die Realität zur Kenntnis zu nehmen.

(Editha Lorberg [CDU]: Das sagt der Richtige!)

Ihre Formulierung „Die Koalitionspartner bekennen sich“ - allein der Begriff des Bekenkens ist bezeichnend - „daher klar zu dem begabungsgerechten, differenzierten und gegliederten Schulsystem als Regelschulsystem“ zeigt, welches Maß an Weltfremdheit inzwischen bei Ihnen vorhanden ist.

(Beifall bei der SPD, bei den GRÜNEN und bei der LINKEN)

Sie laufen einem alten Leitbild hinterher, das sich hinreichend blamiert hat. Der Altphilologe Heinrich Weinstock hat das 1955 wie folgt beschrieben - und das ist genau die Bildungstheorie, der Sie heute anhängen;

(Karl-Heinz Klare [CDU]: Das finde ich sehr nach vorne gewandt!)

- Ihre ist nach hinten gewandt; das, was er beschrieben hat, ist die Grundlage für Ihre Bildungstheorie -:

„Dreierlei Menschen braucht die Maschine: den, der sie bedient und in Gang hält, den, der sie repariert und verbessert, schließlich den, der sie erfindet und konstruiert.“

Drei Begabungen brauchte vielleicht die Arbeitsgesellschaft des 19. Jahrhunderts - aber selbst das ist strittig. Die Wissensgesellschaft von heute kann darüber nicht einmal mehr lachen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD - Zustimmung bei den GRÜNEN und bei der LINKEN)

Diese Bildungstheorie zur Grundlage von Bildungspolitik zu machen, ist Ignoranz gegenüber der gesamten wissenschaftlichen Forschung, ist eine Provokation hinsichtlich des Anspruchs auf Chancengleichheit und ist nicht zuletzt wider alle ökonomische Vernunft.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Wir haben kein Kenntnisdefizit, sondern wir haben ein Handlungsdefizit in der Bildungspolitik. Und bei der Mehrheit dieses Hauses haben wir das Problem hochgradiger Ignoranz.

(Beifall bei der SPD - Zustimmung bei den GRÜNEN und bei der LINKEN)

Dabei haben Sie, Herr Hirche, in Ihrer Regierungserklärung heute Morgen doch gesagt, dass die Herkunft nicht über Bildungschancen entscheiden darf. Genau das gewährleisten Sie aber durch Ihre Art von praktischer Bildungspolitik und im Zweifel auch dadurch, dass der Elternwille massiv brüskiert wird. An dieser Stelle ist Ihnen nichts heilig. Dabei kennt doch heute eigentlich jeder, der mit offenen Augen durch die Welt geht, die Bedeutung frühkindlicher Bildung, die Bedeutung von Ganztagspädagogik und auch den Stellenwert von individueller Förderung.

Was bieten Sie für die nächsten fünf Jahre an, meine Damen und Herren? - Wir sind leider Schlusslicht bei Krippenplätzen in Niedersachsen. Selbst Bayern hat uns vorletztes Jahr überholt. Was machen Sie? - Sie reichen die Berliner Verabredung durch, packen nichts zusätzlich drauf und erwecken den Eindruck, das würde alles bedarfsgerecht durch Sie bereitgestellt. Ihr Beitrag bei diesem Thema ist in der Nähe von Null. Das ist die Situation.

(Beifall bei der SPD)

Wenn man sich den Text zum Thema „Frühkindliche Bildung“ richtig ansieht, kann man den Eindruck gewinnen, dass die inhaltliche Position von Frau von der Leyen, die das Betreuungsgeld für absoluten Unfug hält, inzwischen in Niedersachsen nicht mehr mehrheitsfähig ist. Denn wenn ich das richtig lese, sind Sie inzwischen auch dafür, das Betreuungsgeld einzuführen und damit frühkindliche Bildung massiv zu beschädigen. Wir halten das für falsch.

(Ursula Helmhold [GRÜNE]: Wir auch!)

Vielleicht lese ich das nur nicht ganz richtig. Ihr Text lässt auf jeden Fall genau diese Wahrnehmung zu. Sie waren schon einmal weiter, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und bei der LINKEN - Karl-Heinz Klare [CDU]: Sie sind ungefähr fünf Jahre zurück!)

Was gilt denn nun beim Thema Unterrichtsversorgung, meine Damen und Herren? - In der

Mipla 2007 steht, dass behutsam Stellen aus dem Bildungssektor herausgenommen werden sollen, weil das ja vertretbar sei. In der Koalitionsvereinbarung steht, sie bleiben im System. Es wäre in Ordnung, wenn Letzteres stimmt. Aber, meine Damen und Herren, eine Frage bleibt immer noch offen: Wo ist Ihre Antwort zum Thema Arbeitszeitkonto? Sie haben die nächsten fünf Jahre Regierungspolitik in Niedersachsen zu bestimmen. Das ist eine offene Flanke, und Sie werden sich damit auseinandersetzen müssen, wenn das Thema Unterrichtsversorgung wieder hoch kocht, weil Sie weit davon entfernt sind, hier eine vollständige Unterrichtsversorgung zu gewährleisten.

(Beifall bei der SPD - Karl-Heinz Klare [CDU]: Wir geben doch die Arbeitszeit zurück! Das läuft doch schon! - Unruhe)

Vizepräsidentin Astrid Vockert:

Vielleicht sollten wir zunächst einmal - das richtet sich an alle hier im Hause - insgesamt zur Kultur des Zuhörens zurückkommen. Die CDU-Fraktion hat noch eine Redezeit von 100 Minuten, die Sie sich entsprechend aufteilen können. - Herr Jüttner, Sie haben das Wort.

(Karl-Heinz Klare [CDU]: Man darf doch nicht so Falsches sagen!)

Wolfgang Jüttner (SPD):

Auch beim Thema Ganztagschule gilt das Motto: Bloß nicht festlegen. - Sie haben versucht, mit dem Thema Ganztagschule etwas zu retten, was erkennbar durch die Abstimmung mit den Füßen der Eltern geregelt wird, dass nämlich alleinstehende Hauptschulen auf Dauer chancenlos sind. Sie versuchen, das durch diese Hilfskonstruktion zu retten. Es wird nicht zu retten sein, meine Damen und Herren. Gleichzeitig nehmen Sie in Kauf, dass den Gymnasien, die heute faktisch schon Ganztagschulen sind, dieser Status vorenthalten wird.

(David McAllister [CDU]: Gesamtschulen! Sie bringen jetzt alles durcheinander!)

Das ist nicht in Ordnung, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Wenn Sie über die Landesgrenzen sehen würden, dann wüssten Sie, dass auch die CDU in den Nachbarländern inzwischen den Kopf über Ihren Anspruch von der Profilierung der einzelnen Schul-

formen schüttelt. Sie halten an Dingen fest, die sich in der Praxis hinreichend blamiert haben und die vor allem die Chancen der nächsten heranwachsenden Generation wirklich mit Füßen tritt. Wachen Sie auf, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der SPD)

Beim Thema Gesamtschule lassen wir uns ja gerne überraschen. Aber so, wie das Kultusministerium bisher agiert hat, und so, wie die Koalitionsvereinbarung geschrieben ist, wird am Ende ein Gesetz stehen, bei dem es - ähnlich wie beim Erdkabelgesetz - heißen wird: Theoretisch ist es möglich, praktisch bleibt es folgenlos. - Das ist meine Prognose zu Ihrem Thema Gesamtschule.

(Beifall bei der SPD - Ursula Körtner
[CDU]: Das ist schon wieder falsch!)

- Ich würde mich ja darüber freuen, wenn Sie mich an dieser Stelle widerlegten. Aber ich bin ziemlich sicher, dass ich recht behalten werde. An dem schön verteilten Beifall in den Regierungsfractionen zum Thema Gesamtschule vorhin war deutlich zu sehen, wie gering die Bereitschaft bei Ihnen ist, sich an dieser Stelle zu bewegen. Es war nichts als eine hohle Phrase im Wahlkampf, hier dieses kleine Zugeständnis zu machen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und Zustimmung
von Kreszentia Flauger [LINKE])

Es ist schon ein Hohn, wenn man liest, was Sie zum Thema Fachkräftemangel ausführen. Eine Partei, die jahrzehntelang die These „Einwanderungsland“ strikt zurückgewiesen und die Realität geleugnet hat, kommt, weil sie nun beim Thema Fachkräftemangel durch eigene Unterlassung nicht mehr weiter weiß, auf den Gedanken, die Landesgrenzen jetzt zu öffnen und andere hereinzulassen, meine Damen und Herren. Ich habe nichts gegen die Öffnung von Grenzen. Aber bei diesem Thema geht es doch erst einmal darum, denjenigen Chancen zu geben, die hier sind und die in den letzten Jahren keine Chancen hatten.

(Beifall bei der SPD, bei den GRÜNEN und bei der LINKEN - Minister
Walter Hirche: Das ist ja wie bei Rüttgers!)

- Das ist aber ein schweres Missverständnis, junger Mann!

(Hans-Christian Biallas [CDU]: Herr
Hirche ist immerhin etwas über
61 Jahre alt!)

- So ist das, wenn einem die Namen nicht schnell genug einfallen. Da haben Sie echt Glück gehabt.

(Karl-Heinrich Langspecht [CDU]: Das
lernen wir alles noch!)

- Das ist schon klar. Ich kenne Sie schon, Herr Langspecht.

Zum Thema Fachkräftemangel möchte ich Ihnen sagen: Menschen ins Land zu holen, die qualifiziert sind, ist vielleicht bei Fußballern möglich, indem man den FC Bayern München aufpappelt. Aber mit einer Volkswirtschaft insgesamt lässt sich eine solche Strategie nicht verwirklichen, meine Damen und Herren. Deshalb kann man das nur durch eigene Arbeit im eigenen Land realisieren. Wir brauchen diese Fachkräfte. Wir brauchen möglichst alle mit weitergehenden Abschlüssen, als es heute der Fall ist. Das verlangt die komplexe Arbeitsgesellschaft von uns, die wir heute haben. Hier sind Sie gefordert, die Voraussetzungen dafür zu schaffen.

Die Realität ist aber ganz anders: Wir sind Schlusslicht beim Thema duale Ausbildung in Niedersachsen, dafür Spitzenreiter, was die Warteschleifen angeht, meine Damen und Herren. Aber dieser Sachverhalt ist Ihnen keine Zeile in Ihrer Koalitionsvereinbarung und in Ihrer Regierungserklärung wert!

(Björn Thümmler [CDU]: Wer lesen
kann, ist eindeutig im Vorteil!)

Eine Koalitionsvereinbarung muss doch erst einmal sagen, was Sache ist, damit man die richtigen Antworten geben kann. Aber Sie sagen erst einmal, wie Sie sich eine Sache vorstellen, und beschönigen Sie nicht die Realität, meine Damen und Herren. Daraus erwächst keine angemessene Therapie. Deshalb gehen Ihre Vorschläge rundherum ins Leere.

(Beifall bei der SPD)

In diesem Zusammenhang, in dem wir über mehr Bildung und mehr Ausbildung diskutieren müssen, in Ihre Koalitionsvereinbarung den Gedanken hineinzubringen, die Berufsschultage zu reduzieren, hat uns in der Tat überrascht.

(Karl-Heinz Klare [CDU]: Aber es ist
doch viel differenzierter!)

Das kann doch überhaupt nicht ernst gemeint sein, Herr Klare! Ich höre, die Fachleute bei Ihnen schlagen die Hände über dem Kopf zusammen. Welchen Fachfremden haben Sie denn an dieser

Stelle bei der Erstellung der Koalitionsvereinbarung mitwirken lassen? Das kann doch nicht die Möglichkeit sein, meine Damen und Herren! Wir brauchen mehr Bildung! Wir brauchen mehr Ausbildung! Die Berufsschultage zu reduzieren, kann an dieser Stelle nur der falsche Weg sein. Das steht aber bei Ihnen im Programm.

(Beifall bei der SPD)

Wie im Bereich der Bildung ist auch der Wissenschaftsbereich im Kern allen Problemen aus dem Weg gegangen. Herr Stratmann, Sie haben in den letzten fünf Jahren verantwortet, dass die Zahl der Studierenden in Niedersachsen um über 13 000 reduziert worden ist - das ist Ihre Verantwortung! -, und das in einer Gesellschaft, in der wir über einen zunehmenden Bedarf an Menschen mit wissenschaftlichen Abschlüssen reden und in der wir das auch fordern. Sie haben sich dazu verpflichtet, im Rahmen des Hochschulpaktes dafür zu sorgen, dass bis 2010 11 200 Studienplätze aufgebaut werden. Schon im ersten Jahr, 2007, haben Sie gepatzt und gerade einmal ein Drittel der verabredeten Plätze aufbauen können. Das ist leider die Realität in Niedersachsen! Schon dort, wo wir heute stehen, haben Sie die Zwischenziele nicht erreicht. Gleichzeitig wissen wir alle, dass das, was im Hochschulpakt festgelegt ist, überhaupt nicht reicht. Das Jahr darauf, 2011, gibt es einen doppelten Abiturjahrgang. Wo ist ein konkreter Hinweis in der Koalitionsvereinbarung, wie damit umgegangen wird? - Kein einziger!

(Beifall bei der SPD)

Darin steht wolkig: Wir werden das schon irgendwie machen. - So kann man keine Planung für fünf Jahre Politik in Niedersachsen machen. Wir wollen wissen, wie Sie sich das im Einzelnen vorstellen. Die Probleme dürfen nicht alle verdrängt oder zur Seite gelegt werden, meine Damen und Herren!

Das Einzige, was Sie leicht modifizieren, ist das kleine Angebot an die FDP, nämlich das Thema Studiengebühren.

(Jörg Bode [FDP]: Studienbeiträge!)

Wir sind der festen Überzeugung: Die Erhebung von Studiengebühren ist und bleibt falsch, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der SPD, bei den GRÜNEN und bei der LINKEN)

Ihr Hinweis, die Erstsemesterzahlen seien hochgegangen, ist zwar richtig, aber sie liegen noch immer um 3 000 unter den Zahlen, die wir vor fünf

Jahren hatten. Ein leichter Anstieg auf ganz niedrigem Niveau ist nicht das, was wir im Wissenschaftsbetrieb in Niedersachsen brauchen. Sie ahnen doch genau wie wir, dass Studiengebühren ausgrenzen und dazu beitragen, junge Menschen vor die Alternative zu stellen und nicht das Studium aufzunehmen, obwohl sie die intellektuellen Voraussetzungen dafür hätten. Das wollen wir nicht. Soziale Herkunft soll nicht darüber entscheiden, was aus jemandem wird. Aber durch solche Maßnahmen wird es begünstigt. Das wissen Sie. Hier machen Sie einen schwerwiegenden Fehler.

(Lebhafter Beifall bei der SPD, bei den GRÜNEN und bei der LINKEN)

Die Konfusion Ihrer Bildungspolitik ist seit dem Wahltag beim Thema „Abitur nach acht Jahren am Gymnasium“ noch einmal richtig deutlich geworden. Das Ziel ist vertretbar. Ich bin der Meinung, wir sollten es nicht zurückschrauben.

(David McAllister [CDU]: Ach was!)

Aber die Ausführung, meine Damen und Herren, ist an Dilettantismus nicht zu überbieten.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Interessant ist, wer die Verantwortung für diesen Dilettantismus zugeschoben bekommt. Das ist übrigens nicht neu. Der Ministerpräsident übernimmt es gerne selbst, das zu erklären. Ich habe gelesen, dass auch diesmal wieder die Kultusministerkonferenz schuld ist - das Zitat kann ich gerne nachliefern -, weil sie über Monate nicht dazu in der Lage ist, zu einer Verkürzung der Stundenzahlen zu kommen. Herr Busemann, Sie sollten Herrn Wulff einmal mitteilen, dass es im Sommer letzten Jahres einen Versuch der Länder Hamburg und Saarland gegeben hat, hier einen Vorstoß zu machen, und dass dieser auch deshalb in der KMK blockiert worden ist, weil das Land Niedersachsen kein Interesse daran gezeigt hat, an dieser Geschichte mitzuwirken. Das ist die Realität, meine Damen und Herren. Von wegen, die Kultusministerkonferenz ist schuld. Sie haben vollkommen unterschätzt, welche organisatorischen und pädagogischen Herausforderungen mit diesem Thema verbunden waren, und wundern sich jetzt über die Eltern und die Schülerinnen und Schüler sowie über den Ärger, den Sie gegenwärtig haben, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Ich prognostiziere Ihnen: Auch bei diesem Thema werden Sie wieder zu kurz springen. Sie haben in die Koalitionsvereinbarung geschrieben: „angemessene Absenkung der Gesamtpflichtstundenzahl bis zum Abitur“. Was heißt das in der Konsequenz? Ich kann mich an ähnliche Debatten erinnern. Wo wird jetzt gekürzt? Beim Sport? In der Kunst? In der Musik?

(Karl-Heinz Klare [CDU]: Was haben Sie vor?)

- Diese Debatte können wir gerne miteinander führen. Dazu habe ich ein paar Ideen.

(Zurufe von der CDU: Jetzt!)

- Nein, nicht jetzt, mein Lieber. Die Zeit haben wir hier nicht. Diese Debatte können wir gern miteinander führen. - Diese Antworten erwarten wir von Ihnen, meine Damen und Herren. Sie haben hier heute eine Regierungserklärung abzugeben.

(Lebhafter Beifall bei der SPD - Lachen bei der CDU und bei der FDP)

Wir wollen uns hier nicht verbeißen, wer in der Bringschuld ist, meine Damen und Herren.

(Zurufe von der CDU: Nein, nein!)

Hätten wir eine Mehrheit gehabt, dann hätte ich heute gerne eine Regierungserklärung abgegeben. Dann hätten Sie sich daran die Zähne ausbeißen können. Die Lage haben wir nicht.

(Beifall bei der SPD - Lachen bei der CDU und bei der FDP)

Sie haben Vorschläge für die Gestaltung des Landes zu machen,

(Zurufe von der FDP: Sie auch!)

und wir sind in der schönen Rolle, diese als Opposition zu bewerten.

(Zustimmung bei der SPD - Lachen bei der CDU)

- So ist das! Auf der Tagesordnung steht nämlich nicht „Programmatische Grundsatzrede der Opposition“, sondern „Regierungserklärung“. Sie erklären, was Sie in den nächsten fünf Jahren vorhaben. Wir stellen fest: Sie erklären hier gar nichts, sondern Sie werfen nur Nebelkerzen in der Gegend herum, meine Damen und Herren. Das decken wir hier auf.

(Beifall bei der SPD und bei der LINKEN)

Mit Herrn Busemann verabschiedet sich ja jetzt die Hektik aus der Bildungspolitik. Das hat sicherlich auch etwas Gutes; das will ich nicht in Abrede stellen, meine Damen und Herren. Aber, Frau Heister-Neumann, ich habe nun gelesen, Sie sollen dort jetzt für Ruhe sorgen. Dass es dort gelassener zugehen kann und muss, das meine auch ich. Aber ich sage Ihnen eines: Der Bildungssektor braucht nicht Ruhe, sondern konzeptionelle Klarheit. Ich hoffe, dass Sie dazu wenigstens ein Stück in der nächsten Zeit beitragen können.

(Beifall bei der SPD und bei der LINKEN)

Meine Damen und Herren, wir haben in den letzten fünf Jahren erlebt, wie Konservative und Liberale „Sozialpolitik“ buchstabieren. Sozialpolitik war für Sie die Kürzung freiwilliger Leistungen, das war soziale Ausgrenzung, und hinter allem steckte das Prinzip: Barmherzigkeit statt Rechtsanspruch. Von Frau von der Leyen wurde es hier eingeführt und von der Nachfolgerin erkennbar bruchlos übernommen, meine Damen und Herren. Der Sozialhaushalt unterliegt in Niedersachsen dem Direktzugriff des Finanzministers, und zwar kontinuierlich, ohne dass er sich wehren kann.

(Beifall bei der SPD und bei der LINKEN)

Wer die Koalitionsvereinbarung gelesen hat, stellt fest: Es ist nichts Neues zu erwarten. Alle Herausforderungen, die sich schon heute abzeichnen, werden in Ihrer Koalitionsvereinbarung konsequent ausgeklammert.

Herr Hirche hat eben ein paar Bemerkungen zum Thema „Kinderarmut“ gemacht. In der Koalitionsvereinbarung findet sich dazu kein Wort. Sie ist für diese Mehrheit erkennbar keine Herausforderung in der Landespolitik, meine Damen und Herren, obwohl die Polarisierung in Niedersachsen in den letzten Jahren zugenommen hat, obwohl die Kinderarmut in Niedersachsen dramatisch zugenommen hat, obwohl das weitreichende Konsequenzen für die Chancen der betroffenen Kinder im Bildungswesen hat. Für Sie ist das kein Wort wert, meine Damen und Herren.

Für Sie kommt es auch nicht in den Fokus der Überlegungen, dass es vor dem Hintergrund der Situation auf dem Arbeitsmarkt, der zunehmenden Hungerlöhne in absehbarer Zeit Altersarmut geben wird - auch in Niedersachsen. Herr Hirche, an dieser Stelle wäre eine Bemerkung zum Mindestlohn ganz angemessen gewesen. Das ist nämlich auch

ein Beitrag, um Altersarmut zu verhindern. Dazu fällt Ihnen nichts ein!

(Beifall bei der SPD und bei der LINKEN)

Sie haben sich ja nicht einmal dazu aufrufen können, den Vorschlag, den Frau Mundlos und Frau Meißner im Wahlkampf kontinuierlich wiederholt haben, dass es in Zukunft in Niedersachsen eine qualifizierte Sozialberichterstattung geben soll, auch in Ihr Wahlprogramm zu schreiben. Frau Meißner, Einfluss ist bei Ihnen nicht gegeben, oder wie sieht das eigentlich aus? Es ist doch erbärmlich, dass Sie nicht einmal bereit sind, in Niedersachsen öffentlich zu machen, wie die soziale Lage von Teilen dieser Bevölkerung ist. Peinlich ist das!

(Beifall bei der SPD und bei der LINKEN - Jörg Bode [FDP]: Das ist falsch!)

Wissen Sie, warum das so ist? - Das ist die gleiche Argumentation, mit der Sie auf das Landesamt für Statistik gucken: Wenn man keine schlechte Daten geliefert bekommt, hat man auch ein weniger schlechtes Gewissen und glaubt man, nichts machen zu müssen, meine Damen und Herren. Das lassen wir Ihnen aber nicht durchgehen. Wir verlangen, dass deutlich wird, wie sich die soziale Lage in Niedersachsen entwickelt, wie es um Armut und wie es um Reichtum in diesem Land steht. Wir haben ein Recht auf Daten zu diesem Thema, um auch angemessene Antworten geben zu können.

(Beifall bei der SPD und bei der LINKEN)

Stattdessen ist dieser sozialpolitische Teil von Halbherzigkeiten geprägt, die wir hier auch in der Vergangenheit erlebt haben. Das Thema Kinderschutz bleibt ohne konkrete Aussage. Das Hebammenprogramm wird weiterhin bei der kommunalen Seite abgelagert und ist von deren Leistungskraft abhängig; denn das, was auf Landesebene gemacht wird, bringt in der Substanz überhaupt nichts, sondern stellt nur eine begleitende Komponente dar.

Das Thema der Pflegequalität findet in der Koalitionsvereinbarung als Problemfeld nicht statt. Auch zum Thema Fachkräftemangel in diesem Bereich, auf den es Antworten gibt, nämlich die Umstellung der Altenpflegeausbildung, gibt es von Ihnen kein Wort, meine Damen und Herren.

Aber das passt natürlich auch zu dem, was Herr Hirche hier heute ausgeführt hat: Der sozialpolitische Teil findet bei Ihnen nicht statt. Er hat überhaupt keinen Stellenwert. Bemerkenswert ist: Nachdem Sie in der letzten Wahlperiode die Landeskrankenhäuser verkauft haben, kommen Sie jetzt auf den Gedanken, darüber nachzudenken, ein Psychatriekonzept für Niedersachsen zu entwickeln. Gibt es einen peinlicheren Zusammenhang zwischen dem Verkauf der Krankenhäuser und anschließender konzeptioneller Überlegung? Das bestätigt ja unseren Vorbehalt, Ihnen sei es beim Verkauf um grundsätzliche ideologische Gründe beim Thema Landeskrankenhäuser gegangen. Da ging es um Finanzen und um Ordnungspolitik. Die Sachkomponente hat überhaupt keine Rolle gespielt. Jetzt wird Ihnen erkennbar deutlich, dass dort Defizite auflaufen. Deshalb braucht es jetzt ein Konzept, meine Damen und Herren.

Soziales Denken, Gerechtigkeitsempfinden - das ist in den Mehrheitsfraktionen des Landtags nicht zu Hause.

(Lebhafter Beifall bei der SPD, bei den GRÜNEN und bei der LINKEN)

Die Wohlfahrtsverbände werden sich darauf einzustellen haben, dass die Politik der sozialen Kälte, die wir hier fünf Jahre lang erlebt haben, beibehalten wird. Tragisch genug: Die Veränderung läge bei Ihnen. Aber Sie können sicher sein: Wir werden Ihnen auf den Hacken bleiben und das hier einklagen, damit das hinreichend öffentlich wird.

(Beifall bei der SPD und bei der LINKEN)

Meine Damen und Herren, meine Einschätzungen zum Regierungshandeln sind sehr reserviert. Das wissen Sie. Ich traue nicht allen, die dort auf der Regierungsbank sitzen, viel zu. Aber ich bin mir zumindest mit meiner Fraktion einig: Der Umweltminister senkt jedes Mal das Niveau - darauf kann man sich eigentlich verlassen.

(Beifall bei der SPD und bei der LINKEN - Dr. Philipp Rösler [FDP]: Unverschämt!)

Meine Damen und Herren, meiner Meinung nach sollte es wenigstens eine Untergrenze für Anstand und Qualität geben, wenn jemand Mitglied eines Kabinetts ist.

(David McAllister [CDU]: Das gilt auch für Fraktionsvorsitzende!)

Ich lese in einem Rundschreiben von gestern an die Beschäftigten im Umweltministerium, dass der Staatssekretär den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Hauses mitteilt: Gestern früh konnte ich wie sicherlich viele von Ihnen aus der Zeitung erfahren, dass mich die Landesregierung auf Wunsch von Minister Sander am heutigen Tag in den einstweiligen Ruhestand versetzt. Minister Sander hat mir diese Entscheidung auf meine telefonische Nachfrage und in einem anschließenden Gespräch bestätigt, meine Damen und Herren.

(Zurufe und Buh-Rufe von der SPD und von der LINKEN)

Das sind die Führungsqualitäten, die in dieser Landesregierung erkennbar auch zu Hause sind! Ist es nicht peinlich, dass solch ein Vorgang möglich ist?

(Lebhafter Beifall bei der SPD und bei der LINKEN - Minister Hirche: Fragen Sie einmal Karl-Heinz Funke nach seiner Entlassung durch Schröder!)

- Ich finde es einfach peinlich. Im Übrigen: Wenn Sie auf einen peinlichen Vorgang mit einem anderen Vorgang antworten, der vielleicht auch peinlich ist, dann relativiert das den ersten überhaupt nicht.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Es ist jenseits meiner Vorstellungswelt, seinen leitenden Mitarbeiter aus der Zeitung erfahren zu lassen, dass er entlassen wird. Aber das passt natürlich zu dem, was inhaltlich in diesem Hause gemacht wird. Der Teil Umwelt in der Koalitionsvereinbarung ist eine Gebrauchsanweisung zum Nichtstun und nichts anderes, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - David McAllister [CDU]: Falsch!)

Als krönender Höhepunkt wird das Ministerium jetzt umbenannt und der Klimaschutz mit in den Namen aufgenommen. Auch das hat hier eine Vorgeschichte, meine Damen und Herren. Im Dezember 2006, als Herr Sander wieder einmal nicht weiter wusste, hat Herr Wulff eingegriffen und uns hier erklärt, für das Thema Klimaschutz würden jetzt 300 Millionen Euro verausgabt.

(Hans-Dieter Haase [SPD]: Die suchen wir heute noch!)

- Die suchen wir heute noch, Herr Wulff übrigens auch. Das war eine der etwas peinlichen Entgleisungen, die bei ihm immer mal vorkommen können. Ich will damit sagen: Klimaschutz hat in dieser Landespolitik bisher nicht stattgefunden.

(Beifall bei der SPD)

Man hat in den letzten Jahren im Umweltbereich über 400 Stellen gestrichen. Als das Thema aufkam, man müsse auch etwas für den Klimaschutz tun, hat man - das war die gezielte klimapolitische Maßnahme - im Haushalt vier Stellen etatisiert und für Klimaschutzpolitik des Landes Niedersachsen ausgewiesen. Meine Damen und Herren, wen wollen Sie denn in der Öffentlichkeit eigentlich noch veralbern? Das nimmt Ihnen doch niemand ab.

Das *GEO*-Magazin hat im Dezember 2007 - also wenige Wochen alt - einen Vergleich der Bundesländer durchgeführt. In dem Textteil über Niedersachsen wird festgestellt:

„Eine aktive Klimapolitik fehlt bisher im Land. Es existieren weder Reduktionsziele für Treibhausgase noch Handlungspläne für ein koordiniertes Vorgehen - kein Wunder bei einem Umweltminister, der das Landesamt für Ökologie auflöste, Windräder als ‚technische Monster‘ bezeichnet und den vorher erfolgten Ausbau der alternativen Energien bremst ...“

Meine Damen und Herren, so viel das Fachblatt *GEO* zu diesem Minister, der jetzt nicht nur für Umwelt, sondern auch noch für Klimaschutz zuständig ist und der bisher bei allen politischen Themen in diesem Lande versagt hat.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Wir hatten im Dezember in unserem Haushaltsantrag einen Klimaschutzpakt und ihn mit 51 Millionen Euro dotiert. Sie hatten das abgelehnt, wie alle unsere klugen Anträge.

(Lachen bei der CDU - Karl-Heinz Klare [CDU]: Selbstzyniker!)

Jetzt lese ich aber im *Weser-Kurier* vom 25. Februar 2007 - wenige Tage alt -, dass Sie, Herr Sander, für dieses Jahr 10 Millionen Euro zusätzlich für Klimaschutz bekommen haben. Ich wüsste ganz gern, wo diese Mittel stecken, damit wir das nachvollziehen können. Ansonsten hätten Sie die Öffentlichkeit belogen. Ich kann mir aber nicht vor-

stellen, dass Sie auf einen solchen Gedanken kämen. Ich hätte also in den nächsten Tagen gerne einen Nachweis darüber, wo dieses Geld steckt. Im Haushalt finden unsere Referenten diese Mittel nicht.

(Karl-Heinz Klare [CDU]: Das kommt bei Ihnen ja öfter vor!)

Wahrscheinlich haben Sie eine eigene Fassung für Ihr eigenes Haus erarbeitet.

(Karl-Heinz Klare [CDU]: Das ist aber bei Ihnen nicht unmöglich, dass Sie eigene Fassungen haben!)

Aber um die Qualität der Umweltpolitik in Niedersachsen noch einmal richtig auf den Punkt zu bringen, will ich darauf hinweisen, dass das Lieblingsprojekt des Ministers - übrigens hat es auch in der Koalitionsvereinbarung Niederschlag gefunden - das Programm „Natur erleben“ ist. „Natur erleben“ klingt ja auch ganz gut. Für dieses Schwerpunktthema hat Herr Sander in seinem Haushalt 300 000 Euro veranschlagt.

(Oh! bei der SPD)

Ja, das Programm „Natur erleben“ ist ein ganz großes Programm. - Wenn man in dem Haushalt des Umweltministeriums ein paar Seiten weiterblättert, dann stellt man fest: Im Vergleich zu dem zentralen Thema „Natur erleben“ - 300 000 Euro - findet sich ein Haushaltstitel „Bisamrattenbekämpfung“ in Höhe von 432 000 Euro. Ich stelle fest: Herr Sander ist mehr der Vertreter für Bisamrattenbekämpfung als jedenfalls der Vertreter für das Thema „Natur erleben“. Das scheint ihm wohl deutlich wichtiger zu sein.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Zuruf von der CDU: Dass Sie aus der Stadt kommen, das merkt man! - David McAllister [CDU]: Sie waren doch auch einmal Umweltminister!)

- Ich war fünf Jahre Umweltminister, verehrter Herr Kollege, und weiß um die Bedeutung der Bisamrattenbekämpfung.

(Aha! bei der CDU)

Ich wollte an dem Beispiel nur deutlich machen, wie der Stellenwert des Themas „Natur erleben“ ist, das dem Minister so wichtig ist, dass es seinen Niederschlag sogar in der Koalitionsvereinbarung findet. Das andere Thema war ihm nicht so wichtig, obwohl er dafür mehr Geld ausgibt. Meine Damen

und Herren, mir kam es darauf an, deutlich zu machen, was der Anschein ist, den diese Landesregierung in ihrer Koalitionsvereinbarung erweckt. Nur darum geht es, um Anscheinserweckung, meine Damen und Herren.

(Starker Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Ich stelle fest: Wie in den letzten Jahren ist das Prinzip der Umweltpolitik in Niedersachsen: „Mit den Nutzern - gegen die Schützer“. Dieses Prinzip soll konsequent Fortsetzung finden, meine Damen und Herren.

Da ist es schon ein Hohn, wenn in der Regierungserklärung heute Morgen steht: „Mein Dank gilt ... den Umweltverbänden.“ - Meine Damen und Herren, die Umweltverbände sind fünf Jahre mit Füßen getreten worden. Jetzt kriegen sie auch noch einen Dank nachgeschickt. Das ist wirklich ein Hohn. Der Text geht dann wie folgt weiter: „Wir wollen die Zusammenarbeit mit ihnen intensivieren.“ - Meine Damen und Herren, das ist eine Drohung, eine ganz schwere Drohung, und wird von denen auch so verstanden.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Umweltpolitik in Niedersachsen geht nicht ohne eine Bemerkung zum Thema Atompolitik. Atompolitik in Niedersachsen - Herr Hirche hat das noch einmal deutlich gemacht - heißt Zukunft für die Atomindustrie, heißt Verlängerung der Restlaufzeiten, wenn das nur irgendwie möglich ist, heißt Inkaufnahme von Risiken, über die diese Gesellschaft doch hinweg sein müsste, meine Damen und Herren.

Wir wollen den Ausstieg aus der Atomenergie. Daran werden wir festhalten. Ich hoffe, es gelingt Ihnen nicht, diesen Konsens aufzukündigen.

(Starker Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Außerdem wollen jedenfalls wir an der gerechten Lastenverteilung hinsichtlich der Folgen der Atomenergie festhalten. Die einen nutzen die Kraftwerke, und den anderen wird der ganze Atom Müll vor die Hütte geschüttet, meine Damen und Herren. Dagegen hat sich dieser Landtag immer gewehrt, jedenfalls solange wir hier etwas zu sagen haben. Sie verstoßen gegen die Interessen des Landes Niedersachsen, wenn Sie das Moratorium zurücknehmen wollen, meine Damen und Herren.

(Starker Beifall bei der SPD)

Das Motto Schönreden trägt in dieser Koalitionsvereinbarung durch, auch in den Teilen, die ich hier nicht benenne oder nur kurz streife. Das gilt beispielsweise, wenn in dem Sie betreffenden Teil, Herr Schünemann, auf die hohe Aufklärungsquote hingewiesen wird.

(Lothar Koch [CDU]: Das ist doch erfreulich, oder?)

Sie ist etwas höher, und das finden wir alle klasse. Aber warum sagen Sie dann der Redlichkeit halber nicht auch, dass in Niedersachsen im letzten Jahr die Zahl der Straftaten im Gegensatz zum Bundes-trend gestiegen ist? Überall sinkt die Zahl der Straftaten, hier steigt sie. Den unbescholtenen Bürger interessiert die Aufklärungsquote weniger als die begangenen Straftaten. Der Bürger möchte nämlich von Straftaten verschont bleiben. Deshalb lassen wir nicht zu, wie Sie das Thema hier behandeln.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Natürlich liest sich der Justizteil genauso.

(Minister Uwe Schünemann: Das war es schon?)

- Ja, mehr ist für Sie heute nicht drin. Aber wir haben ja fünf Jahre Zeit.

(Jörg Bode [FDP]: Sie haben nur zwei Jahre!)

- Ich habe hier auch fünf Jahre Zeit. Ich bin nämlich gewählter Abgeordneter des Wahlkreises Hannover-Linden mit 19 % Vorsprung vor Ihrem Kollegen Winn.

(Starker Beifall bei der SPD, Beifall bei den GRÜNEN - Heinz Rolfes [CDU]: Mehr nicht?)

Meine Damen und Herren, was sollen wir denn von der Ernsthaftigkeit einer Koalitionsvereinbarung halten, wenn im Justizteil halb verschämt angedeutet wird, das Justizvollzugsgesetz vom Dezember müsse möglicherweise doch noch in einigen Details überprüft werden? - Jeder Kenner im Land weiß: Das ist das abstruseste Gesetz, das der Landtag in den letzten fünf Jahren verabschiedet hat, so voller Fehler ist es.

(Beifall bei der SPD, bei den GRÜNEN und bei der LINKEN)

Was sollen die Niedersachsen davon halten, wenn ein zweiter Versuch gestartet wird, das Innenminis-

terium jetzt auch zum Integrationsministerium zu machen? - Herr Schünemann, es muss anderthalb bis zwei Jahre her sein, dass es eine Presseerklärung gab, in der die Landesregierung mitteilte: Das Innenministerium ist jetzt auch Integrationsministerium.

(Jörg Bode [FDP]: Nein, das waren wir! Die FDP war das!)

- Das habt ihr einfach gemacht, ohne die zu fragen?

(Dr. Philipp Rösler [FDP]: Ein freies Land!)

Ich dachte, das sei Beschlusslage des Kabinetts. War es nicht? - Ach so! Na gut, dann stelle ich fest: Die Mehrheitsfraktionen sind nicht immer auf der Höhe der Kooperationsfähigkeit. Das ist ja auch in Ordnung.

Aber, Herr Schünemann, ein Gesichtspunkt hätte vor zwei Jahren gegolten und gilt auch heute: Wie man den härtesten Hund in der Ausländer- und Ausgrenzungspolitik zum Minister für Integration machen kann, das versteht bei den Migrantengruppen überhaupt niemand.

(Starker Beifall bei der SPD, bei den GRÜNEN und bei der LINKEN)

Es wäre viel einfacher gewesen, nicht das Türschild auszuwechseln, sondern den Minister auszuwechseln. Dann wäre man wahrscheinlich auch näher am Thema Integration dran.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, Herr Hirche hat heute Morgen ausgeführt: All das, was Sie hier in den nächsten fünf Jahren machen, läuft unter den Tugenden „ehrlich“, „verlässlich“ und „unaufgeregt“.

(Zustimmung bei der CDU)

Von Ehrlichkeit will ich an einer Reihe von Stellen nicht sprechen. Verlässlich sind Sie immer dann, wenn es um Ausgrenzungen geht. Unaufgeregtheit würden einige Ihrer Spitzen auch nicht für sich reklamieren. Sie haben das Gegenteil lange genug bewiesen. Sie sind meilenweit von diesen Tugenden entfernt. Von daher sage ich Ihnen: Das, was Sie hier auf den Tisch gelegt haben, ist alles nicht überzeugend.

(Beifall bei der SPD und Zustimmung bei der LINKEN)

Sie haben in den letzten Wochen noch einmal deutlich gemacht, dass es in Deutschland möglich

ist, eine sogenannte bürgerliche Mehrheit hinzukriegen. Nun will ich nicht den Gedanken aufnehmen, dass diese bürgerliche Mehrheit in Niedersachsen gerade einmal 28,5 % der Wahlbevölkerung hinter sich hat. So eine große Mehrheit ist das nicht.

(Karl-Heinz Klare [CDU]: Haben Sie das auch auf Ihre Sitze umgerechnet?)

- Ja. Wir haben noch weniger.

(Lachen bei der CDU und bei der FDP - Jörg Bode [FDP]: Gibt Ihnen das nicht zu denken?)

Mich interessiert in diesem Zusammenhang ein anderer Gedanke, nämlich was mit diesem Begriff der bürgerlichen Mehrheit gleichzeitig unternommen wird. An den hektischen Flecken, die Herr McAllister immer bekommt, wenn er von diesem Thema redet,

(Lachen bei der CDU)

wird deutlich, dass es hier nicht nur darum geht, etwas für sich zu reklamieren, sondern auch darum, auszugrenzen. Mich würde schon einmal interessieren, was es denn bedeutet, wenn beide Fraktionsvorsitzende erklären - auch Herr Rösler hat das in den letzten Tagen getan -, die bürgerlichen Parteien hätten in diesem Hause eine Mehrheit. Was sind denn jetzt die SPD, die Grünen und die Linken für Parteien? Was sind diese 71 Abgeordneten denn für Persönlichkeiten?

(Karl-Heinrich Langspecht [CDU]: Ganz klar nicht bürgerliche!)

Ich habe heute Morgen von Herrn Hirche gehört, hier würden alle fair behandelt, und es würde mit allen korrekt umgegangen. Sind diese 71 Abgeordneten Einwohner des Landes oder Nichtbürger des Landes? Sollen sie Schmutzkinder des Landes sein? - Meine Damen und Herren, ich sage Ihnen eines: Wir lassen diese Art von Ausgrenzung hier nicht zu.

(Starker Beifall bei der SPD und Beifall bei den GRÜNEN - Reinhold Hilbers [CDU]: Sie haben sich doch den demokratischen Sozialismus ins Programm geschrieben!)

Meine Partei kämpft seit über 140 Jahren für die Ziele der Bürgergesellschaft: für Demokratie, für Freiheit, gegen Rassismus. Sie, meine Damen und Herren, werden doch gerne bestätigen, dass der

Kampf für Demokratie und der Kampf für Freiheit die Kernbereiche bürgerlicher Gesellschaft sind. Da werden Sie mir doch noch folgen können. - Frau Klopp nickt.

Dann frage ich Sie einmal: Wo waren denn diese „bürgerlichen“ Parteien, als es ernst wurde im Kampf um Demokratie, als die Demokratie gefährdet war oder überhaupt erst geboren werden sollte? Wo waren die „bürgerlichen“ Parteien 1918, nach dem Ersten Weltkrieg? - Nichts war da.

(Lebhafter Widerspruch bei der CDU und bei der FDP - Jörg Bode [FDP]: Und wo ist die SPD in Hessen heute, Herr Jüttner?)

- Geschichte ist Ihnen fremd, meine Damen und Herren. Das weiß ich.

(Björn Thümmler [CDU]: Ahnungslos!)

Wo waren denn die „bürgerlichen“ Parteien, als die Demokratie 1933 hochgradig gefährdet war? Das frage ich Sie.

(Heiner Bartling [SPD]: Sie haben dem Ermächtigungsgesetz zugestimmt! - Ingrid Klopp [CDU]: Das ist unglaublich!)

Wir haben in wenigen Tagen den 75. Jahrestag des Ermächtigungsgesetzes. Da hat kein „bürgerlicher“ Politiker sich erhoben und Widerstand geleistet. Es war ein Sozialdemokrat.

(Starker Beifall bei der SPD, bei den GRÜNEN und bei der LINKEN - Ulf Thiele [CDU]: Was sind Sie für ein geschichtsvergessener Mensch!)

- Wir reden gerade über Geschichte.

(Björn Thümmler [CDU]: Das ist Geschichtsklitterung!)

Es war ein Sozialdemokrat, Otto Wels, der dort geredet und gesagt hat:

„Freiheit und Leben kann man uns nehmen, die Ehre nicht.“

Es war der *rundblick*, der vor zwei oder drei Wochen dankenswerterweise deutlich gemacht hat, was für ein gefährliches Spiel Sie mit dieser Argumentation treiben, indem er darauf hingewiesen hat, dass es die „bürgerlichen“ Parteien waren, die sich als Steigbügelhalter des Faschismus betätigt haben.

(Starker Beifall bei der SPD, bei den GRÜNEN und bei der LINKEN - Lebhafter Widerspruch bei der CDU)

Ich rate Ihnen deshalb dringlich, diese Art der - - -

(Anhaltender Widerspruch bei der CDU)

Vizepräsidentin Astrid Vockert:

Herr Jüttner, wir müssen einen Augenblick warten, bis sich die Kolleginnen und Kollegen von der CDU wieder etwas beruhigen, damit auch ich - und ich bin nicht weit weg von Ihnen - Sie verstehen kann. Momentan kann ich es nämlich nicht.

(Jens Nacke [CDU]: Kein Mensch kann das verstehen! - Heinz Rolfes [CDU]: Unglaublich, was er sich da geleistet hat!)

Also müssen wir vielleicht wieder etwas zur Ruhe kommen. - Danke schön.

Wolfgang Jüttner (SPD):

Deshalb rate ich Ihnen, meine Damen und Herren: Lassen Sie diese Ausgrenzungsdebatte! Sie kriegen es mit gleicher Münze heimgezahlt. Das hilft uns allen miteinander nicht.

Ich unterstelle, dass die, die hier heute politisch arbeiten, Teil dieser Bürgergesellschaft sind und sich um die besten politischen Antworten für dieses Land bemühen. Hören Sie auf, andere ausgrenzen zu wollen! Das lassen unsere Geschichte und unser Selbstbewusstsein nicht zu.

(Starker Beifall bei der SPD, bei den GRÜNEN und bei der LINKEN)

Das, was Sie mit der Koalitionsvereinbarung und mit der Regierungserklärung vorgelegt haben, meine Damen und Herren, ist planlos und kraftlos. Der einzige, der sich freuen kann, ist der Finanzminister. Er ist durch nichts festgelegt; denn Konkretisierungen mit Finanzierungsfolgen sind in dieser Koalitionsvereinbarung so gut wie nicht vorhanden. Das ist die Realität. Deshalb werden Sie den Ansprüchen einer Koalitionsvereinbarung nicht gerecht. Sie haben es im Wahlkampf mit Einlullen und mit der Neutralisierung von Themen - dort hin und wieder erfolgreich - versucht. Diese Taktik geht nicht auf. Wir werden Ihnen das nicht durchgehen lassen. Die gesellschaftlichen Gruppen werden nicht länger akzeptieren, dass sie an der Nase herumgeführt werden,

(Karl-Heinz Klare [CDU]: Erst einmal haben sie uns gewählt!)

und auch die interessierte Öffentlichkeit wird das nicht mit sich machen lassen.

Wir legen in den nächsten Monaten Antworten auf den Tisch, welche Chancen bestehen und was für Niedersachsen sinnvoll ist, was notwendig ist, damit Niedersachsen Innovationsland wird, damit der soziale Zusammenhalt in dieser Gesellschaft auf Dauer trägt.

(Karl-Heinz Klare [CDU]: Hätten Sie das mal vor der Wahl gemacht!)

Damit werden Sie sich befassen müssen. Was Sie auf den Tisch gelegt haben, wird Ihnen noch zu schaffen machen. Da können Sie sicher sein. Sie werden in schwieriges Fahrwasser geraten, weil das, was Sie als Koalitionsvereinbarung hingelegt haben, nicht überzeugend ist, weil damit versucht wird, Mehltau über Niedersachsen zu streuen. Wir werden das unterlaufen und deutlich machen, dass dieses Land andere, dass es bessere Antworten verdient hat, als Sie sie auf den Tisch gelegt haben.

Herzlichen Dank.

(Starker, nicht enden wollender Beifall bei der SPD, bei den GRÜNEN und bei der LINKEN - Ernst-August Hoppenbrock [CDU]: So sehen Sieger aus! - Karl-Heinz Klare [CDU]: Visionen für 2008 und 2009! - Weitere Zurufe)

Vizepräsidentin Astrid Vockert:

Ich würde die Debatte gerne fortsetzen, aber mir ist es noch zu unruhig.

(Karl-Heinz Klare [CDU]: Es wird noch besser!)

- Herr Kollege Klare, hoffentlich wird es mit der Ruhe und nicht mit der Unruhe besser.

Nächster Redner ist der Kollege McAllister von der CDU-Fraktion. Sie haben das Wort.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP - Ursula Helmhold [GRÜNE]: Aufmunternder Beifall?)

David McAllister (CDU):

Verehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Gestatten Sie mir eine Anmerkung, Herr Jüttner, gleich zu Beginn meiner Aus-

führungen. Ihre Andeutungen am Ende Ihrer Rede, Ihre Andeutungen, insbesondere was das Jahr 1933 angeht, gegen Liberale und Christdemokraten in diesem Haus sind beleidigend und historisch verfälschend. Ich weise sie in voller Schärfe zurück.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und bei der FDP - Heiner Bartling [SPD]: Ich schicke Ihnen in Kürze mal ein Geschichtsbuch!)

Mein Vater hat auf britischer Seite 1944 und 1945 gegen den Nationalsozialismus gekämpft. Deshalb bin ich auch persönlich von Ihren Ausführungen angewidert. Eines will ich deutlich sagen: In der bei Ihnen nach unten offenen Skala war das eine weitere Entgleisung, ein weiterer Tiefpunkt, den wir nicht für vorstellbar gehalten haben. Sie sollten sich was schämen, Herr Jüttner.

(Starker Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Wie verzweifelt müssen Sie sein? Wie verzweifelt muss die Situation eines Oppositionsführers sein, wenn er in einer Aussprache zu einer Regierungserklärung in einem deutschen Landtag zu solchen Methoden greift?

(Heiner Bartling [SPD]: Ist geschichtliche Wahrheit eine Methode?)

Herr Jüttner, denken Sie nachher einmal darüber nach, was die Zehntausenden von Fernsehzuschauern von einem solchen Debattenniveau im Niedersächsischen Landtag halten sollen. Sie tun der Demokratie mit solchen absurden Vergleichen einen Tort an.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Verehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der gestrige Tag war ein guter Tag für Niedersachsen. Die CDU-Landtagsfraktion gratuliert dem Abgeordneten Christian Wulff sehr herzlich zur Wiederwahl als Niedersächsischer Ministerpräsident.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Alle 81 Abgeordneten der Koalition haben geschlossen den Ministerpräsidenten gewählt.

(Ursula Helmhold [GRÜNE]: Da waren Sie auch sehr froh!)

Die Koalition steht fest geschlossen. Das war ein Auftakt nach Maß für CDU und FDP. Damit ist der

Grundstein gelegt für weitere fünf gemeinsame erfolgreiche Jahre von FDP und CDU in diesem Bundesland.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Wir wünschen dem Ministerpräsidenten bei den anstehenden Herausforderungen Erfolg, das notwendige Quäntchen Glück und insbesondere Gottes Segen. Heute wünschen wir ihm darüber hinaus gute Genesung. Wer Christian Wulff kennt, der weiß, wie sehr er es bedauert, dass er aufgrund seiner gesundheitlichen Situation heute weder die Regierungserklärung abgeben konnte, noch - das wird ihn noch viel mehr stören - der Aussprache zur Regierungserklärung folgen kann. Christian Wulff ist ein begeisterter Parlamentarier. Er hat während aller großen Debatten im Landtag stundenlang an seinem Platz gesessen und geduldig auch Ihren Reden, Herr Jüttner, zugehört. Er hätte das auch heute getan. Leider war er dazu aus gesundheitlichen Gründen nicht in der Lage. Manches hat er zum Glück verpasst.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Wir wünschen allen Mitgliedern des Kabinetts viel Erfolg und gratulieren zu der gestern erfolgten Ernennung durch den Ministerpräsidenten. Als CDU-Landtagsfraktion bieten wir der Landesregierung insgesamt, Herr stellvertretender Ministerpräsident Hirche, eine sehr gute Zusammenarbeit an.

Die besten Wünsche der CDU-Fraktion begleiten im Übrigen auch das neue Landtagspräsidium: allen voran unseren neuen Landtagspräsidenten Hermann Dinkla, die Schriftführerinnen und Schriftführer und ebenso - das sage ich ausdrücklich - die drei neu gewählten Vizepräsidenten Frau Astrid Vockert, Hans-Werner Schwarz von der FDP und Dieter Möhrmann. Herr Jüttner, ich finde, dass Sie eine vorzügliche Wahl getroffen haben, als Sie diesem Haus den Abgeordneten Möhrmann als Vizepräsidenten vorgeschlagen haben.

(Beifall bei der CDU, bei der SPD und bei der FDP)

Herr Möhrmann wird künftig wahrscheinlich nicht mehr beauftragt sein, Ihre Haushaltsanträge in den Plenardebatten zu rechtfertigen. Vielleicht ist es auch für Herrn Möhrmann selbst ganz gut, dass er diese Aufgabe nicht mehr wahrnehmen muss. Wir haben immer gesehen, wie er gelitten hat, wenn Sie selbst zum Haushalt gesprochen haben.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP - Widerspruch bei der SPD)

Meine Damen und Herren, wir haben heute Morgen eine wegweisende Regierungserklärung gehört. Alle wesentlichen Herausforderungen der niedersächsischen Landespolitik - auch im bundesdeutschen und europaweiten Kontext - sind dargestellt worden. Die CDU-Landtagsfraktion kann alle Punkte der Regierungserklärung voll unterstreichen.

(Heiner Bartling [SPD]: Weil nichts darin steht!)

Unser Dank gilt nicht nur Walter Hirche, der heute Morgen kurzfristig eingesprungen ist, sondern unser Dank gilt vor allen Dingen den dutzenden von Beamtinnen und Beamten in der Landesregierung, die an dieser Regierungserklärung gearbeitet haben. Das war in den letzten Tagen und Wochen ein hartes Stück Arbeit. Ich glaube, alle politisch Interessierten - insbesondere die gesamte Ministerialverwaltung - können mit dieser Regierungserklärung gut nachvollziehen, worum es CDU und FDP in den nächsten fünf Jahren ganz besonders gehen wird. Herzlichen Dank an alle Beteiligten!

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Die Botschaft der Regierungserklärung lautet aus unserer Sicht: CDU und FDP wollen fünf weitere Jahre hart arbeiten, damit es in Niedersachsen weiterhin bergauf geht. Wir nehmen den Wählerauftrag an und werden auch künftig vertrauensvoll zusammenarbeiten. Wir wollen Bewährtes fortsetzen, neue Chancen eröffnen und vor allem die Zukunft unseres schönen Heimatlandes gestalten. Zusammen mit dem Koalitionsvertrag ist diese Regierungserklärung eine gute Grundlage für eine erfolgreiche und zukunftsgerichtete Politik gemäß unserem bewährten Dreiklang: sanieren, investieren und reformieren.

Herr Jüttner, Sie haben heute die Politik der Landesregierung sehr ausführlich kritisiert. Das ist Ihre Aufgabe als Oppositionsführer. Wir werden Ihre Rede bis auf die letzten Sätze sorgfältig analysieren und prüfen, inwieweit Ihre Rede Verwertbares für die Landespolitik enthält. Wir stellen uns nicht hier hin und sagen, dass wir immer alles 100-prozentig genau wüssten und könnten, sondern wir erwarten natürlich auch von einer Opposition, dass sie daran interessiert ist, dass es dem Land Niedersachsen insgesamt noch besser geht. Deshalb werden wir sehr sorgfältig auswerten, was Sie ausgeführt haben.

Nach allem, was ich gehört habe, und auch nach der ersten Analyse und nach Rücksprache mit

meinen Kolleginnen und Kollegen ist vor allen Dingen eines festzustellen: Sie haben 90 Minuten gesprochen. Als sozialdemokratischen Gegenentwurf zur Politik der Landesregierung haben Sie aber wieder nur Ihr bereits bekanntes SPD-Wahlprogramm vorgestellt. Erstaunlich war für mich, dass Sie 90 Minuten gesprochen, aber trotzdem nicht eine einzige neue Idee vorgetragen und auch keinen einzigen neuen Vorschlag unterbreitet haben. Herr Jüttner, Sie sind offenbar frei von jeglicher Selbstkritik.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Ich muss Sie persönlich fragen: Am 27. Januar 2008 ist irgendetwas gewesen. Vielleicht ist es Ihnen entfallen. Es gab eine Landtagswahl. Sie als Spitzenkandidat der SPD in Niedersachsen haben es geschafft, eine wahrlich stolze Partei mit Persönlichkeiten wie Hinrich Wilhelm Kopf, Georg Diederichs oder Gerhard Schröder, die erstaunlich gute Wahlergebnisse erzielt haben, auf einen noch nie dagewesenen historischen Tiefststand von 30,3 % zu führen. Das ist Ihre Bilanz. Ihre Politik, Herr Jüttner, ist am 27. Januar 2008 gnadenlos gescheitert, gnadenlos von den Menschen nicht gewählt worden. Das hätten Sie wenigstens einmal einräumen müssen.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Insbesondere zu Beginn ihrer Ausführungen haben Sie mit zum Teil scharfen Worten die Mitglieder der Landesregierung persönlich kritisiert und angegriffen und sind dabei auf persönliche Wahlergebnisse eingegangen.

(Wolfgang Jüttner [SPD]: Das ist kein Angriff!)

Es ist erstaunlich, dass gerade Sie das tun. Denn es sprach ein Oppositionsführer der SPD auf Abruf. Sie wissen doch ganz genau wie wir alle: Sie dürfen jetzt hier noch zwei Jahre lang den Oppositionsführer mimen, bis sich irgendein anderer in Ihrer Landtagsfraktion bereit erklärt, Sie abzulösen.

Danach sind Sie auf die persönlichen Wahlergebnisse eingegangen. Sie haben z. B. das Ergebnis von Justizminister Bernd Busemann im Wahlkreis Papenburg im Emsland angesprochen. Sie haben dabei auf seine Verluste hingewiesen. Ich darf Sie in diesem Zusammenhang wenigstens an eines erinnern, Herr Jüttner: Ihr eigener Kandidat, Herr Klaus Fleer, hat in diesem Wahlkreis 19 % der Erststimmen erzielt.

(Oh! bei der CDU)

Außerdem haben Sie den Rückgang bei der Zahl der Erst- und den Zweitstimmen von prominenten CDU-Politikern erläutert. Aber wir wissen ja, dass auf Sie immer Verlass ist. Mir liegt hier das Ergebnis der Erst- und der Zweitstimmen aus dem Wahlkreis 26 - Hannover-Linden - vor. Herr Jüttner hat es im Vergleich zur Landtagswahl 2003 geschafft, dass die SPD in Linden 5,2 Prozentpunkte weniger erzielt hat.

(Zuruf von der CDU: Donnerwetter!)

Im Vergleich zum Ergebnis der Zweitstimmen bei den Bundestagswahlen 2005 haben Sie es sogar geschafft, 14,3 Prozentpunkte weniger zu holen. - Das ist das eine.

Es geht aber noch weiter: *Hamburger Abendblatt* vom 30. Januar 2008. Ich zitiere, Frau Präsidentin:

„Die SPD, so klagt jetzt der SPD-Vorsitzende der Stadt Hannover, Walter Meinhold, werde ‚nicht mehr als Schutzmacht der kleinen Leute wahrgenommen‘. Und ausgerechnet Jüttner ist gewichtiger Teil dieses Problems. Auf Wahlplakaten hat das Gesicht des Spitzenkandidaten geprangt, darunter der Slogan ‚Gerechtigkeit kommt wieder‘. Dieses Versprechen haben sie ihm nicht einmal im eigenen Wahlkreis Hannover-Linden geglaubt. Zwar ist Jüttner dort direkt gewählt worden, aber in der bisherigen SPD-Hochburg hat die Linkspartei mit 13,3 % der Zweitstimmen ihr landesweit bestes Ergebnis errungen.“

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Herr Jüttner, daran sehen Sie: Wer im Glashaus sitzt, der sollte wahrlich nicht mit Steinen schmeißen. - Sie selbst aber haben über die schöne Rolle der Opposition und über die schöne Rolle des Oppositionsführers gesprochen. Ich finde, die Rolle des Oppositionsführers ist für Sie im wahrsten Sinne des Wortes maßgeschneidert. Sie haben die CDU-Fraktion für die verbleibenden zwei Jahre gern auch an Ihrer Seite. Sie sind in der guten Situation, ein würdiger Nachfolger von Axel Plaupe zu werden.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! CDU und FDP haben am 27. Januar die Landtagswahl

gewonnen. Die Mehrheit der Wählerinnen und Wähler hat unsere Politik eindrucksvoll bestätigt. Sie hat ebenso auch den Stil unserer Politik bestätigt. Die Mehrzahl der Menschen hat auch der unsoliden Wünsch-dir-was-Politik von SPD, Grünen und Linken eine Absage erteilt.

Gestatten Sie mir jetzt noch zwei Anmerkungen zur Landtagswahl.

Erstens. Die NPD hat bei dieser Landtagswahl keine Rolle gespielt. Rechtsradikale und Rechtsextremisten haben in Niedersachsen bei Wahlen seit vielen Jahren keine Chance mehr. Das ist für uns in Niedersachsen vorbildlich. Wir sind stolz darauf, dass die Menschen hier Rechtsextremisten und Rechtsradikalen eine Absage erteilt haben.

(Beifall)

Zweitens hatten wir - darauf haben schon gestern der Landtagspräsident und heute Herr Hirche hingewiesen - bei dieser Landtagswahl mit 57 % eine historisch niedrige Wahlbeteiligung. Das sollte uns alle mit Sorge erfüllen. Die Wahlfreiheit, verfassungsrechtlich garantiert, beinhaltet auch das Recht, einer Wahl fernzubleiben. Deshalb müssen wir auch die Argumente und die Gründe derjenigen Menschen respektieren, die nicht zu Wahlen gehen. Aber dennoch müssen wir gemeinsam eine Kraftanstrengung unternehmen, um die Wahlbeteiligung in unserem Land wieder höher werden zu lassen. Es gibt keine einfachen Lösungen. Wenn es solche gäbe, wären sie schon längst umgesetzt worden.

Ich darf für mich gerade vor dem Hintergrund unserer deutschen Geschichte festhalten: Demokratie ist keine Selbstverständlichkeit. Demokratie lebt vom Mitmachen. Gerade deshalb sind wir alle gefordert, der unbefriedigenden Wahlbeteiligung entgegenzusteuern. Im Übrigen: Je höher die Wahlbeteiligung ist, desto geringer ist die Wahrscheinlichkeit, dass Radikale von rechts wie von links in die Parlamente einziehen.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Dann gibt es noch ein Ergebnis des 27. Januar 2008: Wir haben in Niedersachsen allen Unkenruffern und Zweifelssäthern zum Trotz bewiesen: Bürgerliche Mehrheiten in Deutschland sind möglich, auch gegen drei linke Parteien. Ich mache aus meiner persönlichen Haltung überhaupt kein Hehl: Die Zusammenarbeit von Union und FDP wäre das mit Abstand beste Modell für

die Bundesrepublik Deutschland - spätestens nach der Bundestagswahl im Jahr 2009. Lieber Philipp Rösler, dafür werden wir gemeinsam kämpfen. Das wird unser gemeinsames Anliegen sein.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Wir in Niedersachsen haben klare Mehrheitsverhältnisse im Landtag. Wir unterscheiden uns damit z. B. von Belgien, aber auch von unserem benachbarten Bundesland Hessen.

Eines will ich mit Blick auf unser benachbartes Bundesland im Süden, auf Hessen, sagen: Es wäre ein Skandal und ein nie dagewesener Wahlbetrug, wenn sich Frau Ypsilanti am 5. April mit den Stimmen der Kommunisten zur hessischen Ministerpräsidentin wählen ließe.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und bei der FDP - Karl-Heinz Klare [CDU]: Das haben die bis vor vier Tagen auch gesagt!)

Herr Jüttner, liebe Sozialdemokraten, wir sind uns ziemlich sicher: Hätte es am 27. Januar 2008 ein anderes Wahlergebnis gegeben, hätte es eine Mehrheit von Sozialdemokraten, Grünen und Linken gegeben, dann hätten Sie, Herr Jüttner, gestern versucht, sich mit den Stimmen der Linken zum Ministerpräsidenten des Landes wählen zu lassen. Gut, dass dieser Kelch an uns vorbeigegangen ist. Ein Segen für unser Land!

(Starker Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Meine hinreichend distanzierte Haltung zur Sozialdemokratie ist Ihnen bekannt.

(Lachen bei der SPD)

Trotzdem sage ich in aller Deutlichkeit: Das, was Sie jetzt im SPD-Bundesvorstand machen, erfüllt uns mit Sorge. Ich finde, der Beschluss des SPD-Präsidiums vom Montag ist eine tiefe Zäsur in der Geschichte der Nachkriegs-SPD. Es macht mich besorgt, dass das SPD-Präsidium einen solchen Kurswechsel vornimmt und es nur eine einzige Gegenstimme vom niedersächsischen Landesvorsitzenden Garrelt Duin gab. Herr Duin hat in der *Nordwest-Zeitung* erklärt - ich zitiere -:

„Meines Erachtens müsste der Satz gelten: Es gibt keine Zusammenarbeit mit der Linkspartei, weder aktiv noch passiv. Wenn das jetzt durchbrochen werden sollte, etwa in Hessen oder im

nächsten Jahr im Saarland, wird es für uns im Bundestagswahlkampf 2009 sehr schwer.“

Herr Duin spricht es aus. Wir könnten natürlich auf der einen Seite ein Interesse daran haben, dass es für die SPD mit Blick auf die nächste Bundestagswahl unendlich viel schwerer wird als bisher. Aber ich sage Ihnen bei aller Freude, dass es für Sie schwerer wird: An dieser Stelle überwiegt dennoch die Furcht und die Trauer,

(Oh! bei der SPD - Heiner Bartling [SPD]: Staatspolitische Sorge!)

dass die Sozialdemokraten den Konsens aufgeben, weder mit Rechts- noch mit Linksradikalen zusammenzuarbeiten. Herr Duin war der Einzige, der den Mut hatte, dagegen zu stimmen. Ich frage Sie, Herr Jüttner, wo sind Sie in den letzten 48 Stunden gewesen? Warum haben Sie Ihrem Landesvorsitzenden nicht zur Seite gestanden? Wo sind die Niedersachsen Struck oder Heil gewesen? - Es ist ein unglaublicher Skandal, den die SPD hier vorbereitet!

(Starker, lang anhaltender Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir kommen zur Politik 2008 bis 2013 in Niedersachsen.

(Zuruf von der SPD: Doch schon?)

Im Jahr 2003, als CDU und FDP die Regierung übernommen haben, fanden wir eine schwierige Ausgangslage vor. Ich erwähne diese Zahlen insbesondere auch für die neuen Kolleginnen und Kollegen im Hause. Die Kolleginnen und Kollegen bei den Sozialdemokraten sollen wissen, wenn ihr Fraktionsvorsitzender die Dinge darstellt, ist es, freundlich gesagt, nur die halbe Wahrheit.

(Heinrich Aller [SPD]: Die andere Hälfte sagen Sie!)

Die Abschlussbilanz der SPD nach 13 Jahren war und bleibt verheerend. Im Jahr 2002 hatte dieses Land mit 2,95 Milliarden Euro die höchste Netto-neuverschuldung in seiner Geschichte zu verzeichnen. Die Kreditfinanzierungsquote lag im Jahr 2002 bei 13,3 %. Im Vergleich mit den westdeutschen Flächenländern lag Niedersachsen damit auf dem drittletzten Platz. Der Konjunkturklimaindex lag in Niedersachsen Ende 2002 mit 71 Punkten auf dem niedrigsten Stand seit 1982. Ein Wirtschaftswachstum gab es im Jahr 2002 nicht. Vielmehr schrumpfte die Wirtschaft um 0,7 %. In Nie-

dersachsen herrschte die höchste Arbeitslosigkeit aller westdeutschen Flächenländer.

Das sind nur fünf Fakten. Ich könnte unendlich viele weitere Fakten vortragen. Sie belegen eindringlich das beispiellose Versagen der SPD in Niedersachsen in ihrer 13-jährigen Regierungszeit.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Herr Jüttner, Sie sind weder vor der Wahl noch im Rahmen der heutigen Aussprache auf diese Fakten eingegangen. Sie verdrängen das. Vielleicht hängt es damit zusammen: Wer ein schlechtes Gedächtnis hat, der erspart sich viele Gewissensbisse.

(Zurufe von der SPD)

Meine Damen und Herren, wir haben seit 2003 viel geschafft: Haushaltskonsolidierung, Modernisierung der Wirtschaftspolitik, Verwaltungsreform, Bildungsreform und vieles andere mehr. Walter Hirche ist darauf heute Morgen ausführlich eingegangen. Es ist bei objektiver Betrachtung völlig unbestritten, dass CDU und FDP diesem Land gut getan haben und dass wir gemeinsam beachtliche Erfolge erzielt haben.

Das Bruttoinlandsprodukt in Niedersachsen ist im Zeitraum von 2003 bis 2007 um fast 50 % gewachsen. Seit 2003 hat der Außenhandel in unserem Bundesland um fast 50 % zugelegt. Die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätze ist allein im letzten Jahr um 50 000 bzw. 2,1 % gestiegen. Im Jahr 2007 sank die Arbeitslosigkeit in Niedersachsen auf den niedrigsten Stand seit 15 Jahren. Die Jugendarbeitslosigkeit sank allein im letzten Jahr von 12,3 % auf 7,7 %, und auch die Langzeitarbeitslosen profitieren überproportional vom Aufschwung am Arbeitsmarkt.

Diese Fakten belegen: CDU und FDP haben die Wende zum Besseren geschafft. Dieses schöne Bundesland Niedersachsen ist bei dieser Koalition von CDU und FDP und bei dieser Landesregierung in den besten Händen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Diese Erfolgszahlen sind für uns Ansporn und Verpflichtung zugleich, unsere erfolgreiche Politik fortzusetzen. Wir sind gut unterwegs, aber wir sind noch lange nicht am Ziel angekommen. Vielleicht kann man es auch so formulieren: Die ersten fünf Jahre Regierungszeit der CDU und der FDP waren vornehmlich eine Periode des Aufräumens, des Ordnungschaffens nach dem Chaos, das uns die

Sozialdemokraten hinterlassen haben. Wir haben in allen wesentlichen Politikfeldern die Weichen neu gestellt.

Jetzt steht ein neuer Aufbruch an, fünf Jahre Gestalten und Erneuern. Es geht darum, bewährte Projekte fortzusetzen, neue Projekte anzuschließen und umzusetzen und konzeptionell weit über das Jahr 2013 hinaus zu denken.

Ich möchte gern einige Punkte skizzieren, wobei ich einräume: Die Regierungserklärung war so umfassend, dass im Grunde genommen alle wesentlichen Punkte bereits angesprochen worden sind.

Für uns Christdemokraten hat auch in den nächsten fünf Jahren die Haushaltskonsolidierung höchste Priorität. Wir haben in den letzten fünf Jahren zusammen mit der FDP, mit der Regierung und vor allem zusammen mit Finanzminister Hartmut Möllring viel erreicht - das war auch für andere Bundesländer beispielhaft.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Wir haben die Nettoneuverschuldung von rund 3 Milliarden Euro im Jahre 2002 auf jetzt 550 Millionen Euro abgesenkt. Wir haben die Nettoneuverschuldung sechsmal hintereinander abgesenkt - in fünf Jahren um über 80 %. Jetzt haben wir die niedrigste Neuverschuldung seit 35 Jahren.

Wir haben die finanzpolitische Wende geschafft. Wir haben mit dem Anhäufen immer neuer Schulden Schluss gemacht. Damit haben wir auch mit einer Politik auf Kosten der folgenden Generationen Schluss gemacht. Dieser Kurs muss fortgesetzt werden und hat für uns allerhöchste Priorität.

Unser Ziel, das im Koalitionsvertrag festgehalten wurde - es wurde auch in der Regierungserklärung angesprochen -, ist sehr ambitioniert. Aber wir sind der festen Überzeugung: Nur die Senkung der Nettoneuverschuldung führt auf Dauer zu soliden Finanzen. Deshalb wollen wir 2010 den ersten ausgeglichenen Landeshaushalt. Wir wollen dann gleichzeitig mit der Rückzahlung der aufgehäuften Schulden beginnen.

Herr Jüttner hat in seiner Rede gesagt - und es ist wichtig, herauszuarbeiten, dass es zwischen der bürgerlichen Mehrheit und der linken Opposition in diesem Hause auch Unterschiede gibt -, das strikte Neuverschuldungsverbot sei fahrlässig. Wir argumentieren anders: Es ist fahrlässig gewesen, dass die SPD in den letzten Jahren, insbesondere zwischen 1990 und 2003, Milliarden von Schulden ge-

macht hat. Schulden sind Zinsen, und die nächstfolgende Generation muss die Zinsen zurückzahlen.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Deshalb ist das Ziel der „Nettoneuverschuldung null“ nicht fahrlässig, sondern fahrlässig sind diejenigen, die entgegengesetzt handeln, obwohl sie genau wissen, wie süß und gefährlich das Gift der Verschuldung ist.

Ein weiteres Ziel ist, den Pensionsfonds für alle neu eingestellten Beamten ab 2010 aufzubauen. Wir wollen mit der Rückzahlung der bis dahin auf über 53 Milliarden Euro aufgetürmten Schulden beginnen. Wir wollen auch ein Neuverschuldungsverbot - ja, am liebsten bundeseinheitlich im Rahmen der Debatte um die Föderalismusreform II. Wenn sich Bund und Länder dabei nicht einigen, dann wollen wir in Niedersachsen einen eigenen Anlauf unternehmen. Dafür müssten wir die Landesverfassung ändern. Dazu brauchen wir eine Zweidrittelmehrheit in diesem Hause. CDU und FDP sind sich in dieser Frage einig. Lieber Kollege Wenzel, ich glaube, auch bei den Grünen gibt es eine grundsätzliche Bereitschaft, an einem solchen Projekt mitzuarbeiten. Man wird dann sehen, ob sich bei den Sozialdemokraten die Vernünftigen durchsetzen oder diejenigen, die es für eine prima Leistung halten, neue Schulden zu machen, und dafür allen Ernstes auch noch Dank und Anerkennung einfordern.

Herr Jüttner, wenn Sie heute die Regierungserklärung gehalten hätten - immer im Konjunktiv formuliert -, dann hätten wir über den Finanzbereich in der Tat anders debattiert. Sie haben im Landtagswahlkampf versprochen, die Studienbeiträge wieder abzuschaffen, die Lernmittelfreiheit wieder einzuführen, die Sonderzuwendungen für Beamte wieder zu zahlen, das Volumen des kommunalen Finanzausgleichs zu erhöhen und die Anteile des Landes Niedersachsen an Volkswagen deutlich aufzustocken. Ich finde, einige dieser Forderungen sind - isoliert betrachtet - durchaus diskussionswürdig. Aber abgesehen davon, ob sie diskussionswürdig oder sinnvoll sind oder nicht, müssen sie vor allem eines sein, nämlich bezahlbar. Das war Ihr Problem im Wahlkampf: Sie haben allen alles versprochen, ohne auch nur im Ansatz einen seriösen Finanzierungsvorschlag zu unterbreiten. Die Umsetzung Ihrer Forderungen hätte in Gänze über 2 Milliarden Euro gekostet. Und da Sie keinen Finanzierungsvorschlag gemacht haben, heißt das,

dass die Nettoneuverschuldung um 2 Milliarden Euro hätte erhöht werden müssen. Dann würden wir heute nicht darüber diskutieren, ob wir es in 2010 zum ersten Mal schaffen, einen ausgeglichenen Landeshaushalt zu verabschieden. Wir hätten vielmehr darüber gesprochen, dass wir nicht nur 550 Millionen Euro neue Schulden machen, sondern bereits in den nächsten Jahren wieder auf eine Rekordneuverschuldung von 2,5 bis 3 Milliarden Euro kommen. Das ist der Unterschied. Auch deshalb sind Sie von den Menschen nicht gewählt worden.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Schulden zu machen ist intellektuell nicht anspruchsvoll. Meine Güte: Geld auszugeben, das man nicht hat, ist doch keine Kunst! Vor allem aber ist Schulden zu machen nicht nachhaltig und nicht generationengerecht. Es ist geradezu unverantwortlich.

(Zustimmung von Ingrid Klopp [CDU])

Ich sage Ihnen - auch wenn Sie stolzer Großvater eines Enkelsohns sind -: Auf Schuldenbergen können Kinder nicht spielen. Deshalb ist Ihre Politik so unverantwortlich gegenüber den nächstfolgenden Generationen in unserem Land.

(Starker Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Meine Damen und Herren, ich möchte nun etwas zum Thema Wirtschaft, Arbeit und Verkehr sagen. In den Bereichen, in denen wir als Landespolitik handeln können - wir wissen, dass wir nur in bestimmten Bereichen der Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik Gestaltungsspielraum haben -, werden wir in den nächsten Jahren nach wie vor eine klar wachstumsorientierte Politik betreiben. Wachstum und Wohlstand hängen eng miteinander zusammen. Dort, wo die Wirtschaft wächst, können bestehende Arbeitsplätze gesichert werden. Dort können auch neue entstehen. Wenn die Menschen Arbeit haben, dann erzielen sie Einkommen. Und wenn sie Einkommen erzielen, dann zahlen sie Steuern. Mit diesen Steuern können dann soziale Wohltaten finanziert werden, die insbesondere Sie von der Linken lauthals propagieren.

(Zurufe von der LINKEN)

Alles hängt miteinander zusammen. Deshalb ist es so wichtig, in unserem Land die bestmöglichen Rahmenbedingungen für Wirtschaftswachstum zu schaffen. Das war und ist und bleibt unser Ziel.

(Zustimmung bei der CDU)

Walter Hirche hat als Wirtschaftsminister und als stellvertretender Ministerpräsident heute Morgen ausführlich dargestellt, was wir vorhaben: Der Innovationsfonds soll bis 2011 auf 100 Millionen Euro aufgestockt werden. Spezielle Förderprogramme für Existenzgründer sollen aufgelegt werden. Wir wollen vor allem die Branchen in unserem Land stärken, die eine Zukunft haben: Automobilbau, Flugzeugbau, Schiffbau, Umwelttechnologie, Bio- und Medizintechnologie, chemische Industrie und natürlich unsere Land- und Ernährungswirtschaft - Niedersachsen ist Agrarland Nummer eins.

Wir wollen in diesem Land ein noch besseres Klima für Hightech und Forschung schaffen. Das beginnt bei den jungen Menschen. Deshalb freue ich mich, dass die Idee des Ministerpräsidenten Christian Wulff, in Hannover in 2007 eine IdeenExpo in enger Zusammenarbeit mit der Wirtschaft durchzuführen, zu einem so großartigen Erfolg geführt hat, und ich begrüße es ausdrücklich, dass wir uns jetzt vorgenommen haben, in Niedersachsen alle zwei Jahre eine IdeenExpo durchzuführen.

Herr Jüttner, Sie haben es 2007 zeitlich ja nicht einrichten können, bei der IdeenExpo vorbeizuschauen. Fast alle unsere Abgeordneten waren da. Sie können Ihnen in einem persönlichen Gespräch darüber berichten. Wenn man die begeisterten Gesichter der jungen Schülerinnen und Schüler gesehen hat, die von Hightech, von Forschung, von innovativen Produkten und Entwicklungen fasziniert waren, dann weiß man: Das ist der richtige Weg, junge Menschen für Hightech, Forschung und Technologie zu begeistern. Diese Generation soll zukünftig unseren wirtschaftlichen Wohlstand in Deutschland sichern. Deshalb wollen wir diesen Weg gehen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Ich möchte eine Anmerkung zur Arbeitsmarktpolitik machen. Wir setzen uns im Rahmen der Betreuung der Arbeitslosen dafür ein, dass das Optionsmodell über den 31. Dezember 2010 hinaus verlängert wird. Wir wollen prüfen, ob weitere Optionskommunen eingerichtet werden können, und dies in Verhandlungen mit dem Bund möglichst auch durchsetzen.

(Enno Hagenah [GRÜNE]: Dafür müssen Sie die Verfassung ändern!)

Die Ausgangslage, Herr Hagenah, ist seit dem Bundesverfassungsgerichtsurteil ziemlich klar. Bund und Länder müssen sich mit diesem Thema

ganz intensiv auseinandersetzen. Mir ist bewusst, dass es unterschiedliche Auffassungen darüber gibt, wer für die Betreuung der Arbeitslosen zuständig sein soll. Mir ist auch bekannt, dass es in den großen Städten, insbesondere in den kreisfreien Städten, in Niedersachsen parteiübergreifend Vorbehalte gibt. Das betrifft nicht nur sozialdemokratische Oberbürgermeister, sondern auch solche, die meiner Partei angehören. Deshalb sind wir für eine echte Wahlfreiheit. Es gibt viele Landkreise, die sehr erfolgreich sind. Und es gibt andere Landkreise, die ähnlich erfolgreich sein wollen. Die Landkreise sind doch zum Teil näher an den Menschen. Deshalb sagen wir: Im Zweifelsfalle und auch im Sinne bester Subsidiarität wollen wir eine möglichst breite Zuständigkeit für die Kommunen. Wir wehren uns gegen den zentralistischen Ansatz von Bundesarbeitsminister Olaf Scholz, der eine riesige Mammutbehörde, nämlich die Bundesagentur für Arbeit, alleine zuständig machen will. Das deckt sich nicht mit unseren Vorstellungen von Staat und Gesellschaft.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Wichtig ist, dass diejenigen Landkreise und Städte, die optiert haben, schnellstmöglich Planungssicherheit bekommen. Denn natürlich gilt es, jetzt auch die hochqualifizierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu halten. Ich bin dem Niedersächsischen Landkreistag sehr dankbar, dass er sich an die Fraktionsvorsitzenden gewandt hat, um im Rahmen dieser Debatte auf sein Anliegen aufmerksam zu machen.

Zu den Rahmenbedingungen der Wirtschaftspolitik gestatten Sie mir noch zwei Anmerkungen. Die Küste unseres Landes ist viele Jahrzehnte eher ein Sorgenkind gewesen. Wir haben an der Nordseeküste nach wie vor die höchsten Arbeitslosenquoten in Westdeutschland, allen voran in Wilhelmshaven und Bremerhaven. Aber ich meine - da teile ich die Auffassung von Minister Hirche -, die Küste hat die Chance, jetzt eine Entwicklung zu nehmen wie seit 1945 nicht. Die Globalisierung bedeutet letztlich weltweiten Warenaustausch. Damit wird die Küste automatisch aufgrund ihrer geografischen Lage besonders profitieren. Wir wollen die Küste im Rahmen eines einheitlichen Wirtschaftssystems Deutsche Bucht sozusagen als Achse, wie es Walter Hirche immer formuliert, von Hamburg bis Emden zu einer leistungsstarken Wirtschaftsachse des Landes ausbauen. Das heißt, wir werden in den nächsten Jahren Hunderte von Millionen Euro in unsere Häfen investieren: in Cuxhaven, in Stade-Bützfleth, in Brake, in Emden

und natürlich allen voran beim JadeWeserPort. Herr Jüttner, ich muss sagen, das war eine weitere Enttäuschung in Ihrer Ansprache.

(Dr. Philipp Rösler [FDP]: Ganz genau!)

Der JadeWeserPort ist die größte Investition der letzten Jahrzehnte in unserem Bundesland.

(Zuruf von der SPD: Und Sie kriegen es nicht hin!)

Der JadeWeserPort ist unser gemeinsames Anliegen. Die alte SPD-Regierung hat ihn angeschoben. Sie hat sich um die Finanzierung nicht mehr ganz kümmern können. Das haben wir dann mit erledigt. Aber wir haben es gemeinsam fortgesetzt. Der JadeWeserPort ist kein schwarzer Hafen, kein gelber Hafen, er ist auch kein roter oder grüner Hafen.

(Wolfgang Jüttner [SPD]: Er ist bisher leider noch gar kein Hafen!)

Er ist unser gemeinsamer Hafen. Sie haben - bis zur Wahl konnte man das ja noch als Wahlkampf eines verzweiferten Oppositionsführers abtun - auch heute wieder versucht, parteipolitischen Klamauk auf Kosten des JadeWeserPorts zu machen.

(Björn Thümmler [CDU]: So ist es!)

Das ist nicht in Ordnung. Hören Sie auf, den JadeWeserPort schlecht zu reden!

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Wir warten im Eilverfahren vor dem Oberverwaltungsgericht Lüneburg - ich betone: Eilverfahren - mittlerweile elf Monate auf eine Entscheidung über die Klage gegen den Sofortvollzug des Planfeststellungsbeschlusses. Ich darf Ihnen versichern, Herr Jüttner, sobald wir Klarheit durch das OVG haben, werden wir auch mit dem Bau beginnen. Erste bauvorbereitende Maßnahmen sind bereits im Gange. Ich bitte nochmals, falls Sie dazu noch bereit sind, darüber nachzudenken, ob Sie wirklich klug beraten waren, diese Art und Weise der Politik zu machen.

Im Übrigen freue ich mich ganz besonders, dass mein Kollege Dr. Uwe Biester den früher sehr stark SPD-geprägten Wahlkreis Wilhelmshaven am 27. Januar direkt gewonnen hat. Lieber Uwe, herzlichen Glückwunsch!

(Lebhafter Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Der Ausbau der Häfen ist das eine. Ohne vernünftige Hinterlandanbindungen werden die Häfen nicht zu entsprechenden Erfolgsgeschichten werden können. Da greife ich durchaus auf, was Sie gesagt haben, Herr Jüttner - Ihr Genosse Tiefensee ist ja der zuständige Verkehrsminister -, und auch einen Gedanken, den Walter Hirche heute Vormittag vorgetragen hat: Nachdem in den 80er-Jahren vor allem der Süden und aus naheliegenden Gründen in den 90er-Jahren der Osten unseres Landes beim Ausbau der Verkehrsinfrastruktur profitiert hat, müssen wir, glaube ich, insgesamt im Norden - in Schleswig Holstein, Hamburg, Bremen, Niedersachsen und Mecklenburg-Vorpommern - dem Bund deutlich machen, dass die Hinterlandanbindungen der Häfen eine nationale Aufgabe sind, die die Bundespolitik noch mehr in den Blick nehmen muss. Wir als Norddeutsche sagen jetzt hoffentlich parteiübergreifend: Liebe Bundesrepublik Deutschland, jetzt ist der Norden dran beim Ausbau der Verkehrsinfrastruktur! Wir erwarten, dass Herr Tiefensee seine Versprechungen einhält.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Das heißt konkret: Ausbau der A 1, Ausbau der A 7, Ausbau der E 233, Planung und Neubau einer festen Elbquerung im Rahmen der A 20, Planung und Bau der Küstenautobahn A 22 sowie der A 39 von Lüneburg nach Wolfsburg.

(Stefan Wenzel [GRÜNE]: Wolkenkuckucksheim! So viel Geld können Sie gar nicht bewegen!)

Das gilt für den Bau der A 26 wie für den Lückenschluss der A 33 zur A 1.

Es geht aber genauso auch um die großen Schienenprojekte: Ein drittes Gleis zwischen Lüneburg und Stelle, ein zweites Gleis auf der ICE-Strecke zwischen Braunschweig und Gleidingen und die Elektrifizierung und der zweigleisige Ausbau der Strecke Oldenburg-Wilhelmshaven, um den JadeWeserPort vernünftig anzubinden.

Herr Minister Hirche, ein Aspekt der Koalitionsvereinbarung ist uns Christdemokraten ganz besonders wichtig. Wir haben formuliert: Wir treten ein für eine Ertüchtigung der nicht bundeseigenen Eisenbahnen. - Ich halte das für ganz wichtig, weil es die Bereitschaft von OHE, EVB und anderen gibt, auch ihr Gleisnetz zur Verfügung zu stellen, um weitere Güterverkehre aufzunehmen. Ich finde, diese Aussage im Koalitionsvertrag sollte man sehr dick unterstreichen, um deutlich zu machen: Wir

sind im Zweifelsfall auch bereit, Bundesgelder, die uns zustehen, an diese privaten, nicht bundeseigenen Eisenbahnen weiterzuleiten.

Wir wünschen uns bei allen Infrastrukturvorhaben in unserem Land - sei es beim Bau der Justizvollzugsanstalt in Bremervörde, sei es bei weiteren Hafeninvestitionen in Cuxhaven oder beim Bau von Autobahnen - eine Nutzung projektbezogener Finanzierungsinstrumente, neudeutsch „PPP“ oder besser auf Deutsch „ÖPP“, also im Rahmen von Öffentlich-Privater Partnerschaft bzw. Public Private Partnership.

Ein weiteres Argument: die Energiepolitik. Es ist wichtig, herauszuarbeiten, dass es Unterschiede zwischen der bürgerlichen Mehrheit in diesem Haus und der linken Opposition gibt. Niedersachsen ist Industriestandort. Weil Niedersachsen Industriestandort ist, brauchen wir eine verlässliche Energieversorgung. Die Energiepolitik muss sich nach drei Kriterien richten: Wirtschaftlichkeit, Sicherheit, Umweltverträglichkeit. Das heißt, wir sind bereit, in den nächsten Jahren unser sehr ambitioniertes Ziel anzupacken, bis 2020 einen Anteil von 25 % erneuerbarer Energien zu realisieren. Wir werden in den nächsten Jahren einen massiven Ausbau der Offshorewindenergie erleben, worin wir uns hoffentlich alle einig sind, Herr Kollege Wenzel. Aber in diesem Zusammenhang: Wir sind uns immer einig, wenn es darum geht, Offshorewindenergieanlagen in der Nordsee jenseits der 12-Seemeilen-Zone zu errichten. Aber natürlich braucht ein solch massiver Ausbau der Windenergie auch zusätzliche Leitungskapazitäten.

(Björn Thümler [CDU]: Sehr richtig!)

Das ist die Unehrlichkeit beispielsweise der Grünen. Sie sind für Offshorewindenergie. Aber wenn es darum geht, neue Stromtrassen zu planen, sind Sie die Ersten, die dagegen demonstrieren.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP -
Dr. Philipp Rösler [FDP]: Einer muss es mal sagen!)

Das ist die Heuchelei der Grünen, die mich stört.

Aber selbst wenn wir bis 2020 einen Anteil von 25 % erneuerbarer Energien erreichen, müssen immer noch 75 % anderweitig bereitgestellt werden. Deshalb treten wir in unserer Koalitionsvereinbarung ausdrücklich für einen technologieoffenen Energiemix aus erneuerbaren Energien, nach wie vor fossilen Energieträgern wie Kohle und Gas sowie der Kernenergie ein. Ich erwarte, dass wir in den nächsten Jahren eine ehrliche Debatte nicht

nur in diesem Hause, sondern weit darüber hinaus in diesem Land darüber führen, wie wir die ehrgeizigen Klimaschutzziele, CO₂-Emissionen zu reduzieren, erreichen wollen. Auf der anderen Seite gibt es auch einen parteiübergreifenden Konsens, dass wir von der Abhängigkeit von Öl und Gas weg müssen. In diesen beiden Punkten gibt es ja Konsens zwischen den Parteien. Darin ist man sich einig. Aber gleichzeitig läuft man Sturm gegen die saubersten und effizientesten Kohlekraftwerke, die es auf der Welt gibt. Auf der einen Seite ist man gegen Kohlekraftwerke - das kann man von mir aus ja sein -, auf der anderen Seite ist man gleichzeitig für einen noch schnelleren Ausstieg aus der Kerntechnologie. Meine Damen und Herren, das passt von vorne bis hinten nicht zusammen. Sie gefährden mit einer solchen Politik den Energie- und Industriestandort Niedersachsen.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Ich wünsche mir eine offene Debatte in diesem Land,

(Stefan Wenzel [GRÜNE]: Sie dürfen aber nicht nur mit den großen Konzernen reden, Herr McAllister!)

bei der wir auch auf die Arbeitgeberverbände, auf die Industrie- und Handelskammern und auch auf die Gewerkschaften setzen, beispielsweise auf die IG BCE. Wir müssen uns in unserem Land darüber Gedanken machen, dass unser Wohlstand eng damit zusammenhängt, dass wir Industriestandort sind. Dass wir Industriestandort sind, hängt eng damit zusammen, dass wir bisher zuverlässig Energie zu bezahlbaren Preisen liefern konnten.

(Stefan Wenzel [GRÜNE]: Und dass wir vernünftig mit Energie umgehen!)

Wer an der Energieschraube dreht, wer dafür Sorge trägt, dass die Energieversorgung nicht mehr sicher ist oder unbezahlbar wird, der gefährdet den Industriestandort und damit wiederum den Wohlstand in unserem Land. Das führt wiederum zu weiteren Kürzungen bei Sozialmaßnahmen, Herr Dr. Sohn.

(Björn Thümler [CDU]: Sehr richtig!)

Eines hängt mit dem anderen zusammen. Diese energiepolitische Debatte ist überfällig. Ich halte sie geradezu für eine Schicksalsfrage für die wirtschaftliche Zukunft unseres Landes.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Meine Damen und Herren, ich möchte drittens einige Anmerkungen zum Thema Bildung und Familie machen. Dazu ist heute Morgen bereits sehr viel gesagt worden. Kinder sind unsere Zukunft. Wir wollen jungen Menschen Mut machen, sich wieder mehr für Kinder zu entscheiden. Dazu brauchen sie die Wahlfreiheit, um ihr Leben eigenverantwortlich zu gestalten. Herr Jüttner, Politik hat jungen Eltern nicht vorzuschreiben, wie sie ihr Leben zu gestalten haben.

(Zustimmung von Gesine Meißner
[FDP])

Das sollen die jungen Menschen selbst entscheiden. Die jungen Väter wie auch die jungen Mütter sollen selbst entscheiden, ob sie nach der Geburt ihrer Kinder einige Zeit zu Hause bleiben oder ob sie gleich wieder in den Beruf gehen. Manche wollen das, manche müssen das auch. Die Politik hat das nicht zu kommentieren. Beide Lebensentwürfe sind absolut gleichberechtigt. Aber die Politik hat die Rahmenbedingungen zu setzen, damit die Wahlfreiheit nicht nur theoretisch, sondern auch praktisch möglich ist.

Es ist unbestritten: Wir haben in Deutschland einen großen Nachholbedarf, wenn es um die frühkindliche Erziehung, Bildung und Betreuung geht.

(Johanne Modder [SPD]: In Niedersachsen! - Wolfgang Jüttner [SPD]:
Jahrelang gepennt!)

- Herr Jüttner, was heißt „jahrelang gepennt“?

(Wolfgang Jüttner [SPD]: Das ist ein
falsches Familienbild!)

- Ich habe zwischen 1998 und 2005 keine Initiativen von der rot-grünen Bundesregierung erlebt. Erst seit Frau von der Leyen Familienministerin ist, ist das in Deutschland Thema geworden.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Man kann ja ein Defizit auch einmal gemeinsam parteiübergreifend einräumen. Das ist so eines. Hier liegen wir im internationalen Vergleich weit hinten. Das ist völlig unbestritten. Deshalb wollen wir in Niedersachsen unseren Beitrag dazu leisten, bis 2013 die Betreuungsquote von 35 % durch den Ausbau von Krippenplätzen zu erreichen, aber nicht nur mit Krippenplätzen. Gerade im ländlichen Raum - Niedersachsen ist zu großen Teilen ländlicher Raum - sind die Tagesmütter und Tagesväter eine ganz wichtige Ergänzung des Betreuungssystems.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Wir wollen unseren Beitrag dazu leisten. Der Bund gibt Geld. Das Land muss kofinanzieren. Natürlich sind auch die Kommunen gefordert.

Heute Nachmittag haben wir die Nachricht erhalten: Die Große Koalition, Frau von der Leyen und Herr Steinbrück, hat sich verständigt. Ab 2013 wird es einen Rechtsanspruch auf Betreuung für die Null- bis Dreijährigen geben. Das ist ein richtiger Schritt.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Meine Damen und Herren, selbst wenn wir 2013 eine Betreuungsquote von 35 % haben, werden umgekehrt noch immer 65 % der Eltern die frühkindlichen Erziehungs- und Betreuungsplätze nicht in Anspruch nehmen. Im Hinblick auf die Wahlfreiheit und die Vorgabe, dass die Politik den jungen Menschen keine Vorschriften zu machen hat, halte ich es für sehr angemessen, dass dann diese Wahlfreiheit in beiden Richtungen gilt.

Herr Jüttner, ich bin aufgrund meiner eigenen Lebenssituation zurzeit sehr viel mit jungen Eltern zusammen, häufig mit jungen Müttern, aber auch mit jungen Vätern, die nach der Geburt ihres Kindes ganz bewusst entschieden haben, sie möchten sich erst einmal für eine ganz bestimmte Zeit ausschließlich um die Erziehung ihrer Kinder kümmern. Ich finde, diese Eltern leisten eine ganz wichtige gesellschaftspolitische Arbeit. Sie verdienen genauso Dank und Anerkennung wie alle anderen Eltern. Wir haben die Lebensentwürfe der Eltern in der Politik nicht zu kommentieren. Beide sind uns gleich wichtig.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Es geht nicht nur um Dank und Anerkennung.

Übrigens, Herr Jüttner, habe ich mir das neue Grundsatzprogramm der SPD angeschaut. Das ist dieses Programm, in dem Sie sich zum demokratischen Sozialismus bekennen.

(Zustimmung bei der SPD und bei der
LINKEN)

- Sie sehen ja schon, woher der Applaus kommt. Ich glaube, die SPD und die Linkspartei sind noch die einzigen beiden Parteien, die es in Europa gibt, die sich in ihrem Programm zum demokratischen Sozialismus bekennen. Wer noch? Sagen Sie es mir einmal!

(Jörg Bode [FDP]: DKP!)

Raúl Castro? Genau, die Kubaner sind auch noch dabei. Aber sehr viel mehr habe ich nicht gefunden.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU und bei der FDP)

In diesem Grundsatzprogramm der SPD steht mit keinem einzigen Satz etwas über die Anerkennung der erzieherischen Arbeit von Eltern. Ich sage Ihnen eines: Krippenausbau und Ausbau der Betreuungsplätze sowie Betreuungsgeld gehören zusammen, weil nur beide tatsächlich die Wahlfreiheit für die jungen Eltern garantieren.

Herr Tanke, Sie brauchen jetzt gar nicht mit dem Kopf zu schütteln. Sie kennen wahrscheinlich noch nicht den neuesten Stand: Herr Steinbrück und Frau von der Leyen haben sich heute Mittag darauf verständigt, dass im Bund ab 2013 das Betreuungsgeld eingeführt wird. Frau von der Leyen hat sich durchgesetzt. Wir stehen zur Großen Koalition.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP - Ursula Helmhold [GRÜNE]: Frau von der Leyen hat sich durchgesetzt? Die wollte das doch nie! Das ist Dialektik!)

Meine Damen und Herren, wir wollen bis 2013 alle drei Kindergartenjahre beitragsfrei stellen. Das ist das finanzpolitisch ambitionierteste Ziel dieser Regierungskoalition. Das wird viel Arbeit bedeuten. Das ist finanziell zwar schwer zu wuppen, aber wir halten es für einen sinnvollen Beitrag, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu verbessern und die frühkindliche Bildung zu stärken.

Zur Schulpolitik hat Minister Hirche heute Morgen alles Wesentliche gesagt. Wir werden in den nächsten Monaten und Jahren sicherlich noch einige schulpolitische Debatten in diesem Hause führen.

Herr Jüttner, ich möchte Ihnen nur eines deutlich machen und Ihnen widersprechen, weil Sie da offensichtlich einer Fehleinschätzung unterlegen sind:

(Dr. Philipp Rösler [FDP]: Nicht die einzige!)

Wir haben vor der Wahl gesagt, wir werden das strikte Errichtungsverbot für neue Gesamtschulen lockern. Wir haben vor der Wahl bestimmte Sachen angekündigt, und wir werden das nach der Wahl auch tun. Ich darf Ihnen hier nochmals mitteilen, damit Sie aufhören, falsche Behauptungen aufzustellen: Wir werden in enger Zusammenarbeit

mit der neuen Kultusministerin Frau Heister-Neumann noch vor der Sommerpause einen Gesetzentwurf zu diesem Punkt vorlegen. Wir sagen: Dort, wo der Schulträger es mehrheitlich wünscht, dort, wo es die Eltern mit qualifizierter Mehrheit möchten, und dort, wo das bewährte gegliederte Schulangebot nicht gefährdet wird, wird das Land Niedersachsen weitere Gesamtschulen zulassen. Wir haben das vor der Wahl gesagt und werden es nach der Wahl umsetzen.

(Stefan Wenzel [GRÜNE]: Hoffentlich geht das nicht wie bei der Landeshwahlkommission!)

Herr Jüttner, am 27. Januar sind Sie mit einer Schulpolitik angetreten, ebenso die Grünen und die Linken: Flächendeckende Einheitsschule für alle!

(Dr. Manfred Sohn [LINKE]: Gesamtschule! Das ist etwas anderes! Das ist nicht eine Soße!)

- Einheitsschule, Gesamtschule, es ist egal, ob wir das Kind nun „Gesamtschule“ oder „Einheitsschule“ nennen. Grüne und Linke sind mit dem Ziel, die Gesamtschule einzurichten, offen angetreten. Die Sozialdemokraten haben es verdeckt gemacht. Aber eines hat der 27. Januar doch beeindruckend gezeigt:

(Wilhelm Heidemann [CDU]: Jetzt hört gut zu!)

Die Mehrheit der Eltern will Ihre Schulpolitik nicht; denn wenn es so gewesen wäre, dann müssten Sie ja eine Mehrheit in diesem Hause haben.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Ich weiß nicht, ob wir Erfolg haben werden. Aber wir bieten Ihnen an, den schulpolitischen Streit, insbesondere den ideologisch motivierten Streit der 70er-Jahre über Schulstrukturen, in diesem Land zu beenden.

(Karl-Heinz Klare [CDU]: Das wird aber schwer, Herr Jüttner!)

Denn Sie merken doch: Den Eltern geht es um die Qualität des Schulunterrichts, aber nicht um die langatmigen Schulstrukturdebatten.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Damit können Sie vielleicht noch einen Kreisverband der Linken oder eine GEW-Delegiertenversammlung in Wallung bringen. Ansonsten hat die

große Mehrzahl insbesondere der Eltern Ihrer Schulpolitik eine ziemlich deutliche Quittung erteilt.

Meine Damen und Herren, zur Integrationspolitik, zu Fragen der inneren Sicherheit, zu Fragen von Bildung und Ausbildung könnte ich jetzt viel sagen. Ich möchte mich aber aus Zeitgründen beschränken, indem ich alles das, was in der Regierungserklärung und im Koalitionsvertrag steht, vorbehaltlos unterstreiche. Wir werden noch viele Gelegenheiten haben, über diese Themen zu sprechen.

Ich möchte abschließend jedoch noch etwas zur Umweltpolitik sagen. Das ist uns ganz wichtig:

(Ursula Helmhold [GRÜNE]: Deshalb hat auch die FDP das Amt gekriegt!)

Das Nachhaltigkeitsprinzip steht bei CDU und FDP im Mittelpunkt. Ökologische, ökonomische und soziale Belange werden gleichermaßen berücksichtigt. Es gilt, die natürlichen Lebensgrundlagen im Interesse künftiger Generationen zu schützen.

Ich will hier ausdrücklich jemanden erwähnen, einen Minister dieser Landesregierung, der in den letzten Jahren von Teilen der Opposition in beispielloser Art und Weise verletzend mit Häme und Spott überzogen worden ist, nämlich unser Umweltminister Hans-Heinrich Sander. Lieber Hans-Heinrich, wir freuen uns, dass du wieder Umweltminister geworden bist. Wir wünschen dir bei allen wichtigen Entscheidungen in den nächsten Jahren eine glückliche Hand.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Herr Jüttner, Herr Wenzel, gerade Sie haben es ja nicht unterlassen können, ständig Herrn Sander auch persönlich anzugreifen. Wie häufig haben wir in diesem Landtag - - -

(Oh! bei der SPD)

- Ich sage das jetzt ganz bewusst als Christdemokrat, um auch deutlich zu machen, dass eine Koalition nicht nur eine Sonnenscheinkoalition ist, sondern dass CDU und FDP auch dann, wenn man politisch unter Druck steht, so freundschaftliche und faire Partner sind, dass Sie schon gar nicht in der Lage sind, uns auch nur im Ansatz in Schwierigkeiten zu bringen.

Was ich aber deutlich machen will, ist: Wie viele Male haben wir in diesem Landtag über die angebliche Abholzaktion im Nationalpark Elbtalau von Herrn Sander diskutiert?

(Ursula Helmhold [GRÜNE]: Wieso? Hat er die Säge in der Hand gehabt oder nicht?)

Sie haben über die Umweltverbände sogar versucht, ein EU-Vertragsverletzungsverfahren in die Wege zu leiten. Ich will es hier für alle noch einmal zum Mitschreiben deutlich sagen: Die Europäische Union hat das Vertragsverletzungsverfahren ohne jegliche Auflagen eingestellt.

(Wolfgang Jüttner [SPD]: Nachdem er klein beigegeben hatte!)

Das ist ein Freispruch erster Klasse. Ich finde, es wäre das Mindeste, dass Sie sich jetzt auch einmal öffentlich für die ungeheuerlichen Unterstellungen gegenüber Minister Sander entschuldigen.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Meine Damen und Herren, Herr Präsident, abschließend noch einmal zur Opposition. Herr Jüttner, ich habe Respekt vor Ihrer Leistung - ich sage das ohne jegliche Ironie und Häme -, dass Sie sich bereiterklärt haben, die SPD in einer wahrlich nicht einfachen Situation in die Landtagswahl am 27. Januar 2008 zu führen. Sie haben, wie gesagt, das schlechteste Ergebnis in der Geschichte Niedersachsens erzielt: 30,3 %, und das in einem einst eher sozialdemokratisch geprägten Land. Ich sagte es bereits: Hinrich Wilhelm Kopf, Georg Diedrichs, Alfred Kubel, Gerhard Schröder und andere.

Aber, Herr Jüttner, Sie tragen die Verantwortung für diese Niederlage nur zu 50 %; denn Sie waren nicht alleine. Diese Debatte wird jetzt natürlich bei Ihnen auch an der Parteibasis geführt. Ich zitiere aus dem Newsletter eines SPD-Ortsvereins, erschienen zwei Tage nach der Landtagswahl. Da schreibt der Ortsvereinsvorsitzende in seinen einleitenden Sätzen:

„Wen wird man verantwortlich machen? Denjenigen, der die Kandidatur und die Arbeit auf sich genommen hat, als man ihn in die Pflicht genommen hat? Oder doch eher denjenigen, der sich vor seiner Kandidatur gedrückt hat, um eine Niederlage zu vermeiden? Der Landesvorstand wird sich hierzu ausführlich Gedanken machen müssen.“

In der Tat, Herr Jüttner, Sie sind nicht allein. Ihr Landesvorsitzender, Herr Duin, trägt genauso Verantwortung für diese Wahlniederlage. Sie haben

den Wahlkampf gemeinsam konzipiert. Deshalb müssen Sie sich auch - da kann sich Herr Duin nicht seiner Verantwortung entziehen - gemeinsam der Verantwortung stellen.

Herr Jüttner, ich kann mir vorstellen, wie Ihnen in den Wochen nach der Wahl zumute war. Der Sieg hat viele Väter, die Niederlage

(Zurufe: Hat nur Mütter!)

ist ein Waisenkind. Das muss Sie natürlich schmerzen, Herr Jüttner, wenn Sie in der *Ostfriesen-Zeitung* vom 8. Februar 2008 über das traditionelle Matjesessen der SPD in Wybelsum bei Emden lesen müssen - eine Veranstaltung, die Sie in bester Erinnerung haben müssten. Da schreibt die *Ostfriesen-Zeitung* über die programmatische Ansprache Ihres Landesvorsitzenden Duin:

„Wir waren inhaltlich zu schmal aufgestellt“, sagt Garrelt Duin und jeder im Saal weiß, was er meint: Die SPD war in diesem Wahlkampf neben der Spur.“

Gemeinsam angetreten, gemeinsam den Wahlkampf konzipiert, gemeinsam in die Niederlage gegangen und dann diese ersten Absatzbewegungen. Ich kann mir vorstellen, dass das schmerzt. Jetzt beginnt natürlich die Debatte in Ihrer Partei.

(Dr. Gabriele Andretta [SPD]: Schön, dass er uns tröstet! - Detlef Tanke [SPD]: Ganz ohne Häme!)

So sagt der Juso-Landesvorsitzende Wiard Siebels, neuer Kollege bei uns im Hause, in der *Neuen Presse* am 9. Februar 2008 - ich zitiere -: Im Bereich der Wirtschaftskompetenz und bei den Finanzen müssen wir deutlicher nach außen in Erscheinung treten. Zudem sei es nicht erfolgreich, nur zu meckern und zu sagen, was die anderen alles falsch machten. Die SPD-Fraktion müsse zeigen, wie sie es besser machen wolle.

(Zustimmung bei der CDU)

Ein bemerkenswertes Zitat, Herr Siebels, finde ich. Übrigens ist es erstaunlich: Die Jusos fordern mehr Wirtschafts- und Finanzkompetenz von der SPD. Herr Jüttner, wie sich die Zeiten mittlerweile geändert haben!

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Also, lieber junger Kollege Siebels, ich teile Ihre Analyse. Ich glaube, der Oppositionsführer, Ihr Noch-Fraktionsvorsitzender, hat sich heute im

Rahmen seiner Ansprache noch nicht so ganz an Ihren Rat gehalten. Das war doch ganz überwiegend eher Meckern und Miesmachen. Aber vielleicht werden Sie in den nächsten Wochen und Monaten mit Ihren Argumenten noch durchdringen.

Herr Jüttner, was ich Ihnen vorwerfe, d. h. nicht ich, sondern die Sozialdemokraten, insbesondere diejenigen Abgeordneten, die in den Wahlkreisen nicht hereingekommen sind, die vielen Enttäuschten, die werfen Ihnen vor, dass Sie die Mitte geräumt haben, dass Sie die SPD ganz nach links gerückt haben. Herr Jüttner, Sie sollten es einräumen: Mit Ihrer Kampagne für einen gesetzlichen Mindestlohn haben Sie die SPD geschwächt und die Linke gestärkt. Jetzt ist der worst case eingetreten: Sie sitzen im wahrsten Sinne des Wortes eingequetscht zwischen Grünen und Linken. - Da sehe ich schon, wie Herr Dr. Sohn sich freut. - Wer die Linke so hochredet, der macht die Linke fett. Sie tragen eine große Mitverantwortung, dass wir eine fünfte Fraktion in diesem Landtag haben.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Herr Präsident, meine Damen und Herren, wir bieten den Oppositionsfraktionen von SPD und Grünen ein kollegiales Miteinander an. Es wird ja einige Projekte geben, beispielsweise Kinderschutz, Kinderrechte in die Verfassung oder auch das Neuverschuldungsverbot in der Landesverfassung, bei denen wir ohnehin zusammenarbeiten müssen. Ich biete insbesondere den Grünen, aber auch der SPD in Sachfragen eine gute Zusammenarbeit an.

Bei den Linken ist es so: Herr Dr. Sohn, Frau Flauger, wir respektieren das Wählervotum vom 27. Januar. Wir werden formal korrekt mit Ihnen geschäftsmäßig umgehen, dort, wo notwendig - nicht weniger, aber auch nicht mehr. Nun warten wir erst einmal ab, was Sie vorhaben und wie Sie hier auftreten. Bisher haben Sie einen klassischen Fehlstart hingelegt. Ich bin der Kollegin Wegner dankbar, dass sie als Erste die Maske hat fallen lassen und das wahre Gesicht der Linkspartei und ihrer Freunde gezeigt hat.

(Starker Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Wissen Sie, Herr Dr. Sohn, mich hat die Aufregung in Ihrer eigenen Fraktion, in Ihrer eigenen Landespartei in den Tagen nach den unsäglichen Aussagen von Frau Wegner überrascht;

(Dr. Manfred Sohn [LINKE]: Von Aufregung war da kaum etwas!)

denn Sie haben ja ganz bewusst Platz 9 der Landesliste für die Deutsche Kommunistische Partei reserviert. Ich bin dem NDR-Magazin *Panorama* dankbar dafür, dass es Frau Wegner diese Fragen gestellt hat, und ich bin Ihnen, Frau Wegner, fast dankbar dafür, dass Sie so ehrlich geantwortet haben. Aber ich frage natürlich Sie und insbesondere auch Ihren Landesvorsitzenden: Warum haben Sie diese Fragen eigentlich nicht mal vor der Listenaufstellung gestellt, und warum tun Sie anschließend so aufgeregt?

Aber Frau Wegner ist in guter Gesellschaft. Herr Dr. Sohn, ich habe hier etwas Interessantes in der Zeitschrift *Ossietzky* gefunden:

(Dr. Manfred Sohn [LINKE]: Das ist eine gute Zeitschrift! Die kann ich nur empfehlen!)

„Bewegung, Partei, Fraktion“. Ich will nur einen einzigen Satz aus Ihrer Feder zitieren. Da schreibt Herr Dr. Sohn, und zwar nicht vor langer Zeit, sondern im November 2006, also vor weniger als anderthalb Jahren:

„Als Hans Modrow - völlig zu Recht - die für *Bild*- und *FAZ*-Leser ungewohnte schlichte Wahrheit ausspricht, dass die DDR über 40 Jahre lang der friedlichere und sozial gerechtere Teil Deutschlands war,“

(Oh! bei der CDU)

„wird sofort die SED-Keule geschwungen und gefragt, ob denn jemand diese verkrustete, von Apparatschiks beherrschte Partei zurückhaben wolle.“

(Hans-Henning Adler [LINKE]: Krieg gegen Jugoslawien haben die da nicht geführt!)

- Herr Adler, in diesem Land gilt das Recht auf freie Meinungsäußerung, in diesem Hause gilt das Recht auf freie Meinungsäußerung. Daran werden Sie sich noch gewöhnen müssen!

(Starker Beifall bei der CDU und bei der FDP - Hans-Henning Adler [LINKE]: Herr McAllister, das Recht habe ich Ihnen nicht abgesprochen. Ich habe nur mein Recht zu einem Zwischenruf wahrgenommen!)

Herr Dr. Sohn, Ihre These, dass die DDR der friedlichere und sozialere Teil Deutschlands war, ist eine unerträgliche Geschichtsklitterung und eine Verhöhnung der Opfer der DDR. Ich sage hoffentlich für die ganz überwältigende Mehrheit in diesem Hause: Die DDR war *nicht* der friedlichere, sie war *nicht* der sozialere Teil Deutschlands. Es ist geradezu unerträglich, welche Parolen hier im Landtag mittlerweile vertreten werden.

(Starker, lang anhaltender Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Herr Präsident, meine Damen und Herren, CDU und FDP werden gemeinsam alles für eine gute und erfolgreiche Zukunft Niedersachsens tun. Die Regierungsarbeit von Christian Wulff und seinem ganzen Kabinett werden die Koalitionsfraktionen auch künftig konstruktiv begleiten und unterstützen. Wir machen vor allen Dingen Politik, die wirtschaftliche Vernunft und soziale Sensibilität verbindet. Wir machen Politik für die Schwachen in unserer Gesellschaft, die unsere Hilfe benötigen und darauf auch einen Anspruch haben. Wir machen aber ebenso Politik für diejenigen, die jeden Tag zur Arbeit gehen, die Steuern und Sozialabgaben zahlen und frei von staatlicher Bevormundung ihr Familienleben gestalten wollen. Wir machen Politik für diejenigen, die sich wünschen, dass sich Leistung wieder stärker bezahlt macht, und wir machen Politik für diejenigen, die auch bereit sind, für ihre Kinder und Enkelkinder, für eine gute Bildung und damit für eine gute Zukunft Verzicht zu üben. Wir machen auch Politik für die Menschen im Lande, die sich neben ihrer Arbeit ehrenamtlich für das Gemeinwohl engagieren und die Polizei eigentlich nur aus dem „Tatort“ kennen, weil sie gar nicht erst kriminell werden.

(Vizepräsident Dieter Möhrmann übernimmt den Vorsitz)

Das, meine Damen und Herren, ist die riesengroße Mehrheit in unserem Land, die Mitte unserer Gesellschaft. Und für die fühlen sich CDU und FDP ganz besonders verantwortlich.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Niedersachsen wird fünf weitere Jahre mit Christian Wulff, mit Ideen, Engagement und Begeisterung regiert. CDU und FDP nehmen diese Aufgabe mit Freude an - für die Menschen in unserem Land, für ein starkes Niedersachsen. Wir laden alle Niedersachsen ein, mit uns gemeinsam in eine Zukunft zu gehen.

Herzlichen Dank.

(Starker, nicht enden wollender Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Vizepräsident Dieter Möhrmann

Meine Damen und Herren, ich erteile in der Aussprache zur Regierungserklärung jetzt Herrn Stefan Wenzel von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen das Wort.

Stefan Wenzel (GRÜNE):

Herr Präsident! Sehr geehrten Damen und Herren! Herr McAllister, viel über die Vergangenheit, viel über andere, wenig über die Zukunft.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Aber bevor ich zum Thema komme, möchte ich von dieser Stelle aus Herrn Wulff auch unsere guten Wünsche zur Genesung übermitteln.

Was der Herr Stellvertreter hier heute vorgelesen hat, macht vor allem eines deutlich: Mit Ihrem Koalitionsvertrag macht diese Landesregierung den viel beschworenen Zauber des Beginns zu einem faulen Zauber des „Weiter so“.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Es bleibt dabei: Bei allem, was CDU und FDP tun, steht nicht die Zukunft des Landes im Mittelpunkt. Vielmehr geht es in erster Linie immer darum, den machtpolitischen Optionen des Ministerpräsidenten gerecht zu werden.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

So war auch Ihr gesamter Wahlkampf angelegt, Herr McAllister. Herr Wulff hat im vergangenen Jahr mehr Schlagzeilen mit Boulevard gemacht, es gab im Wahlkampf mehr Bilder von ihm und seiner Freundin als von ihm und seinen Ministerinnen und Ministern.

(Beifall bei den GRÜNEN - Heiner Bartling [SPD]: Ich verstehe, dass er mit seiner Freundin lieber zusammen ist!)

Der Ministerpräsident hat die Wahlen nicht Bildungs-, Finanz- und Wirtschaftsfachleuten gewonnen, sondern mit Marketingkonzepten und Werbekonzepten. Meine Damen und Herren, nichts für ungut: Das ist legitim. Aber was ist jetzt? Jetzt müssen Sie regieren.

(Jörg Bode [FDP]: Das machen wir auch!)

Da helfen Ihnen nicht Heinz-Rudolf Kunze und Wulff TV oder irgendwelche ähnlichen Geschichten.

(Jörg Bode [FDP]: Kein Neid!)

Der Ministerpräsident ist in den letzten Monaten durchs Land gezogen wie ein lachender Vagabund. Er hat uns von einer soliden wirtschaftlichen Entwicklung hierzulande erzählt und ein Bild gezeichnet, das schon kurz nach dem 27. Januar offenbar Geschichte war, meine Damen und Herren; denn da war Schluss mit lustig. Da haben es die Zahlen schwarz auf weiß bestätigt. Niedersachsen liegt bei der wirtschaftlichen Entwicklung im Bundesvergleich auf dem vorletzten Platz - sagt das Niedersächsische Landesamt für Statistik, nicht irgendwelche obskuren Zeitschriften, die Sie hier immer gerne zitieren. Das ist blamabel, und dafür tragen Sie auf der rechten Seite des Hauses die Verantwortung.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD - David McAllister [CDU]: Guck doch nicht so böse!)

Nach Antworten auf die zentralen politischen Herausforderungen unserer Zeit sucht man in Ihrem Regierungsprogramm vergeblich. Immerhin tauchen jetzt die Stichworte „Klimawandel“, „Globalisierung“ und „demografischer Wandel“ auf. Aber Antworten darauf, wie Sie den damit verbundenen Herausforderungen wirklich gerecht werden wollen, begegnet man nicht.

Wie lautet denn Ihre Antwort auf den Klimawandel mit all seinen ökologischen und ökonomischen Folgen?

(Ursula Helmhold [GRÜNE]: Ein neues Türschild!)

Wie lautet Ihre Antwort auf die Globalisierung mit ihren Auswirkungen auf Arbeitsplätze und Wettbewerbsfähigkeit niedersächsischer Unternehmen?

Wie lautet Ihre Antwort auf den demografischen Wandel und all seine Folgen für die soziale Sicherheit und die Lebensfähigkeit unserer Städte und Gemeinden?

Es gibt keine Antworten darauf. Deshalb sage ich: Ihr Koalitionsvertrag ist ein Bluff.

(Beifall bei den GRÜNEN sowie Zustimmung bei der SPD und bei der LINKEN)

Meine Damen und Herren, Ihre Zukunftspläne offenbaren Leerstellen von erschreckendem Aus-

maß. Ihre Bilanz ist in erster Linie die Fortschreibung des Status quo. Sie sind in dieser Beziehung keine gute politische Adresse. Statt neuer Inhalte präsentieren Sie uns neue Türschilder: eines für den Innenminister und eines für den Umweltminister. Bei beiden war die Glaubwürdigkeit offenbar so schwer ramponiert, dass die Fassade aufpoliert werden musste.

(Ulf Thiele [CDU]: Heiner Ehlen kriegt auch ein neues!)

Aber meinen Sie wirklich, Herr Thiele, dass irgendjemand hier im Land glaubt, dass im Klimaministerium jetzt Klimaschutz betrieben wird, wenn gleichzeitig die Förderinstrumente für die erneuerbaren Energien zerstört werden sollen?

(Beifall bei den GRÜNEN und Zustimmung bei der SPD)

Wer das Erneuerbare-Energien-Gesetz durch ein Quotenmodell ersetzen will - das hat die FDP im Wahlkampf immer wieder deutlich gemacht -, der macht den Boom bei Wind-, Sonnen- und Bioenergie kaputt.

(Christian Dürr [FDP]: Quatsch!)

Meinen Sie wirklich, dass sich die Menschen mit Migrationshintergrund besser von einem Integrationsminister vertreten sehen, wenn er gleichzeitig Familien abschiebt, die sich hier sehr gut integriert haben, die hier 16 Jahre gelebt haben, deren Kinder hier geboren sind und die gerne hier bleiben wollen?

(Beifall bei den GRÜNEN, bei der SPD und bei der LINKEN - Ulf Thiele [CDU]: Er hält sich an rechtsstaatliche Prinzipien!)

Beide Minister haben ihre Glaubwürdigkeit verspielt. Das ist zum Schaden für die Menschen und für das Land.

Für die Herausforderungen der Zukunft reichen keine neuen Türschilder. Sie, Herr Schünemann, als Verfassungsminister haben mehrfach Gesetze beschlossen, die die Verfassung verletzt haben. Das haben nicht nur wir aufseiten der Opposition so gesehen, sondern das haben auch Gerichte klipp und klar, schwarz auf weiß festgestellt. Gerade heute haben Sie, meine Damen und Herren von der Regierungskoalition, vom Bundesverfassungsgericht eine Ohrfeige für Ihre Pläne zur heimlichen Onlinedurchsuchung bekommen.

(Ulf Thiele [CDU]: Sie haben das Urteil nicht gelesen!)

- Ich habe das sehr wohl gelesen.

(Ulf Thiele [CDU]: Haben Sie nicht! Da steht nämlich drin, dass es möglich ist, eine Onlinedurchsuchung durchzuführen! - Gegenruf von Ursula Helmhold [GRÜNE]: Herr Thiele, kümmern Sie sich lieber um das Demokratieverständnis Ihrer Mehrheit! Die haut nämlich ab, wenn die Opposition spricht!)

Für die Herausforderungen der Zukunft, Herr Thiele, reicht auch keine Rochade zwischen Bildungs- und Justizministerium. Beim Schach ist eine Rochade manchmal sinnvoll, entweder weil man den Turm freispielen und gleichzeitig den König hinter einer gestaffelten Abwehr schützen will - das kann als früher Schachzug eine aktive Angriffsposition sein - oder wenn die eigene Hütte brennt und beim Chef das Muffensausen beginnt -

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der LINKEN)

dann kann der Tausch der Versuch sein, den König aus dem größten Getümmel herauszubekommen und etwas Zeit zu gewinnen.

(Björn Thümler [CDU]: Na, na, na! Etwas vorsichtig bitte!)

Ihre Personalrochade gehört zum zweiten Typ.

Im Kultusministerium riecht es mittlerweile mehr als angebrannt. Die Stärkung der Hauptschulen ist gescheitert. Das wissen auch Sie. Das war der Kern der Entscheidung, die hinter dieser merkwürdigen Rochade stand. Die Eltern flüchten mit ihren Kindern. Zurück bleiben Schulen mit Anmeldungen von zehn, acht oder gar nur vier Schülerinnen und Schülern. Aber selbst das hat die Herren Busemann und Rösler nicht davon abgehalten, das Projekt Hauptschule um jeden Preis halten zu wollen. Dafür waren Sie, Herr Rösler, offenbar sogar bereit, den freien Elternwillen zu opfern.

(Jörg Bode [FDP]: Das war doch glatt gelogen!)

Meine Damen und Herren, in dieser Lage bekam dann auch noch das Flaggschiff der konservativen Schulpolitik, das Gymnasium, plötzlich Schlagseite. Mit der Verkürzung der Schulzeit hatte man Kinder, Eltern und Lehrer so lange allein gelassen,

bis der Philologenverband - der Philologenverband, Herr Althusmann! -

(Ursula Helmhold [GRÜNE]: Der gilt nicht als revolutionär!)

schließlich forderte, dass wieder menschliche Zustände herbeigeführt werden müssten.

(Beifall bei den GRÜNEN sowie Zustimmung bei der SPD und bei der LINKEN)

Ihre G8-Reform ist genauso gescheitert wie Ihre Hauptschulpolitik. Zurück bleiben leider viel zu viele Kinder ohne Schulabschluss.

(Björn Thümler [CDU]: Das stimmt doch gar nicht!)

Meine Damen und Herren, wenn man heute in Unternehmen nach den wichtigsten Standortfaktoren fragt, die die Arbeitsplätze im Zeitalter der Globalisierung sichern, dann kommt als Antwort: Der wichtigste Standortfaktor sind die Ausbildung, die Qualifikation und die Kreativität meiner Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. - Viele Unternehmen in Niedersachsen klagen mittlerweile über Fachkräftemangel, obwohl wir nach wie vor eine viel zu hohe Arbeitslosigkeit haben. Hier liegt tatsächlich der Kern des Versagens dieser Landesregierung.

(Björn Thümler [CDU]: Falsch!)

An dieser Stelle hat sich ja auch Herr McAllister sehr zurückhaltend geäußert; viel hat man zu diesem Thema von ihm nicht gehört.

Mehr als 8 % aller Kinder eines Jahrgangs schicken Sie ohne Schulabschluss in die Welt. Ihre Schule diskriminiert Kinder aus Familien mit Migrationshintergrund. Fast 20 % dieser Kinder schicken Sie ohne Schulabschluss in die Welt. Fast 20 %! Das ist tatsächlich eine sozialpolitische Katastrophe,

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der LINKEN)

weil diese Jugendlichen nämlich kaum Chancen haben, einen vernünftigen Job zu finden. Das ist auch eine bildungspolitische Katastrophe, die das Versagen unserer Schulen dokumentiert.

Auch im Justizbereich, Herr Busemann, zeigen sich die verheerenden Folgen dieser verfehlten Bildungspolitik. Wenn in der Jugendstrafanstalt in Hameln zu mehr als 95 % Jugendliche ohne Schulabschluss sitzen, dann zeigt auch das, wohin

es führen kann, wenn eine Gesellschaft jungen Menschen jede Chance auf Teilhabe verweigert.

Vizepräsident Dieter Möhrmann:

Herr Wenzel, entschuldigen Sie! Erlauben Sie eine Zwischenfrage Ihrer Kollegin Frau Helmhold?

(David McAllister [CDU]: Was ist das denn?)

Stefan Wenzel (GRÜNE):

Gerne.

Ursula Helmhold (GRÜNE):

Herr Kollege Wenzel, finden nicht auch Sie es etwas befremdlich, dass, nachdem schon große Teile der rechten, selbst ernannten „bürgerlichen“ Mehrheit diesen Saal verlassen haben, diese Aussprache über die Regierungserklärung stattfindet, praktisch ohne dass die Vertreter der Regierung anwesend sind?

(Beifall bei den GRÜNEN, bei der SPD und bei der LINKEN - Ministerin Mechthild Ross-Luttmann erhebt sich von ihrem Abgeordnetenplatz)

Stefan Wenzel (GRÜNE):

Frau Kollegin, das ist in der Tat merkwürdig. Die Opposition ist deutlich besser präsent als die Regierungsfraktion.

(Dr. Philipp Rösler [FDP]: Körperlich, nicht geistig!)

Meine Damen und Herren, die Koalition bietet diesen Schülerinnen und Schülern, die ohne Schulabschluss die Schule verlassen müssen, keine Perspektiven. Hier ist ihre personalpolitische Rochade lediglich Symbol für Realitätsverweigerung. „Was soll das?“, titelt dann sogar die *Bild*-Zeitung am Tag nach diesem seltsamen Tauschgeschäft. Man kann es sich nur damit erklären, dass auch Frau Heister-Neumann in ihrem alten Ministerium ruiniert war. Gründlich missraten ist nicht nur die Justizreform, sondern auch das jüngste Gesetz zur Reform des Strafvollzugs.

(Beifall bei den GRÜNEN und Zustimmung bei der SPD)

Ich glaube, an dieser Stelle können Sie mir kaum widersprechen, Frau Heister-Neumann. Die Gerichte wurden lahmgelegt. Die Weihnachtspost der Gefangenen kam erst im Februar an. Wie man nun

ausgerechnet zu dieser Rochade kam, das bleibt wohl auf ewig das Geheimnis der Regierung Wulff.

Herr Hirche, im Vorspann und im Abspann Ihrer Regierungserklärung behaupten Sie, dass Sie moderne Politik machen würden. Aber wissen Sie, was heute modern ist? - Ich empfehle der CDU an dieser Stelle mehr Zeitungslektüre.

Die HAZ vom 20. Februar schreibt unter der Überschrift „Mehr Frauen in Aufsichtsräten gefordert“, die neue Präsidentin des Unternehmerinnenverbandes setze sich auch für leichteren Wiedereinstieg in den Beruf ein. - Mehr Frauen in Führungspositionen? Das wäre modern! Bei Schwarz-Gelb Fehlanzeige! Zwei Ministerinnen - mehr nicht.

Noch ein Beispiel für Modernität. Wieder ein Zitat aus der HAZ vom 20. Februar. Der Verein „Mehr Demokratie“ fordert von CDU und FDP, in ihren Koalitionsverhandlungen die Bedingungen für Bürgerentscheide in den Kommunen zu verbessern. - Mehr Demokratie? Das wäre modern! Bei Ihnen Fehlanzeige!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Was kann man daraus lernen? Über Modernität können Sie heute in der Zeitung an einem einzigen Tag mehr lesen als bei CDU und FDP in einem ganzen Jahr.

Wollen Sie noch ein Beispiel haben? Auch Sie haben das gelesen. Eine neue Untersuchung der Bertelsmann-Stiftung hat ermittelt, dass 55 % der Niedersachsen für den Nordstaat sind. Das wäre doch eine echte Herausforderung für einen engagierten Ministerpräsidenten. Dann könnten wir auch den unsinnigen Hafensubventionswettbewerb beenden und viel Verwaltung einsparen. Haben Sie vielleicht schon einmal darüber nachgedacht, wie viel innovatives Potenzial in einer solchen Option steckt? Das wäre modern. Aber für CDU und FDP ist auch das unwahrscheinlich. Angesichts der hasenfüßigen Koalitionsvereinbarung haben Sie sich mehr mit kleinteiligen Reformideen beschäftigt.

Auch Ihr Parteimitglied Hoffmann in Braunschweig wurde gleich wieder ausgebremst. Herr Schöneemann hat sofort Stoppschilder aufgestellt, damit niemand anfängt, darüber nachzudenken, ob alles, was Sie dort planen, zukunftsfähig ist.

Meine Damen und Herren, das neue Regierungsprogramm von CDU und FDP ist insgesamt von einer erstaunlichen Mutlosigkeit geprägt.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Im Finanzteil - ein Kernstück, wie Sie sagen, Herr McAllister - nur vage Versprechen. Alles, was im Wahlkampf als ganz sicher, was großspurig angekündigt wurde - Verschuldungsverbot, Pensionsfonds -, ist jetzt mit Prüfaufträgen versehen, mit Zeitlimits und kaum erfüllbaren Voraussetzungen verbunden.

Ich sage Ihnen eines: Keines Ihrer finanzpolitischen Versprechen wird erfüllt werden; auch dann nicht, wenn Sie die NORD/LB zum zweiten Mal verkaufen. Sie haben sie schon einmal an die HanBG verkauft. Sie werden sagen, dass die Lage an den Finanzmärkten schuld sei. Ich sage Ihnen: Das haben Sie schon vor der Wahl absehen können. Ich fürchte, dass Sie am Ende wirklich die Messe AG verkaufen, um Ihre Versprechungen zu retten. Wirtschaftspolitisch sinnvoll wäre das nicht. Im Gegenteil!

An den Universitäten, wo es um Forschung, Entwicklung und Innovation geht, kein Schritt nach vorn, keine Vorsorge für den doppelten Abiturjahrgang 2011, Herr Zielke; nur der fromme Wunsch - das ist fast der peinlichste Satz in der Regierungserklärung von Herrn Hirche und Herrn Wulff - an das ehrenamtliche Engagement der Professoren, sie möchten bitte mehr Lehrveranstaltungen zur Verfügung stellen,

(Beifall bei den GRÜNEN, bei der SPD und bei der LINKEN)

und ein Appell an die Ausbildungsbetriebe. Wollen Sie das wirklich die jungen Menschen ausbaden lassen? Das sind 70 000 bis 80 000 junge Menschen, die dann auf den Arbeitsmarkt drängen, die studieren wollen, die eine Ausbildung machen wollen. Wo ist Ihre Vorsorge? Ihre Regierungserklärung enthielt nichts, was hierfür wirklich eine Perspektive bietet.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Keine Perspektive für Studenten aus ärmeren Familien, die Probleme haben, die Studiengebühren zu bezahlen.

Gründlich missverstanden haben Sie auch die Betreuungsgutscheine, die in Hamburg einmal ausprobiert wurden. Das ist ein bürokratisches Monstrum, Herr Rösler, das Wahlfreiheit vorgaukeln soll.

(Beifall bei den GRÜNEN - Jörg Bode [FDP]: In welcher Welt leben Sie eigentlich?)

- Fragen Sie einmal die Hamburger!

In meinem Dorf gibt es nur einen Kindergarten. Da hilft auch ein Gutschein für einen anderen Kindergarten nicht weiter. Meine Damen und Herren, damit sind Sie auf dem Holzweg.

(Dr. Philipp Rösler [FDP]: Es gibt auch Tagesmütter!)

In der Umwelt- und Klimapolitik treten Sie wieder mit Herrn Sander an und erzählen uns das Märchen vom Klimaschutz durch Atomkraftwerke.

Zur Elbvertiefung - ein Thema, das doch eigentlich den Vorsitzenden der CDU-Fraktion umtreiben müsste, weil er aus Bad Bederkesa kommt - habe ich von Ihnen nichts gehört. Dazu habe ich auch in der Regierungserklärung von Herrn Hirche nichts gehört. Ich finde es schon ein bisschen merkwürdig, dass es um dieses Thema plötzlich so still geworden ist.

(Ursula Helmhold [GRÜNE]: Nach der Wahl! - Zuruf von David McAllister [CDU])

- Sie haben, glaube ich, noch ein bisschen Redezeit und können sich dazu noch zu Wort melden. - Zur Elbvertiefung kein Wort - das lässt Schlimmes befürchten.

Stattdessen will Herr Sander neue Talsperren bauen. Das sagt eigentlich alles, auch wenn wir wissen, dass Herr Sander nur noch zwei Jahre darf.

(Dr. Philipp Rösler [FDP]: Herr Jüttner!)

Wie Herr Sander Politik macht, zeigt allein schon der unwürdige Rausschmiss seines Staatssekretärs. Von wegen Politik mit den Menschen machen.

Im Zusammenhang mit FFH - um dieses Beispiel aufzugreifen, Herr Sander - mussten Sie einen Kotau vor der EU-Kommission machen und versprechen, dass Sie sich künftig an die Gesetze halten. Das haben Sie auch hier im Plenum schon einmal versprochen.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD - Ursula Helmhold [GRÜNE]: Darauf hat er sogar einen Eid geschworen!)

Nur so sind Sie Ihrer Strafe für das Kettensägenmassaker entgangen.

(Vizepräsident Hans-Werner Schwarz übernimmt den Vorsitz)

Weitermachen in Gorleben, Kohlekraftwerke, Autobahnen - Sie lassen nichts aus; was ist daran modern? -, als hätte es den UN-Klimabericht nie gegeben. Sie prangern falsche Subventionen für die erneuerbaren Energien an. Sie machen dort weiter, wo Sie aufgehört haben. Das wird uns teuer zu stehen kommen, weil ein Versagen in der Umwelt- und Klimapolitik auch ökonomisch ins Desaster führt.

Keine neuen Ideen weit und breit. Verwaltung statt Gestaltung. Status quo.

Sozusagen als Krönung dieser Aufzählung wollen Sie jetzt ein Psychatriekonzept erarbeiten - Herr Jüttner sprach es an -, jetzt, da die Landeskrankenhäuser verkauft wurden. Das ist doch wirklich kaum zu verstehen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Und dann sagt Herr Wulff auf die Frage, warum denn in seinem Kabinett keine Erneuerung zu sehen ist, warum dort nur eine kleine Personalrochade vorgenommen wird: „Never change a winning team“.

(Beifall bei der CDU - Zuruf von Björn Thümmler [CDU])

Ich frage mich nur, Herr Thümmler, welches Winning Team er meinte.

(Beifall bei den GRÜNEN - David McAllister [CDU]: Das, das am 27. Januar gewonnen hat!)

Herr McAllister, Sie sollten nicht immer nur auf die Prozente gucken. Sie haben bei dieser Wahl 26 % Ihrer Wählerinnen und Wähler von 2003 verloren. Sie haben mehr Wählerinnen und Wähler verloren als Roland Koch in Hessen.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD - David McAllister [CDU]: Wollen Sie Landeswahlleiter werden?)

Schauen Sie sich die absoluten Zahlen an! Das nennen Sie ein Winning Team? Ihr wackeliges Pferdegespann ist am Berg gestrauchelt, steht jetzt mit zitternden Knien am Hang und traut sich weder vor noch zurück.

(Beifall bei den GRÜNEN, bei der SPD und bei der LINKEN)

Meine Damen und Herren, Niedersachsen steht am Scheideweg. Eine neue alte Koalition ohne Ambitionen, ohne Antworten auf die zentralen Herausforderungen mit einem Regierungschef, der schon wieder nach Berlin guckt und sich als erste Reserve der Union für den Fall bereit hält, dass die Mehrheiten für Herrn Althaus in Thüringen kippen oder es im Saarland knapp wird.

Dazu eine SPD-Fraktion im Stadium der Selbsterfahrung mit einem verpatzten Versuch, das Profil zu erneuern, mit einer Zukunftskommission ohne Kommissionspräsident,

(David McAllister [CDU]: „ZK“ abgekürzt!)

mit einem Landeschef, der zehn Tage vor der Wahl von der Großen Koalition träumte. Ich kann nur hoffen, liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD, dass Ihr Findungsprozess nicht nur neue Gesichter betrifft, sondern dass auch eine Generalrevision beim Programm vorgenommen wird. Mit neuen Kohlekraftwerken und neuen Autobahnen kann man nämlich nur Große Koalitionen machen. Darüber hinaus ist damit kein Staat mehr zu machen.

Es bleibt eine der unangenehmeren Wahrheiten dieser Zeit, dass die Schwäche der SPD auch einen großen Teil der Stärke von Christian Wulff ausmacht. Diese Schwäche war es und ist es, die dazu geführt hat, dass nun die ersten Sätze im Kommunistischen Manifest neu geschrieben werden müssten: Ein Gespenst sitzt rum im Niedersächsischen Landtag. Es ist das Gespenst des Kommunismus. - Manche meinen, das könne man alles einer einzelnen Frau in die Schuhe schieben.

(Heiner Schönecke [CDU]: Wir sind ein paar mehr!)

Meine Damen und Herren, ich hätte mir nicht träumen lassen, dass es Leute gibt, die die Existenz der Mauer fast 20 Jahre nach deren Fall noch rechtfertigen, und dass manche stasiähnliche Organe auch in Zukunft für notwendig halten.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, dass man aufseiten der Linken jetzt überrascht tut, halte ich für scheinheilig, ganz ehrlich. Zumindest Herr Sohn und Herr Adler kennen die DKP und ihre Akteure bestens.

(David McAllister [CDU]: Richtig!)

Die wissen auch, was noch im DKP-Programmentwurf aus dem Jahr 2005 stand. Zitat:

„Die DDR, die sozialistische Alternative zum deutschen Imperialismus, war die größte Errungenschaft in der Geschichte der revolutionären deutschen Arbeiterbewegung.“

Was für eine Verdrehung, was für ein historischer Betrug!

(Beifall bei den GRÜNEN, bei der CDU, bei der SPD und bei der FPD)

Wer die DDR noch vor wenigen Jahren als einen besseren deutschen Staat bezeichnet hat, dessen Krokodilstränen über die Äußerungen von Frau Wegner sind mit „scheinheilig“ noch sehr charmant umschrieben.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der CDU)

Ihre Verdrehung bezieht sich aber nicht nur auf die Vergangenheit. Frau Flauger und Herr Sohn, ich finde, dass Sie schwer überreißten, wenn Sie von sich behaupten, jetzt als frische Kräfte hier in diesem Landtag erstmals der Stimme der Gerechtigkeit Gehör zu verleihen. Wissen Sie: Mindestlohn, Gesamtschulen, Ablehnung der Studiengebühren und Kampf gegen Atomkraft, das sind nun wahrlich nicht Themen, die Sie auf die Agenda gesetzt haben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dafür kämpfen die Grünen in Regierungen und in der Opposition schon seit den Zeiten, als die meisten von Ihnen noch im Wesentlichen mit sozialistischer Traumdeuterei befasst waren.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie träumen von einer Welt ohne Globalisierung, von einer Rückkehr in nationale Grenzen. Sie trauen sich aber nicht, den Menschen ehrlich zu sagen, wohin Sie wollen. Stattdessen verstecken Sie sich hinter einfachen Parolen und Forderungen, deren Erfüllung oft nicht bezahlbar ist.

Im Osten fordert die Linke mehr Subventionen für neue Braunkohlekraftwerke. Hier schreiben Sie aus unserem Programm ab, um sich ein kleines grünes Mäntelchen umzuhängen. Das werden Ihnen die Leute nicht abkaufen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sei es drum, wer auch immer welchen Anteil am Einzug der Linkspartei in dieses Parlament hat: Die alte und die neue Regierung Wulff hat mit Ihrem Stil der Entpolitisierung im Land sicherlich einen

gehörigen Beitrag dazu geleistet. Jetzt wird man sich vor allem politisch damit auseinander zu setzen haben - und das werden wir tun.

Meine Damen und Herren, wer dieses Land künftig gestalten will, der muss sich den zentralen Herausforderungen stellen. Vor der Globalisierung können wir nicht in nationale Grenzen fliehen. Klimawandel und demografische Entwicklungen sind Herausforderungen, denen sich unser Land jetzt stellen muss. Alle drei Herausforderungen haben eines gemeinsam: Unser Handeln wird die wirkenden Kräfte nur marginal verändern. Deshalb geht es über weite Strecken um Anpassungen an Entwicklungen, die sich unserer direkten Einwirkung entziehen, aber auch um überfällige Impulse und Ideen, um die Rahmenbedingungen langfristig und insbesondere überall dort zu beeinflussen, wo wir als Landtag handeln können.

Die Menschen sind doch vielfach viel weiter als die Politik. Das Ergebnis der letzten Landtagswahl zeigt zunächst einmal, dass 43 % der Wählerinnen und Wähler keiner Partei, keinem von uns, wie wir hier sitzen, zutrauen, die Probleme zu lösen, oder das Gefühl haben, dass die eigene Stimme nichts bewirkt. Das muss uns alle umtreiben. Das erfordert eine Antwort, die nicht nur eine wissenschaftliche Analyse sein darf, zu der Sie in Ihrer Regierungserklärung nur die Rehabilitierung der einstmals ungeliebten Göttinger Politikforschung beizutragen haben. Ich halte es für notwendig, dass wir die Möglichkeiten direkter Bürgerbeteiligung auch zwischen den Wahlen stärken.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Hürden für Volksbegehren und Volksentscheide müssen deutlich gesenkt werden. Die Ausschlussmöglichkeiten bei den Dingen, über die man entscheiden kann, sind viel zu weit gefasst. Das Quorum bei Begehren und Entscheid ist viel zu hoch. Die Möglichkeit zur Schaffung von Bürgerhaushalten muss deutlich erweitert werden. Im Zeitalter des Internets ist es doch nicht zu verstehen, dass man dort allen Mist findet; aber den Haushaltsplanentwurf, den Haushalt selbst und die Rechnungslegung sucht man dort vergeblich.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das zu ändern, wäre modern.

Meine Damen und Herren, Klimawandel ist ein Begriff, der viele Entwicklungen zusammenfasst: steigende Rohstoff- und Energiepreise, verändertes Verbraucherverhalten, mehr Starkregenereignisse, die Gefahr von Hochwasser auch im Bin-

nenland, verändertes Mikroklima für die Landwirtschaft, steigende Meeresspiegel. Der Klimawandel wird auch zu einer sozialpolitischen Herausforderung, wenn man schlicht und einfach die Rechnung für Warmwasser und Heizung nicht mehr bezahlen kann. Der Klimawandel wird zu einer ökonomischen Herausforderung, wenn sich die niedersächsischen Unternehmen nicht auf Energieeffizienz und umweltfreundliche Produkte einstellen.

Herr Sander mag das alles für Panikmache und Hysterie halten. Fakt ist, dass der Ölpreis steigt. Fakt ist, dass die Ressourcen begrenzt sind. Fakt ist, dass wir den Gipfel möglicher Ölförderung wahrscheinlich überschritten haben oder in Kürze überschreiten werden.

Wir haben ein Energieszenario für Niedersachsen vorgelegt, Herr McAllister, und dies zeigt, wie wir die Klimaziele erreichen und dabei auf Kohle und Atom verzichten können. Wir sind für jeden Vorschlag dankbar. Wir sind auch für jede Kritik dankbar. Aber es zeigt: Der Einstieg wäre zugleich auch ein Jobmotor für Niedersachsen. Langfristig führt nach meiner Auffassung kein Weg daran vorbei, 100 % erneuerbare Energien zur Energieversorgung der Zukunft zu nutzen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Hans-Werner Schwarz:

Herr Wenzel, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Möllring?

Stefan Wenzel (GRÜNE):

Gern.

Hartmut Möllring (CDU):

Herr Wenzel, ich frage Sie, wann Sie das letzte Mal ins Internet geguckt und den Haushaltsplanentwurf 2008 gesucht haben. Der steht dort nämlich darin. Der Haushaltsplan 2008 selbst kann aber erst heute ins Internet eingestellt werden, weil erst heute die Druckstücke fertiggestellt worden sind und an die Häuser gehen. Das muss vorher geprüft werden. Wann haben Sie denn zum letzten Mal im Internet nach dem Haushaltsplanentwurf gesucht?

(Beifall bei der CDU)

Stefan Wenzel (GRÜNE):

Herr Möllring, wenn das so ist, dann freue ich mich. Ich hätte mich aber auch gefreut, wenn Sie

den Landtag unmittelbar darüber unterrichtet hätten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Noch mehr würde ich mich darüber freuen, wenn Sie auch den Haushaltsplanentwurf und die Rechnungslegung einstellen würden. Dann wären wir schon einen großen Schritt weiter.

(Hartmut Möllring [CDU]: Der Haushaltsplan steht doch im Internet! Es ist aber nicht üblich, schriftlich mitzuteilen, was im Internet steht!)

- Gut, wir können das ja noch ausdiskutieren.

Fakt ist, meine Damen und Herren, dass sich die Verbraucher neu orientieren. Die Diskussion über den Klimawandel hat dazu geführt, dass sich das Käuferverhalten, dass sich das Verbraucherverhalten ändert. Deshalb werden die Produkte und die Produktionsverfahren erfolgreich sein, die hierauf Antworten liefern. Deshalb brauchen wir heute Innovationen hin zu einer Ökonomie, die auf Effizienz, Einsparung und erneuerbare Energien setzt. Das ist die Determinante für wirtschaftlichen Erfolg und für die Schaffung von zukunftsfähigen Arbeitsplätzen. Das gilt für alle Leitbranchen, also von Handel und Dienstleistungen über Maschinen- und Fahrzeugbau, Landwirtschaft bis zu den Informationstechnologien. „Green IT“ ist das Motto der diesjährigen CeBIT. Keine Branche kann sich dieser Entwicklung verweigern. Grün ist eine politische Farbe geworden. Grün ist auch ein Synonym für erfolgreiches Wirtschaften geworden. Deshalb brauchen wir endlich eine konsequente landespolitische Initiative für einen Klima- und Innovationsfonds sowie ein Umsteuern bei der Verwendung der Gelder aus dem EU-Strukturfonds.

Meine Damen und Herren, der Innenminister, der zurzeit nicht anwesend ist, es sei denn, er sitzt im Plenum,

(Bernd Althusmann [CDU]: Wir können doch nicht wissen, wann Sie ihn erwähnen!)

ist von den Bischöfen inzwischen mehrfach für seine Unbarmherzigkeit in der Flüchtlingspolitik kritisiert worden. Auch angesichts der demografischen Entwicklung ist Ihr Umgang mit Flüchtlingen und Migranten fatal. Noch immer werden Familien weggeschickt, die hier bis zu 16 Jahre lang gelebt haben und deren Kinder hier geboren sind.

(Zuruf von den GRÜNEN: 25 Jahre lang!)

Niedersachsen ist seit 60 Jahren Einwanderungsland.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Deshalb müssen wir endlich vom Reden zum Handeln kommen. Integration braucht einen ganzheitlichen Ansatz. Dazu gehört eine humanitäre Flüchtlingspolitik ebenso wie das Einstellen von Lehrern und Polizisten mit Migrationshintergrund. In diesem Punkt öffnen Sie sich mittlerweile der Diskussion und gehen Schritte nach vorn, was wir durchaus anerkennen. Dazu gehören aber auch Anerkennung und Gleichberechtigung im Alltag, auch in religiösen Fragen wie der Seelsorge im Krankenhaus oder in den Friedhofsordnungen.

Meine Damen und Herren, vor allem und vor allem jetzt braucht unser Land einen grundsätzlichen Wandel in der Bildungspolitik. Es hätte einen wichtigen konkreten Schritt bedeutet, wenn Sie alle Ressourcen hierzu in einem Kinderministerium gebündelt hätten, statt heute in Ihrer Regierungserklärung für die nächsten Jahre die Aufnahme der Kinderrechte in die Verfassung anzukündigen.

Wir brauchen die neue Schule, die nicht aussortiert, sondern jedes Kind und jeden Jugendlichen mit seinen jeweiligen Begabungen optimal fördert.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Auf dem Weg dorthin brauchen wir kurzfristig rasche Lösungen für die dringlichsten Probleme. Das bedeutet erstens gemeinsame Beschulung ohne Wenn und Aber. Das Neugründungsverbot für alle Formen von Gesamtschulen und integrativen Schulformen muss unverzüglich und ohne Einschränkung aufgehoben werden.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD - Zuruf von Karl-Heinz Klare [CDU])

Die Landesregierung muss die Einrichtung von individuell fördernden gemeinsamen Schulen ermöglichen und unterstützen, damit es uns am Ende nicht so geht, Herr Klare, wie mit Ihrer Härtefallkommission.

(Karl-Heinz Klare [CDU]: Was? Meine?)

Damit haben wir zwar ein Gremium, aber die Bedingungen sind so eng gestrickt, dass sie am Ende niemand erfüllen kann.

(Karl-Heinz Klare [CDU]: Lassen Sie sich überraschen!)

Wenn ich den Katalog der Ausnahmen höre, den Herr McAllister vorgetragen hat, fürchte ich, dass Ihr Angebot, Gesamtschulgründungen zuzulassen, so ähnlich gedacht ist.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, eine neue Bildungspolitik bedeutet zweitens: Die Gymnasien müssen Ganztagschulen werden - ohne Wenn und Aber. Die Gymnasien müssen pädagogisch umgestaltet werden, um die Überforderung der Kinder zu beenden und die Lernergebnisse zu verbessern. Sie müssen zügig - ebenso wie mittelfristig alle Schulen - zu echten Ganztagschulen mit warmem Mittagessen ausgebaut werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dafür müssen Sie ein Investitionsprogramm auflegen und den Schulen ausreichend Ressourcen personeller Art zur Verfügung stellen.

(Karl-Heinz Klare [CDU]: Wie viel ungefähr?)

Diese Forderungen unterstützen alle großen Bildungsverbände und die Elternvertretungen, die wir unmittelbar nach der Landtagswahl zu einer Konferenz über die verkorkste G-8-Reform der Landesregierung eingeladen haben.

Herr Klare, Sie wissen auch, dass sich bei diesem Thema ganz interessante und bisher unbekannte Allianzen auf tun, weil der Missstand viel größer ist, als Sie das bislang wahrgenommen haben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Lehrer, Eltern und Verbände sind mittlerweile über die Art und Weise empört, wie Sie damit umgehen. Herr Wulff sagt nur: Weiter so! - Die *Zeit* schreibt in einem bemerkenswerten Artikel über das Thema: Manchmal ist ein Schritt nach vorn auch ein Schritt zurück.

Ich möchte Ihnen ernsthaft raten: Überlegen Sie noch einmal, wie Sie mit dem Gymnasium und mit der Überforderung der Kinder in den acht Jahrgangsstufen umgehen wollen. Ich glaube, Ihre Regierungserklärung bietet in diesem Punkt überhaupt keine Perspektive.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, eine neue Bildungspolitik bedeutet drittens: Wir brauchen Integration ohne Wenn und Aber. Das Recht der Kinder und Jugendlichen mit Behinderungen auf volle Teilhabe muss endlich auch in der Schule verwirklicht

werden. Im Jahr 1993 hat die damalige rot-grüne Landesregierung die Integration als Ziel im Niedersächsischen Schulgesetz verankert. Jetzt müssen als nächster Schritt die Eltern ein echtes Wahlrecht bekommen, ob ihr Kind eine Förderschule oder eine Regelschule besuchen soll.

Die Ressourcen für integrativen Unterricht, die in den vergangenen Jahren kontinuierlich reduziert worden sind,

(Ursula Körtner [CDU]: Das ist ja unglaublich!)

müssen endlich deutlich ausgeweitet werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

- Frau Körtner, ich lade Sie nach Göttingen ein. Wir können uns das gemeinsam anschauen. - Aktuell heißt das, dass die Ressourcen bei ganztägigem Unterricht sofort verbessert werden müssen, damit nicht Ganztagschulen - etwa die IGS Göttingen, die IGS Franzisches Feld oder die KGS Göttingen - gezwungen werden, ihre Integrationsklassen wieder aufzugeben.

Stellen Sie sich vor, was es für Kinder in der 5. Klasse für eine bittere Geschichte ist, wenn sie plötzlich vor der Aussicht stehen, dass ihre Klasse aufgelöst wird oder sie nicht mit ihren Klassenkameraden in Klasse 6 übergehen können, weil die Ressourcen für eine integrierte Beschulung fehlen. Frau Körtner, das ist eine ungeheuer bittere Geschichte. Uns allen sollte doch daran liegen, einen Weg zu finden, um das zu vermeiden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zusammenfassend bleibt festzustellen: Klimawandel, Globalisierung und demografischer Wandel sind als Themen bei Schwarz-Gelb inzwischen angekommen, zumindest theoretisch. Der Herr Wirtschaftsminister hat das alles hier sehr schön vorgelesen. Ich fürchte aber, dass das nicht unbedingt ein gutes Omen für die Landesregierung sein wird. Denn immer dann, wenn Herr Hirche etwas Größeres angepackt hat, war die Wahrscheinlichkeit, dass das Projekt versenkt wurde, sehr groß.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Bei *Spiegel online* wurde diese Regierungserklärung schon gestern Abend kommentiert:

„Große Experimente wird es nicht geben. Die Regierungsmannschaft bleibt unverändert. Der Koalitionsvertrag bietet nicht viel Neues.“

Anders ein weiteres Zitat von gestern Abend. Da schrieb die *Welt online*: „The next Uri Geller ist gewählt“, und hat damit zumindest in Niedersachsen unfreiwillig für Irritationen gesorgt. Denn selbstverständlich ging es in dem Artikel nicht um die Wahl des Ministerpräsidenten, sondern um den Abschluss einer ziemlich seltsamen Fernsehsendung auf Pro 7, in der sogenannte Mentalisten wochenlang ein Millionenpublikum mit Tricks, Bluffs und allerlei Hokusfokus aufs Kreuz gelegt haben.

Ich würde sagen: Was ist daran schon Besonderes? Diese Sendung läuft zwischen Harz und Heide doch schon seit fünf Jahren!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Nur, meine Damen und Herren, dass sich bei all Ihrer Regierungsflunkerei nicht die Löffel verbiegen, sondern gleich ganze Balken.

Ich danke Ihnen für das Zuhören.

(Lebhafter Beifall bei den GRÜNEN
und bei der SPD)

Vizepräsident Hans-Werner Schwarz:

Vielen Dank, Herr Wenzel. - Zu Ihrem Redebeitrag hat sich Herr Adler zu einer Kurzintervention gemeldet. Herr Adler, ich gewähre Ihnen eineinhalb Minuten Redezeit.

Hans-Henning Adler (LINKE):

Herr Abgeordneter Wenzel, auf der Tagesordnung steht die Aussprache über die Regierungserklärung, nicht die parteipolitische Auseinandersetzung zwischen den Oppositionsfractionen.

(Lachen bei der CDU)

Ich finde, das, was Sie sich eben geleistet haben, hätten Sie sich sparen können. Denn mit dem gleichen Recht, mit dem Sie die kommunistische Vergangenheit einzelner Abgeordneter unserer Fraktion ansprechen, könnte ich auch bei den Grünen näher nachschauen.

(Heinz Rolfes [CDU]: Tun Sie es doch!)

Ich denke nur daran, dass etwa die Spitzenpolitiker der Grünen Bütikofer, Krista Sager, Ralf Fücks, Dieter Mützelburg oder Jürgen Trittin für die Mao-Zedong-Ideen eingetreten sind oder die Kulturrevolution gefeiert haben. Ich würde sagen: Lassen Sie das lieber sein, und lassen Sie uns konstruktive Oppositionspolitik machen!

(Beifall bei der LINKEN - Lachen bei der CDU - Zuruf von der CDU: Die Linksfront zerfällt! - Unruhe)

Vizepräsident Hans-Werner Schwarz:

Herr Wenzel, ich frage Sie, ob Sie dazu noch das Wort wünschen. - Ich sehe, das ist nicht der Fall.

Wir befinden uns in der Aussprache über die Regierungserklärung. Zu Wort gemeldet hat sich der Vorsitzende der FDP-Fraktion, Herr Dr. Philipp Rösler. Ihm stehen 50 Minuten Redezeit zur Verfügung.

Dr. Philipp Rösler (FDP):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Lieber Stefan Wenzel, da bahnen sich ja ungeahnte neue Freundschaften an.

(Heiterkeit und Beifall bei der FDP
und bei der CDU)

Aber die Kollegen von der Linkspartei haben mich ja noch nicht gehört. Insofern warten wir doch noch einmal ab.

Ich möchte die Gelegenheit nutzen, von dieser Stelle aus zunächst einmal dem frisch gewählten Ministerpräsidenten gute Besserung zu wünschen, und mich gleichzeitig beim stellvertretenden Ministerpräsidenten für die hervorragend vorgetragene Regierungserklärung bedanken.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU -
Oh! bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, vor genau einem Monat wurde die Regierungskoalition aus CDU und FDP von den Wählerinnen und Wählern für weitere fünf Jahre gewählt. Das ist gut für unser Land, das ist gut für Niedersachsen.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Dennoch darf die Freude über das Wahlergebnis nicht darüber hinwegtäuschen, dass wir - das wurde schon angesprochen - eine historisch schlechte Wahlbeteiligung hatten. Das ist nicht nur ein niedersächsisches Phänomen, sondern wir mussten diese negative Tendenz in den vergangenen Jahren bei vielen Wahlen feststellen. Sicherlich sind die Gründe dafür unterschiedlich und auch nicht immer vergleichbar. Aber eines müssen wir uns als politische Parteien wohl gemeinsam eingestehen: Die Menschen verlieren zunehmend das Vertrauen in unser etabliertes System und in die etablierten politischen Parteien. Sie trauen uns nicht mehr zu,

dass wir in der Lage sind, ihre Probleme tatsächlich zu lösen. Ich meine, darüber sollten wir alle gemeinsam nachdenken - intensiv, aber nicht in einer Enquetekommission. Wir sollten diesem Problem entgegenwirken, indem wir wieder anständige, solide, seriöse und vertrauenswürdige Politik gestalten.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Das Ergebnis dieser auf Enttäuschung basierenden Grundeinstellung der Wähler gegenüber unserem demokratischen System ist nicht nur eine schlechte Wahlbeteiligung, sondern aus meiner Sicht auch die Wahl einer ebenso antidemokratischen wie radikalen Partei, der Linkspartei, in unseren Niedersächsischen Landtag.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Es mag sein, dass die Wähler der Linkspartei keine sozialistische Diktatur wollen.

(Kreszentia Flauger [LINKE]: Wir auch nicht!)

Bei den Funktionären aber können wir uns da nicht so sicher sein.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Es gibt spannende Zitate von Ihrem Landesvorsitzenden, Herrn Dehm. Überhaupt haben Sie, wie ich finde, in den letzten Wochen gezeigt, wie Ihr wahres Gesicht aussieht. Ich bin sehr froh, dass Frau Wegner das offen ausgesprochen hat, was Sie alle gemeinsam nach wie vor noch klammheimlich denken.

(Starker Beifall bei der FDP und bei der CDU - Widerspruch bei der LINKEN - Zuruf von der LINKEN: Woher wissen Sie das?)

Diese in der Tat bürgerliche Regierungskoalition wird es jedenfalls nicht zulassen, dass Sie die Wähler mit Ihren platten Parolen dauerhaft täuschen. Wir werden Sie hier an dieser Stelle inhaltlich argumentativ bekämpfen.

(Zustimmung bei der LINKEN - Zuruf von der LINKEN: Nur zu!)

Durch die Art und Weise, wie wir Politik gestalten, werden wir die Gründe bekämpfen, aus denen die Linkspartei gewählt wird. Denn wir sind inhaltlich eine echte und solide Alternative zu Ihren platten Wahlversprechen und Wahlparolen.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU - Heinrich Aller [SPD]: Euch steckt wohl

Hamburg noch in den Knochen! - Zuruf von der LINKEN)

- Ich will Sie auch nicht überbewerten, Herr Kollege. Als Sie sich bei Ihrem „Einheitsparteitag“ zusammengefunden haben - WASG, PDS, SED, was auch immer -, haben Sie sich mit einem Lied, in dem es heißt „Wir sind gekommen, um zu bleiben“, selbst gefeiert. CDU und FDP sind hier, damit Sie schnellstmöglich wieder gehen.

(Lebhafter Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Das werden wir über Inhalte erreichen, z. B. mit unserem gemeinsamen Koalitionsvertrag.

(Dr. Manfred Sohn [LINKE]: Damit mit Sicherheit nicht!)

Schnell, geräuschlos und sehr effektiv sind wir innerhalb eines Monats zu entscheidenden Weichenstellungen für die Menschen in unserem Land gekommen. Anders als so häufig in der Politik haben wir uns keine öffentlichen Schaukämpfe geliefert, sondern wir haben gemeinsam, sachlich, konstruktiv und kollegial einen vernünftigen Koalitionsvertrag abgeschlossen. Schon die Art und Weise, wie wir miteinander verhandeln, ist ein kleiner, aber durchaus wichtiger Baustein gegen die Politikverdrossenheit in Niedersachsen.

(Lebhafter Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Am Ende sind die vereinbarten Ideen wichtig. Sie fangen bei uns schon bei den Kleinsten an: Wir werden die Zahl der Krippenplätze weiter erhöhen - Zahlen wurden schon genannt. Wir werden noch in dieser Legislaturperiode die Kindergartenbesuche beitragsfrei stellen. Darüber hinaus werden wir die Eltern künftig in die Lage versetzen, selber zu entscheiden, wo, bei wem und zu welcher Zeit sie Betreuungsleistungen in Anspruch nehmen. Mit den Kinderbildungs- und -betreuungsgutscheinen erhalten die Eltern echte Wahlfreiheit bei der Kinderbetreuung.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Gleiches gilt natürlich insgesamt für den großen Bereich der Bildungspolitik. Die Wähler haben nicht nur eine neue Landesregierung gewählt, sondern sie haben damit auch - bei Landtagswahlen ist das so - über unser Bildungssystem und Schulsystem mitentschieden. Wir haben fünf Jahre lang für das gegliederte, begabungsgerechte und differenzierte Bildungssystem gekämpft, Sie hingegen ausschließlich für die Einheitsschule -

dabei gibt es übrigens null Wahlmöglichkeiten für Eltern und Schüler. Die Wähler haben am Ende entschieden. Ich finde, meine Damen und Herren, Sie sollten diese Entscheidung endlich einmal akzeptieren.

(Lebhafter Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Sie hätten etwas zu Bildungsinhalten sagen können. Wir wollen die Eigenverantwortlichkeit von Schule weiter vorantreiben:

(Dr. Manfred Sohn [LINKE]: Humanistische Bildung!)

durch unser Beratungs- und Unterstützungssystem

(Zuruf von der LINKEN: Das ist ja das Schlimme!)

genauso wie durch den Aufbau einer Schulleiterakademie, wo amtierende, aber auch künftige Schulleitungen auf die neuen Herausforderungen der Eigenverantwortlichkeit von Schule vorbereitet werden. Eigenverantwortlichkeit von Schule darf aus unserer Sicht nicht nur ein Schlagwort sein, sondern diese großartige Idee von einem Mehr an Bildungsqualität durch Bildungsvielfalt und Bildungswettbewerb werden CDU und FDP gemeinsam mit Leben füllen.

(Lebhafter Beifall bei der FDP und bei der CDU - Heinrich Aller [SPD]: Unter dem besten Schulminister, den es je gab! Aber der ist jetzt ja weg!)

Bildung hört natürlich nicht in der Schule auf, sondern geht in den Wissenschaftsbereich über. Wir haben durch mehr Flexibilität bei den Studienbeiträgen - das wäre der richtige Fachbegriff, Herr Kollege Jüttner - dafür gesorgt, dass unsere Hochschulen ein weiteres zusätzliches Wettbewerbsinstrument an die Hand bekommen, um so im Interesse der Hochschulen, aber auch im Interesse aller Studierenden die Bildungsqualität an den Universitäten und Fachhochschulen in Niedersachsen weiter zu verbessern. Dafür ist mehr Flexibilität richtig und sinnvoll.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Natürlich werden wir bei der Diskussion um Wissenschaft nicht die außeruniversitären Forschungseinrichtungen vergessen. Ganz im Gegenteil: Die Idee des Innovationsfonds soll mit dazu beitragen,

(Zuruf von der SPD: Das ist ein Flop!)

Forschungsanwendung und Forschungsausgliederung weiter zu ermöglichen. Damit helfen wir gleichzeitig dem unternehmerischen Mittelstand in unserem Bundesland. Gerade kleine und mittlere Unternehmen können sich keine eigene Forschungsabteilung leisten. Sie sind deswegen immer ein bisschen im Nachteil gegenüber den Großkonzernen. Diese Regierungskoalition hat sich die Förderung von kleinen und mittleren Unternehmen auf die Fahnen geschrieben. Es gibt keine Landesregierung, die sich so stark für den Mittelstand einsetzt wie diese Landesregierung aus CDU und FDP in Niedersachsen.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU - Heinrich Aller [SPD]: Nennen Sie mal eine Zahl!)

Wie wichtig diese Mittelstandsausrichtung ist, Herr Aller, zeigt die Politik in Nordrhein-Westfalen. Schauen Sie sich doch einmal an, was passiert, wenn man sich zu stark auf Großkonzerne fokussiert! Es war ein sozialdemokratischer Ministerpräsident - der mischt sich jetzt ja ständig ordnungspolitisch ein, auch in Hessen -, nämlich Herr Clement, der dafür gesorgt hat, dass ein Großkonzern - sprich: Nokia - Subventionen in Millionenhöhe erhalten hat. Nach Auslaufen dieser Förderung verlässt dieser Großkonzern unser Land und lässt die Menschen im Stich. Was hätte man mit diesem Geld nicht alles Sinnvolleres im Bereich der Mittelstandsförderung auch hier in Niedersachsen anfangen können! Jeder Investitionskostenzuschuss für einen kleinen Handwerker hätte eine sinnvollere Investition dargestellt. Der hätte vielleicht nur einen Arbeits- bzw. Ausbildungsplatz geschaffen, aber dafür viele bestehende Arbeitsplätze in unserem Land erhalten. Denn ich kenne keinen einzigen Handwerksmeister, der nach Erhalt einer Landesförderung seinen Standort nach Rumänien verlegt hat. Ich finde, das unterstreicht die Richtigkeit dieser konsequenten Mittelstandsausrichtung unserer Wirtschaftspolitik mit Walter Hirche als Wirtschaftsminister.

(Lebhafter Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Genauso konsequent werden wir bei der Haushaltskonsolidierung fortfahren. Es wurde schon genannt: 2010 wollen wir ohne neue Schulden auskommen, um dann endlich auch in die Schuldentilgung einzusteigen. Wir wissen, dass dies ein ehrgeiziges Ziel ist. Trotz zusätzlicher neuer Instrumente wie dem Einstieg in die doppelte Buchführung, unserem Pensionsfond oder dem Neuver-

schuldungsverbot wird es mit Sicherheit keine leichte Aufgabe sein. Denn bei den Steuereinnahmen des Landes sind wir ja mehrheitlich von nationalen und internationalen Rahmenbedingungen abhängig und können nicht alleine hier in Niedersachsen beschließen. Deswegen ist es so wichtig, dass sich die Menschen gerade auch in der Finanzpolitik auf die Solidität und Seriosität dieser Koalition verlassen können. Denn es bleibt dabei: Es gibt nichts Unsozialeres als Schulden zulasten der nachfolgenden Generationen, zulasten unserer Kinder und Kindeskiner. Es ist gut, dass Sie heute Ihr wahres Gesicht gezeigt haben, Herr Jüttner. Wir jedenfalls stehen sehr klar für ein Neuverschuldungsverbot.

(Lebhafter Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Ein Beitrag zur Haushaltskonsolidierung werden wie schon in der letzten Legislaturperiode natürlich Privatisierungserlöse sein.

(Heinrich Aller [SPD]: Werden Sie mal konkret!)

Privatisierung ist für uns nicht alleine ein Selbstzweck, sondern hat immer auch ein inhaltliches politisches Ziel und darf vor allem nicht ausschließlich zur Deckung von laufenden Kosten dienen. Wir sind jedenfalls fest davon überzeugt, dass die in staatlichen Beteiligungen gebundenen Mittel wesentlich besser in Bildung, Forschung und Technologie investiert wären. Denn es gibt in unserem Lande nur einen einzigen Rohstoff. Dieser Rohstoff liegt zwischen unseren Ohren. Deswegen ist es richtig, dass wir diesen Rohstoff durch mehr Investitionen in die Bildungspolitik weiter fördern.

(Lebhafter Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Wo wir gerade bei Intelligenz sind: Intelligente Menschen können auch die Dinge in einem Koalitionsvertrag lesen und verstehen, die nicht schriftlich fixiert sind.

(Lachen bei der SPD, bei den GRÜNEN und bei der LINKEN - Heinrich Aller [SPD]: Das ist klasse! - Wolfgang Jüttner [SPD]: Wie viele Seiten sind denn nicht geschrieben?)

- Ich habe vorher extra gesagt, dass das nur für die Intelligenten gilt. Entscheiden Sie selbst, wie die Reaktion aufseiten der Opposition zu bewerten ist, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Heiterkeit und Beifall bei der FDP und der CDU - Heinrich Aller [SPD]: Bei der Medizin müssen Sie den Beipackzettel lesen! - Weitere Zurufe von der SPD, von den GRÜNEN und von der LINKEN)

Wer lesen kann, ist klar im Vorteil, Herr Dr. Sohn. Sie werden im Koalitionsvertrag nichts über präventive Telefonüberwachung oder den Einsatz der Bundeswehr im Innern finden. Dafür war aus unserer Sicht auch gar kein Platz. Denn diesen Platz haben wir im Koalitionsvertrag für ein klares Bekenntnis zur Integration und für ein Festschreiben eines erleichterten Zugangs zu einer Härtefallkommission gebraucht. Beides sind wesentliche Beiträge für ein weltoffenes und tolerantes Niedersachsen.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU - Dr. Manfred Sohn [LINKE]: Sie hätten sich doch lieber ein paar Stichworte aufschreiben sollen!)

Wir werden in den nächsten fünf Jahren viel Freude haben. Denn in der Tat haben wir nicht nur viele gute Ideen in der Wirtschafts- und Bildungspolitik, sondern wir haben immer auch einen gesellschaftspolitischen Anspruch. Der wird sich natürlich auch in solchen Kapiteln immer wiederfinden.

Einen weiteren Akzent setzen wir im Bereich Umweltpolitik, Herr Dr. Sohn. Das ist ein ganz wichtiges Thema. Wir setzen dabei auf bewährte Instrumente wie den Vertragsnaturschutz, aber - ich will das hier sehr klar sagen - vor allem auf bewährte Persönlichkeiten wie unseren Umweltminister Hans-Heinrich Sander, der sich sehr wohltuend von einer verbotsorientierten Umweltpolitik unterscheidet.

(Lebhafter Beifall bei der FDP und bei der CDU - Dr. Manfred Sohn [LINKE]: Wozu braucht es einen Plan, wenn man Herrn Sander hat!)

Klimaschutz ist ein wichtiges neues Thema, das wir durch eine Energiepolitik mit Augenmaß erfolgreich umsetzen wollen. Zum Energiemix wurden schon die wesentlichsten Dinge gesagt. Gleichzeitig wollen wir den Anteil der erneuerbaren Energien am Gesamtenergieverbrauch bis 2020 auf 25 % steigern. Darüber hinaus geht es uns bei dem Begriff Klimaschutz auch um die Bewältigung der Klimafolgen. Das heißt für uns sehr konkret: Deichbau und Küstenschutz. Gerade in einem

Küstenland wie Niedersachsen, in einem Land, wo es sehr viele Gewässer gibt, fließende wie stehende, sind das im wahrsten Sinne des Wortes überlebenswichtige Themen. Auch hier können sich die Menschen auf diese Regierungskoalition verlassen. Herr Jüttner, dass Sie den Hochwasserschutz nicht erwähnt haben, ist klar. Sie sind schon damals untergegangen, und Sie werden mit so etwas auch in der nächsten Legislaturperiode untergehen.

(Heiterkeit und lebhafter Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Wir haben weitere Ideen im Bereich der Kulturpolitik, im Bereich der Sozialpolitik - da kommen wir gleich noch zu wesentlichen Unterschieden zu den linken Oppositionsfraktionen - und natürlich auch in der Justiz- und Landwirtschaftspolitik.

(Heinrich Aller [SPD]: Wo verorten Sie sich denn eigentlich? - David McAllister [CDU]: Wir sind bürgerlich! - Bernd Althusmann [CDU]: In der Mitte!)

Aber viel entscheidender als die bloße Aneinanderreihung von politischen Einzelthemen ist die Gesamtbotschaft, die Sie auch in der Regierungsarbeit wiederfinden wollen. All die Ideen, die Sie in unserem Koalitionsvertrag finden können, lassen sich unter einem Begriff zusammenfassen, nämlich Chancen. Deswegen ist es richtig, dass wir unser gemeinsames Motto gewählt haben: Niedersachsen - Land der neuen Chancen.

(Heinrich Aller [SPD]: Oh! - Petra Emerich-Kopatsch [SPD]: Fragt sich nur: Für wen? Das ist hier die Frage!)

Damit unterscheiden wir uns ein bisschen von Ihnen; denn die linken Oppositionsfraktionen - alle drei - setzen vor allem auf die Angst der Menschen, um ihre eigenen politischen Botschaften zu rechtfertigen.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU - Ursula Körtner [CDU]: Richtig!)

Sie leben von der Verunsicherung und nicht vom Mut. Aber ich sage Ihnen: Mit der Angst werden Sie den Menschen niemals Mut machen. Sie werden unsere Gesellschaft nicht stärken, sondern schwächen. Gleiches gilt leider immer auch für die Demokratie. Dass Sie Ihre eigene Partei mit Ihren linken Thesen schwächen, ist Ihr Problem. Aber wenn es darum geht, unsere Gesellschaft zu

schwächen, dann sollten sich CDU und FDP endlich einmischen.

(Heinrich Aller [SPD]: Dann haben wir alles wie in Hamburg!)

Wir stehen für eine andere Gesellschaft. Wir stehen für eine starke Gesellschaft, die aus sich selbst heraus stark ist und deswegen einen teuren, bürokratischen und manchmal auch bevormundenden Staat gar nicht erst gebrauchen kann.

Wir werden unserer Verantwortung für diese Gesellschaft gerecht, indem wir den Einzelnen durch Wissen und Kompetenz stärken. Wir werden den Menschen Sicherheit in Niedersachsen geben, eine Sicherheit, die sie nicht einlullt und nicht einengt, weil wir z. B. Familien wieder zu Verantwortungsgemeinschaften ausgestalten; denn Familien sind am Ende die Grundlage für unseren gemeinsamen gesellschaftlichen Zusammenhalt.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Sie haben viel von Gerechtigkeit erzählt. Dies war Teil Ihrer Kampagne. Aber Gerechtigkeit heißt für Sie im Ergebnis immer nur „verteilen“. Auch in Ihrem Beitrag zur Aussprache über die Regierungserklärung habe ich nicht ein einziges Mal das Wort „Chancen“ gehört.

(Heinrich Aller [SPD]: Was? - Wolfgang Jüttner [SPD]: Sie müssen einmal die Ohren aufmachen!)

Wir sehen das anders. Wir wollen den Menschen keine Angst machen, sondern Mut. Wir wollen sie auf ihr eigenes Leben neugierig machen; denn beides - Mut und Neugier - ist die Grundlage für die Kreativität, die unsere Gesellschaft braucht, um die Probleme aus eigener Kraft gemeinsam und erfolgreich zu lösen. Deswegen setzen wir so stark auf Chancen. Diese Chancen finden Sie in jedem einzelnen Kapitel unseres gemeinsamen Koalitionsvertrags:

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

neue Chancen in der Kinderbetreuung durch mehr Flexibilität, neue Chancen für die Menschen durch ein Mehr an Bildungsqualität, neue Chancen durch Arbeitsplätze, vor allem im Mittelstand, für alle diejenigen, die zu uns kommen, um unser Land mitzugestalten, natürlich auch neue Chancen durch Toleranz und am Ende immer auch Integration und vor allem neue Chancen und Erhalt aller Chancen für die nachfolgenden Generationen durch eine solide Finanzpolitik sowie durch eine richtige Umweltpolitik.

Wir, meine Damen und Herren, machen den Menschen keine Angst, sondern Mut. Wir machen Niedersachsen tatsächlich zum Land der neuen Chancen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Starker, nicht enden wollender Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Vizepräsident Hans-Werner Schwarz:

Vielen Dank, Herr Dr. Rösler. - Als nächster Redner hat sich Herr Dr. Sohn von der Fraktion Die Linke zu Wort gemeldet. Ich erteile ihm das Wort. Die Redezeit beträgt 50 Minuten.

Dr. Manfred Sohn (LINKE):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es ist mir eine große Freude, hier heute zu sprechen. Zunächst möchte ich etwas zur Geschichte, anschließend etwas zur Gegenwart, die um den 27. Januar begonnen hat, und schließlich etwas zur Zukunft sagen.

Zunächst zur Geschichte. Herr Hirche und Herr Rösler, Sie können mir glauben, dass ich weder Herrn Dr. Frommhold noch Herrn Dr. Regensburger vergessen werde. Für die Nichtliberalen: Das sind zwei Mitglieder der DDP - also neben der DVP einer der Vorgänger der FDP -, die im Faschismus umgekommen sind. Ich bitte Sie aber, auch die sieben Mitglieder der KPD, die im Faschismus umgekommen sind und deren Namen Sie im Foyer auf der Bronzetafel lesen können, nicht zu vergessen.

Herr McAllister, ich werde die Helden des 6. Juni 1944, die in der Normandie begraben sind, nicht vergessen. Ich erwarte allerdings von Ihnen, dass Sie auch die Rotarmisten, die an der Wolga begraben sind und die Churchill mit dem Schwert für Stalingrad geehrt hat, nicht vergessen. Das sollten wir gemeinsam tun.

Vielleicht können wir versuchen, die ganze Frage der geschichtlichen Bewältigung zu diskutieren. Ich bin gerne dazu bereit, über alle Kapitel der deutschen Geschichte kritisch, solidarisch und in der Tiefe, die dieser deutschen Geschichte in ihren verschiedenen Aspekten angemessen ist, zu sprechen. Wir sollten dies meines Erachtens im Geiste eines christlichen Widerstandskämpfers tun, den Sie alle kennen, nämlich Herrn Niemöller, der sagte:

„Als die Nazis die Kommunisten holten, habe ich geschwiegen, ich war ja

kein Kommunist. Als sie die Sozialdemokraten einsperrten, habe ich geschwiegen, ich war ja kein Sozialdemokrat. Als sie die Gewerkschafter holten, habe ich geschwiegen, ich war ja kein Gewerkschafter. Als sie mich holten, gab es keinen mehr, der protestieren konnte.“

Ich empfehle Ihnen: Das sollten wir gemeinsam niemals vergessen.

(Beifall bei der LINKEN und Zustimmung von Dr. Gabriele Andretta [SPD] und Ursula Helmhold [GRÜNE])

Zur Gegenwart: Nun hat sich die Regierungskoalition noch einmal - ich vermute, ein letztes Mal - ins Amt geschleppt.

(Karl-Heinz Klare [CDU]: Das ist aber ein feiner Umgang mit den Wählern!)

Sie haben gegenüber den letzten Landtagswahlen zusammen genommen 512 918 Wähler verloren. Sie müssen sich das einmal bildlich vorstellen: der Waterloo-Platz oder für uns Braunschweiger der Kohlmarkt oder für Herrn Möhle und mich der Schützenplatz in Peine voll mit Menschen. Auf manche Marktplätze passen diese Menschen gar nicht drauf. Stellen Sie sich jeweils den größten Platz Ihres Kreises vor. Mehr als eine halbe Million Menschen! Diese halbe Million Menschen, die Sie vorher gewählt haben, sind von einem Wahltag auf den anderen alle weg. Das ist Ihre Lage!

(Karl-Heinz Klare [CDU]: Das ist eine tolle Beschreibung für den Wahlausgang!)

Dieser geschwächten Regierung steht nun eine quantitativ und qualitativ gestärkte Opposition gegenüber. Quantitativ spüren Sie alle das heute, weil Ihr Abstand und Ihr Größenverhältnis zur Opposition nicht gewachsen, sondern geschrumpft ist. Sie wissen das sehr gut. Qualitativ haben Sie eine neue Kraft im Parlament, die einzige - das zur Frage des Wählerrespekts -, die relativ wie absolut sowohl gegenüber den letzten Landtagswahlen als auch gegenüber den letzten Bundestagswahlen an Stimmen gewonnen hat. Nehmen Sie wieder das Bild mit dem Waterloo-Platz, dem Kohlmarkt oder dem Schützenplatz! Da stehen jetzt ungefähr eine viertel Million Wähler. Sie alle haben ein Gesicht, und im Geiste haben sie alle die Fahne der Linken. - Das gibt Hoffnung, das gibt Mut, das gibt Perspektive.

(Beifall bei der LINKEN)

Nun fragen Sie sich natürlich: Wo kommen die alle her? - Die eine Antwort ist: Sie kommen vielfach von den vorher von Ihnen beklagten Nichtwählern. Die andere Antwort ist: Sie kommen von Ihnen - von der CDU, von der FDP, von den Grünen und von der SPD -, weil sie natürlich Resultat - insofern danken wir Ihnen in gewisser Weise - Ihrer gemeinsamen Politik sind.

Herr Wenzel, mir ist nach Ihrer Rede natürlich klar, warum - politisch gesehen - Hannover zwischen Göttingen und Hamburg liegt. Das war ja doch eine deutliche Offerte an Schwarz-Grün. Dieses Bündnis wird in Göttingen schon praktiziert; dort betreibt es den Sozialabbau mit. In Hamburg wollen Sie den Sozialabbau mit betreiben.

(Ursula Helmhold [GRÜNE]: Und Sie nicht in Berlin? Was ist in Berlin?)

Auf Bundesebene haben Sie Hartz IV mit verantwortet.

(Beifall bei der LINKEN - Zurufe von der SPD und den GRÜNEN: Berlin!)

Nun bestand nach dem 27. Januar die große Frage: Wie meistert eine Regierung, die ein derartiges Wahldesaster nur mühsam durch die zur Schau gestellte Siegeslaune, die man früher eher mit dem Lächeln von Herrn Albrecht in Verbindung gebracht hätte, eine solche Situation?

(Zuruf von der CDU: Das ist einmalig dumm!)

Die Frage war also: Wird das eine Regierung mit dem Mut der Verzweiflung, oder wird das eine Regierung der entschlossenen Mut- und Kraftlosigkeit? - Diese Frage ist inzwischen durch die Regierungserklärung beantwortet: Das ist eine Regierung der organisierten Mut- und Kraftlosigkeit.

(Beifall bei der LINKEN)

Wer Augen hat zu sehen, hat das im Grunde auch schon im Wahlkampf gemerkt.

(Zurufe von der CDU: Was?)

Herr Hirche hat ja mehrfach darauf hingewiesen, dass wir dieses schöne Wappentier, unser Pferd, haben. Im Original - anders als das, was dort hängt - ist das ein kraftvolles Pferd, im Höhepunkt seiner Kraft. Frau Helmhold, es sei mir als Vertreter einer der beiden einzigen Fraktionen, die ordentlich quotiert sind, verzeihen: Es ist auch kein

geschlechtsloses Wesen - es ist ein Hengst, mit allen seinen Sinnen.

(Ursula Helmhold [GRÜNE]: Da gibt es nichts zu verzeihen! Da sind wir großmütig!)

Sie wissen ja, jeder von Ihnen: In der parlamentarischen Demokratie - - -

(Unruhe - Wilhelm Hogrefe [CDU]: Hengst ist besser als Wallach! - Weitere Zurufe)

- Sie können Ihre Pferdekenntnisse ja gleich noch draußen austauschen. - In der parlamentarischen Demokratie ist der Wahlkampf ein bisschen wie der Zeugungsakt einer Regierung.

(Unruhe)

Damit zeigt sich natürlich auch im Wahlkampf, was hinten herauskommt. Nun legen Sie vor dem geistigen Auge einmal dieses schöne Niedersachsen-Ross, das schönste Wappentier aller Bundesländer, neben Ihre erbärmlichen Wahlplakate und neben diese Silhouette, die Sie auf diese Wahlplakate geklebt haben. Da gibt es nämlich dieses Pferd: Es ist sinnlos, augenlos, geschlechtslos, sozusagen zeugungslos.

(Beifall bei der LINKEN und Heiterkeit bei der SPD)

Das ist in der Tat das, was von dieser Regierung - schon im Wahlkampf erkennbar - erwartet werden kann: Das ist eine Regierung der Sinnlosigkeit, der Kraftlosigkeit und der Zeugungsunfähigkeit. Das kommt dabei heraus.

(Beifall bei der LINKEN und Heiterkeit bei der SPD)

Das wird natürlich auch deutlich durch diese bemerkenswerte Kabinetts- - -

(Karl-Heinz Bley [CDU]: Sie sind hier im Landtag! - Unruhe)

- Sie beruhigen sich auch wieder. - Das wird natürlich auch deutlich durch diese bemerkenswerte Kabinetts- - -

(Anhaltende Unruhe)

- Geht das von meiner Redezeit ab?

(Heinz Rolfes [CDU]: Was wollen Sie jetzt eigentlich sagen?)

Das wird dann natürlich auch schon deutlich durch diese bemerkenswerte Kabinettsumbildung - oder:

Nichtumbildung -, wobei ich diese Regierung von dem Vorwurf der Mutlosigkeit, den ich eben erhoben habe, an einem Punkt ausnehmen muss: Das betrifft den schon erwähnten Kettensägenminister Sander, ihn im Amt zu lassen. Ich muss gestehen: Am Anfang dachte ich, dass ich das vom Handwerklichen her nicht verstehe, wie man so etwas machen kann, eine solche offene politische Flanke. Mir ist das erst bei der Lektüre Ihrer Koalitionsvereinbarung klar geworden, nämlich Kapitel 7 „Umwelt, Klimaschutz und Energie“. Da heißt es - Sie müssen sich das auf der Zunge zergehen lassen - tatsächlich:

„Die biologische Vielfalt in Niedersachsen ist zu erhalten und weiterzuentwickeln.“

Die „biologische Vielfalt“! Ich dachte bisher, das sei Gottes Acker, nämlich die biologische Vielfalt weiterzuentwickeln. Aber ich habe gelernt: Das ist jetzt Aufgabe von Herrn Sander. Und wenn man Gott selbst im Kabinett hat, dann kann man den natürlich nicht auswechseln, egal was für einen Mist er baut.

(Beifall bei der LINKEN - Heiterkeit)

Aber, na gut, wenn ich mich schon ein bisschen in Ehrfurcht vor Ihren Kabinettsmitgliedern verneige, dann möchte ich auch noch ein bisschen weiter gehen und Herrn Möllring loben.

(Oh! bei der CDU)

- Nun wartet es mal ab! - Natürlich möchte ich nicht den Minister Möllring loben, sondern ich möchte den frühen Möllring loben.

(Heiterkeit bei der CDU)

- Sie kennen das doch von einem Marxisten: Der frühe Marx, der späte Marx. Ich lobe jetzt einmal den frühen Möllring. Der hat nämlich im September 2002, als er noch Oppositionspolitiker war, Folgendes gesagt:

„Ich glaube, es gibt kaum etwas Unbefriedigenderes und Frustrierenderes für die Menschen in den Finanzämtern als das Wissen darum, dass man für den Staat deutlich mehr an Steuern herausholen könnte, wenn man nur mit ein wenig mehr Zeitaufwand pro Fall etwas intensiver prüfen dürfte. Aber das Personal reicht dafür nicht. Die Anweisungen zur Großzügigkeit ersticken geradezu jede Initiative. Diese Art von Politik ist der Nährbo-

den für Demotivation und Frust und bewirkt beim Bürger Steuerungerechtigkeiten.“

(Zustimmung bei der LINKEN - Heinz Rolfes [CDU]: Da war Aller Finanzminister!)

Das stimmt natürlich. Das ist überhaupt nicht besser, sondern das ist in Ihrer Regierungszeit schlimmer geworden.

(Heinz Rolfes [CDU]: Falsch!)

Die Grundlage dafür ist dieses GNOFÄ - zurzeit lerne ich ja neue Abkürzungen -, also diese Grundsätze zur Neuorganisation der Finanzämter, die die niedersächsischen Finanzämter zu einem löchrigen Eimer gemacht haben, mit dem sie Steuern schöpfen sollen.

(Heinz Rolfes [CDU]: Das war Aller!)

Im Zusammenhang mit diesem löchrigen Eimer steht die jüngste Affäre Liechtenstein, die hier mehrfach zu Recht erwähnt worden ist. Sie ist symptomatisch, weil sie zeigt, welche gewaltigen Möglichkeiten der Haushaltssanierung wir bekämen, wenn endlich vor allem von den Reichen die Steuern geholt würden, die sie nach dem Gesetz zu zahlen hätten.

(Beifall bei der LINKEN)

Die Gewerkschaft ver.di hat in diesen Tagen zwei großartige Broschüren veröffentlicht. Die eine hat den schönen Titel „Skandal Steuervollzug“. Ich kann diese Ihnen allen - vor allem dem Haushaltsausschuss - nur wärmstens empfehlen. Darin wird nachgewiesen, wie systematisch in den Ländern und im Bund auf Steuereinnahmen verzichtet wird. Wir brauchen in Niedersachsen - das ist die Konsequenz aus dieser Broschüre, die sich auch mit den Ländern beschäftigt - dringend mehr Steuerfahnder und eine bessere personelle Ausstattung der Finanzämter. Hier gilt beispielsweise der Satz „Das rechnet sich“ tatsächlich einmal, weil nach diesen Untersuchungen die Steuerfahnder im Jahre 2004, also noch vor der wertvollsten CD-ROM, die jemals ihren Besitzer gewechselt hat, die 2 570 Fahnder rund 1,6 Milliarden Euro hereingeholt haben, also pro Kopf ungefähr 630 000 Euro. Das rechnet sich, das lohnt sich. In diesem Bereich müssen wir also etwas ändern. Dort müssen wir in Personal investieren. Das tun Sie nicht. Das wollen wir machen. Damit würde dann auch der frühere Bundesfinanzminister Eichel recht haben, der korrekt gesagt hat:

„Wenn alle ihre Steuern bezahlen würden, so wie sie es nach Recht und Gesetz müssten, dann hätten wir überhaupt keine Haushaltsprobleme.“

Das ist ein Kern unserer Steuer- und Finanzpolitik.

(Beifall bei der LINKEN)

Dann wäre übrigens auch genug Geld da, um unsere Staatsdiener anständig zu besolden.

Ich habe eben zwei Broschüren von ver.di erwähnt. Die zweite hat den guten Titel „Genug gespart“. Sie zeigt die Notwendigkeit, den öffentlichen Dienst zu stärken. Das unterstützt die Fraktion Die Linke mit aller Kraft. Wir möchten auch von dieser Stelle aus den Streikenden im öffentlichen Dienst zurufen, dass wir fest an ihrer Seite stehen und hoffen, dass sie die verdiente Lohnerhöhung auch durchsetzen können.

(Beifall bei der LINKEN)

Aber das Geld, das der Finanzminister nicht einnehmen will, können andere Minister nicht ausgeben. Damit können sie dann ihre Untätigkeit begründen.

Die Koalitionsvereinbarung ist voller blumiger Worte zur Wirtschaft. Aber Herr Hirche ist Garant für das Festhalten nicht am Liberalismus eines Karl-Hermann Flach, sondern für das Festhalten am liberalen Nachtwächterstaatsprinzip. Er ist der Garant für die völlige Initiativlosigkeit gegen Jugendarbeitslosigkeit, der Garant gegen alle Versuche, einen dringend benötigten öffentlichen Beschäftigungssektor zu etablieren, der Garant für hohle Worte statt helfender Taten für den Mittelstand.

Und dann legt diese Regierung der Wahlverlierer Hand an eines der besten Instrumente, die wir als Land Niedersachsen haben, um wirtschafts- und finanzpolitisch steuernd einzugreifen. Mit dem Sparkassenpräsidenten Thomas Mang kann ich nur sagen: Die von Ihnen angezettelte Diskussion über einen Verkauf der Landesanteile an der NORD/LB ist so ziemlich das Letzte, was Niedersachsen jetzt braucht.

(Beifall bei der LINKEN)

Jeder, der die Geschichte der Landesbanken und die Geschichte unserer Landesbank bei VW und Salzgitter Stahl kennt, der weiß: Für solche Operationen, bei denen es um Tausende von Arbeitsplätzen geht, ist die NORD/LB der Dreh- und An-

gelpunkt, ohne den nichts geht. Deshalb: Hände weg von der NORD/LB!

(Beifall bei der LINKEN)

Abschließend möchte ich zu einem Thema kommen, das Ihnen und uns am meisten am Herzen liegt, nämlich die Treue zu unserer Verfassung. Die Verfassung ist am stärksten - wir wissen das -, wenn sie gelebt wird. Voraussetzung ist - Herr Rösler hat es gesagt: wer lesen kann, ist im Vorteil -, dass sie auch intensiv gelesen wird. Ich lese Ihnen deshalb jetzt einmal den ersten Teil des Artikel 6 a unserer Verfassung vor. Herr Bode blättert schon; das ist hilfreich. Dort steht:

„Das Land wirkt darauf hin, dass jeder Mensch Arbeit finden und dadurch seinen Lebensunterhalt bestreiten kann.“

Das würde sich in Bundesratsinitiativen für die Einführung des gesetzlichen Mindestlohns gut abbilden lassen.

(Beifall bei der LINKEN)

Unser Ministerpräsident Wulff, dem auch ich von dieser Stelle aus herzliche Genesungswünsche sende, weil ich mich am liebsten mit ihm auseinandergesetzt hätte, hat im Wahlkampf sinngemäß gesagt, er hätte zwar etwas gegen gesetzlichen Mindestlohn, aber jeder solle von seiner Arbeit leben können. Damit hat er nur das Verfassungsgebot wiederholt. Aber der Dreh- und Angelpunkt ist: Er handelt natürlich nicht aus politischen Stücken, sondern er ist durch unsere Verfassung verpflichtet, das in seinem Bereich Mögliche zu tun, dass jeder von seiner Arbeit seinen Lebensunterhalt bestreiten kann. Das ist ein Verfassungsgebot. Wenn das Land wissentlich Aufträge an Unternehmen vergibt, die an Leute, die für das Land arbeiten, schäbige Löhne von 4 oder 5 Euro zahlen, dann ist das aus unserer Sicht Verfassungsbruch. Das muss man ändern.

(Beifall bei der LINKEN)

Das kann man dadurch ändern, dass wir in das Landesvergabegesetz, das regelt, unter welchen Bedingungen das Land Aufträge an Unternehmen vergibt, hineinschreiben - das wäre im Grunde die Konkretisierung des Artikels 6 a unserer Verfassung -, dass das Land in Zukunft nur noch Aufträge an Unternehmen vergibt, die einen Lohn zahlen, der zum Lebensunterhalt reicht. Das steht in unserer Verfassung, und das wollen wir in das Landesvergabegesetz hineingeschrieben haben.

(Beifall bei der LINKEN)

Wenn Herr Wulff das nicht selbst macht, was er nach unserer Auffassung nach den Äußerungen im Wahlkampf und nach der Verfassung machen müsste, dann werden wir ihm noch im April mit unserem Antrag Nummer eins auf den Weg helfen, und wenn das nicht hilft, werden wir uns gemeinsam mit Gewerkschaften und anderen Partnern die Möglichkeiten der direkten Demokratie ansehen.

Seien Sie sich also sicher: Für die nächsten fünf Jahre und - da seien Sie sich genauso sicher - für die nächsten zehn Jahre wird Sie das Thema soziale Gerechtigkeit in diesem Landtag nicht mehr verlassen.

Schönen Dank.

(Beifall bei der LINKEN - Dr. Philipp Rösler [FDP]: Schauen wir mal!)

Vizepräsident Hans-Werner Schwarz:

Vielen Dank, Herr Sohn. - Die Fraktion DIE LINKE teilt sich offensichtlich die Redezeit. Es hat sich Frau Flauger zu Wort gemeldet. Frau Flauger, Sie haben noch eine Restredezeit von 31:56 Minuten. Ich erteile Ihnen das Wort.

(David McAllister [CDU]: Jetzt kommt die Zukunft! Herr Sohn, Sie waren die Vergangenheit?)

Kreszentia Flauger (LINKE):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich habe mal gehört, man kann über alles reden, nur nicht über 20 Minuten.

(Zuruf: Das geht in der Kirche!)

Ich habe heute am Beispiel der Regierungserklärung, die Herr Hirche verlesen hat, gelernt: Man kann über ein hohles Nichts 90 Minuten und länger reden; das geht ohne Weiteres.

(Beifall bei der LINKEN)

So viel heiße Luft, so viele leere Phrasen, so viele wohlfeile Appelle, für die man nichts tun muss, so wenig Konkretes habe ich lange nicht gehört, jedenfalls nicht so breit ausgewalzt, wie es hier heute passiert ist.

(Karl-Heinz Bley [CDU]: Und darauf haben Sie Antworten?)

- Wir haben darauf Antworten.

Gestern Nachmittag habe ich mich noch darüber geärgert, dass uns die Regierungserklärung noch

nicht vorlag und wir sie noch nicht lesen konnten. Aber nun kann ich feststellen: Es war nicht so schlimm, dass sie uns nicht rechtzeitig zugegangen ist.

(Karl-Heinz Klare [CDU]: Dann brauchen wir das ja nie mehr zu tun, wenn Sie darauf keinen Wert legen! - Heiterkeit bei der CDU)

Herr McAllister, wenn Sie diese Regierungserklärung als wegweisend bezeichnen, dann möchte ich einmal wissen, wohin diese Regierungserklärung den Weg weist. Nach oben für Niedersachsen ganz sicher nicht. So viel können wir wohl festhalten.

(Beifall bei der LINKEN)

Sie sagen weiter, dass das eine umfassende Regierungserklärung war. Das kann sich ja wohl höchstens auf die zeitliche Dimension beziehen. Auf den Inhalt ganz bestimmt nicht.

(Beifall bei der LINKEN - Bernd Althausmann [CDU]: Jetzt kommen Sie mal zu den Inhalten!)

Schon in Ihrer Kabinettsneubildung hat es nichts wirklich Neues gegeben. Dazu ist heute schon viel gesagt worden. Ich muss aber an dieser Stelle einfach auch einmal ein Lob loswerden. Es bleibt mir nichts anderes übrig. Ich muss Sie an der Stelle loben, sage aber auch gleich dazu, dass dies das einzige Lob bleiben wird, das Sie von mir heute bekommen.

(Zuruf von der CDU: Das trifft uns schwer!)

- Das trifft Sie sicherlich tief, das glaube ich Ihnen aufs Wort! - Dass Sie Herrn Busemann nach dieser katastrophalen Schulpolitik, die er fünf Jahre betrieben hat, abgesetzt haben, war eine gute und eine kluge Entscheidung. Dafür gebührt Ihnen wirklich höchstes Lob und Anerkennung.

(Beifall bei der LINKEN)

Dass Sie ihn jetzt allerdings zum Justizminister gemacht haben, war schon nicht mehr ganz so schlau. Dass Sie die abgewählte Frau Heister-Neumann stattdessen zur Kultusministerin gemacht haben, ist noch ein bisschen schlimmer.

(Ernst-August Hoppenbrock [CDU]: Die ist nicht abgewählt worden? - David McAllister [CDU]: Wo denn?)

- Die ist abgewählt worden.

(Ernst-August Hoppenbrock [CDU]:
Nein, ist sie nicht! - Hans-Christian
Biallas [CDU]: Wenn sie abgewählt
worden wäre, hätte sie schon einmal
gewählt worden sein müssen!)

- Gucken Sie sich ihren Wahlkreis an!

(Zurufe von der CDU)

- Ich bin ja auch nicht Ministerin.

(Unruhe)

- Ich kann auch einfach einmal 30 Sekunden still
sein. Dann können Sie alle sich einmal ausleben,
wenn Ihnen das irgendwie hilft. Ich gucke auf die
Uhr.

(Zustimmung bei der CDU - Karl-
Heinz Klare [CDU]: Ich stoppe die
Zeit! Bis jetzt sind es drei, vier! - Hei-
terkeit - Zurufe: Sechs, sieben, acht!)

Vizepräsident Hans-Werner Schwarz:

Frau Flauger, Sie haben jetzt die Gelegenheit,
weiter zu sprechen. Bitte!

Kreszentia Flauger (LINKE):

Ich rede jetzt weiter. Das ist nicht meine Entschei-
dung. Diese Entscheidung ist gerade vom Präsi-
dium getroffen worden. Ich könnte auch eine Minute
oder noch länger still sein.

(Zuruf von der FDP: Noch länger wäre
gut!)

Dass Sie bei Ihrer Kabinettsneubildung Herrn Mi-
nister Studiengebühren-Stratmann wieder an der
gleichen Stelle eingesetzt haben - und der ist in
der Universitätsstadt Oldenburg, wo die Leute
wissen, worüber sie reden und was da Sache ist,
wirklich abgewählt und nicht mehr direkt gewählt
worden -, ist nun völlig falsch. Ich möchte nicht
darüber spekulieren, ob es eine Beeinflussung des
Unterbewusstseins oder eine freudsche Fehllei-
stung war, dass Herr Dinkla gestern fast vergessen
hätte, ihn zu vereidigen.

Alles in allem kann man diese Ihre Kabinettsneu-
bildung als Experiment bezeichnen, ob das nicht
irgendwie noch schlimmer als in der letzten Legis-
laturperiode hinzukriegen ist.

(Beifall bei der LINKEN - Heinz Rolfes
[CDU]: Was ist das eigentlich für ein
inhaltsleeres Getöse!)

Wenn Sie sagen, dass auch für diese Legislaturpe-
riode, für die nächsten fünf Jahre, das gilt, was für
die letzte Legislaturperiode gegolten hat - „Wir tun,
was wir sagen, und wir halten, was wir verspre-
chen“ -, dann gute Nacht Niedersachsen.

Zitat aus Ihrem Regierungsprogramm 2003 bis
2008:

„Das Erststudium bleibt gebührenfrei,
niemand soll aus finanziellen Gründen
auf ein Studium verzichten müssen.“

Was hat Ihr Minister Stratmann gemacht? - Er hat
Studiengebühren eingeführt.

(Karl-Heinz Klare [CDU]: Nein, das
hat der Landtag gemacht!)

Nun haben wir heute schon gehört, dass es ir-
gendwie leichte Kommunikationsschwierigkeiten
zwischen dem Ministerpräsidenten und den einzel-
nen Ministern gibt; Herr Jüttner hat das vorhin
angedeutet. Vielleicht sollten Sie Ihren Ministern
einmal erzählen, was in Ihrem Programm steht.
500 Euro pro Semester! Mit den weiteren Abgaben
kommen Sie ohne Weiteres auf 1 500 Euro pro
Jahr. Ich sage Ihnen: Das sind Gründe, die junge
Leute von einem Studium abhalten. Ich habe aus
ähnlichen Gründen - das war in Schleswig-Hol-
stein; dort gab es damals BAföG auf Darlehensba-
sis - davon Abstand genommen, zu studieren, weil
mir die Vorstellung, mit 30 000 Mark Schulden ins
Leben zu starten, nicht behagt hat und weil ich so
nicht erzogen war. Deswegen habe ich nicht stu-
diert. Tun Sie also nicht so, als sei das gar kein
Problem.

(David McAllister [CDU]: Wie viele
Semester haben Sie denn studiert?)

- Ich habe eben nicht studiert, weil ich mir dieses
Schuldenszenario nicht vorstellen wollte, Herr
McAllister, weil das einfach nicht das ist, was ich
wollte. Sie halten mit Ihren Studiengebühren junge
Leute davon ab, ein Studium zu ergreifen.

(Beifall bei der LINKEN - Björn Thüm-
ler [CDU]: So ein Unsinn!)

Ich finde es makaber, wenn Sie dann sagen: Das
sind sozial verträglich ausgestaltete Studiengebüh-
ren. - Ich bitte Sie! Sie können doch nicht einfach
sagen: Das geht doch! Da kann man doch ein
Darlehen aufnehmen! Das kann man hinterher
zurückzahlen! Dann hat man halt 15 000 Euro
Schulden! - Sie sagen das ganz einfach. Aber das
sind wirklich Gründe, die Leute vom Studieren
abhalten.

Ich frage mich: Wie sind Sie eigentlich gestrickt? Wie kriegen Sie es hin, auf der einen Seite jungen Menschen zu sagen: „Na ja, dann haben Sie halt 15 000 Euro Schulden, wenn Sie ins Berufsleben starten“, und auf der anderen Seite, wenn Sie Ihre unsoziale Sparpolitik rechtfertigen wollen, kein Problem damit zu haben, zu sagen: „Man darf nur das ausgeben, was man vorher erwirtschaftet hat“ und „Ein Leben auf Pump können wir uns nicht mehr leisten“? Wie kriegen Sie das eigentlich quasi im gleichen Atemzug gesagt? Das frage ich Sie.

(Beifall bei der LINKEN)

Das ist einfach unglaublich. Ich weiß nicht, wie Sie das in Ihrem Gehirn zur Deckung bringen.

Zur Schulpolitik ist schon einiges gesagt worden: zu G8, zum Thema Unterrichtsversorgung. In Niedersachsen wird nach der vierten Klasse selektiert, wird nach der vierten Klasse beschlossen, welches Kind auf die Hauptschule, welches auf die Realschule und welches aufs Gymnasium geht. Das nennen Sie dann begabungsgerecht und entsprechend differenziert.

(Karl-Heinz Klare [CDU]: Wie nennen Sie das?)

Wenn Sie sagen, dass es genau drei Begabungen gibt, nämlich eine, die genau für die Hauptschule passt, eine, die genau für die Realschule passt, und eine, die genau fürs Gymnasium passt - - -

(Karl-Heinz Klare [CDU]: Wer sagt das?)

- Das ist die Aussage Ihres Systems, das genau drei Schularten kennt,

(Dr. Philipp Rösler [FDP]: Es gibt auch noch Förderschulen!)

wenn man von den Sonderschulen einmal absieht.

(Weitere Zurufe von der CDU und von der FDP)

- Sie müssen ja nicht zuhören.

(Dr. Philipp Rösler [FDP]: Sie müssen auch keine Ahnung haben! - Karl-Heinz Klare [CDU]: Aber Sie wollen doch, dass wir zuhören!)

- Ich komme nachher noch auf Ihre Bereitschaft zurück.

Sie können sich offensichtlich überhaupt nicht vorstellen, dass es Kinder gibt, die z. B. mathematisch sehr begabt sind und da ohne Weiteres auf

Gymnasialniveau mithalten könnten, die aber in Sprachen - in Deutsch, in Englisch - nicht ganz so gut sind. Nach Ihrer Vorstellung müssen die auf die Realschule gehen, weil sie das Gymnasialniveau bei den Sprachen ja nicht verkraften können. Die werden dann in Mathematik die ganze Zeit unterfordert. Das scheint Sie aber nicht zu stören; denn Sie nennen dieses dreigegliederte Schulsystem begabungsgerecht. Sie wissen ganz genau, dass das an der Realität vorbei geht. Sie wissen auch ganz genau, dass die Menschen in Niedersachsen das wissen.

Deshalb verabreichen Sie eine kleine Beruhigungspille nebenbei und lockern das IGS-Verbot ein bisschen. Gesamtschulen als ergänzende Schulform, wenn der Elternwille nachhaltig und der Bedarf vorhanden ist - Sie machen das richtig schön schwer. Mit dieser billigen kleinen Beruhigungspille können Sie sich dann herausreden: Sie haben Gesamtschulen ja nicht ganz verboten, sondern ein bisschen zugelassen.

(Karl-Heinz Klare [CDU]: Woher wissen Sie eigentlich, was wir vorhaben?)

- Ich kenne Sie.

(Oh! bei der CDU und bei der FDP - Ursula Helmhold [GRÜNE]: Das steht alles zwischen den Zeilen! Herr Rösler hat das doch gesagt!)

- Das ist das kleine Quiz in diesem Regierungsprogramm, das man noch irgendwie abarbeiten muss.

Herr McAllister, wenn Sie mit Ihrer Aussage, wir könnten diese Schuldebatte ganz schnell beenden, meinen - so habe ich Sie verstanden, und ich glaube, man kann Sie gar nicht anders verstehen -, wir könnten uns ganz schnell einigen, wenn wir uns nur Ihrer Meinung anschließen, dann haben Sie sich an dieser Stelle ganz einfach geschnitten. Das wird nicht passieren.

(David McAllister [CDU]: Es wäre ganz sinnvoll!)

Geben Sie doch wenigstens offen zu: Sie wollen keine begabungsgerechte Förderung. Das sieht man auch an der Abschaffung der Lernmittelfreiheit. Ich sage Ihnen: Sparen an der Bildung unserer Kinder ist Versündigung an der nächsten Generation.

(Beifall bei der LINKEN)

Sie haben gesagt: Alle Kinder sollen aufsteigen können, unabhängig von der Herkunft und dem Geldbeutel der Eltern. - Dann sorgen Sie endlich dafür und reden Sie nicht nur darüber!

(Beifall bei der LINKEN)

Meine Damen und Herren von der schwarz-gelben Koalition, das Stichwort „Privatisierung“ zieht sich durch Ihr Programm wie ein roter Faden. Sie wollen private Bahnen. Sie wollen mehr private Medien; das glaube ich Ihnen im Übrigen sehr gerne, weil die Ihnen auch immer gerne helfen. Frau von der Leyen hat zwar mehrfach versprochen, dass sie die Landeskrankenhäuser nicht privatisieren wird; sie hat es dann aber trotzdem getan - so viel zu Ihrem „Wir halten unsere Versprechen“! Jetzt loben Sie sich für dieses tolle Privatisierungsprojekt im Gesundheitswesen, mit dem Sie die Gesundheit der Menschen zur Ware degradiert haben. Wir rechnen übrigens damit, dass Sie demnächst auch den Strafvollzug privatisieren wollen. Der Versprecher von Herrn Hirche vorhin - von wegen „Justizvollzugsgesellschaft“ - war ja schon ganz bezeichnend.

(Beifall bei der LINKEN)

Noch ein paar Worte zur Logik solcher Privatisierungsvorgänge. Das läuft ja so: Erst verkaufen Sie etwas oder machen ÖPP oder PPP. Dann freuen Sie sich über den kurzfristigen Geldfluss oder die kurzfristigen Einsparungen. Dann passiert, womit zu rechnen war: An vorderster Front und als erstes Argument stehen nun Gewinne und nicht mehr die bedarfsgerechte Erfüllung der Aufgaben. Dann kommt das, was immer kommt: Die zuständigen Politiker regen sich furchtbar auf. Sie sagen dann: So haben wir uns das aber nicht gedacht. So haben wir uns das nicht vorgestellt. So haben wir das nicht gemeint. Jetzt können wir überhaupt keinen Einfluss mehr nehmen. Jetzt können wir darüber gar nicht mehr mitbestimmen.

Wir sehen das im Energiebereich: Die vier großen privatisierten Energiekonzerne haben ihre Gewinne in den letzten fünf Jahren verdreifacht. Jetzt geht das Gejammer los. Jetzt kommen nette Appelle wie der, sie sollten die Energie an Hartz-IV-Empfänger billiger abgeben. Wenn das nicht aus Sicht der Betroffenen so traurig wäre, dann könnte man wirklich darüber lachen. Das ist schon fast drollig.

(Beifall bei der LINKEN)

Auch mit diesem Privatisierungskurs treiben Sie Menschen in die Wahlenthaltung. Wenn Politiker

nichts mehr zu sagen haben, egal ob sie in der Regierung oder in der Opposition sind, dann ist es doch auch wirklich egal, welche Partei man wählt. Wenn sie sich aus sämtlichem Einfluss herausziehen und öffentliche Aufgaben privatisieren - das ist Ihr Text; das Wort „öffentlich“ sagt es doch schon -, dann ziehen sie sich aus demokratischem Einfluss heraus, dann nehmen sie politischen Einfluss weg. Dann dürfen sie sich nicht wundern, wenn Menschen sagen: Es ist völlig egal, wen ich wähle oder ob ich überhaupt hingehe.

(Beifall bei der LINKEN - Karl-Heinz Klare [CDU]: Sie wollen doch das Umgekehrte! Sie wollen doch die Verstaatlichung!)

- Wir wollen weder staatliche Bäckereien noch staatliche Schlossereien. Das ist alles Blödsinn. Wenn Sie das alles über einen Kamm scheren und sagen, wir wollten alles verstaatlichen,

(Karl-Heinz Klare [CDU]: Das tue ich gar nicht! Ich frage ja!)

dann ist das einfach nicht wahr. Dazu komme ich gleich noch einmal. Lesen Sie einmal unser Programm! Dann werden Sie schlauer.

(Nein! bei der CDU)

Das kann nicht schaden.

(Beifall bei der LINKEN - Zurufe von der CDU und von der FDP)

- Frau Wegner teilt nicht in jedem Punkt meine Meinung. Schon gar nicht teile ich in jedem Punkt ihre.

(Dr. Philipp Rösler [FDP]: In welchem denn nicht?)

Das darf ich an dieser Stelle auch einmal sagen.

In der Verkehrspolitik will diese neoliberale Koalition in Niedersachsen alle Fehler fortsetzen, die sie schon in den letzten fünf Jahren gemacht hat. Zum ÖPNV gibt es nur vage Andeutungen: Den kläglichen Rest, der noch übrig geblieben ist, wollen Sie erhalten. Wie Sie das genau machen wollen, sagen Sie nicht. Dafür ist aber viel von landschaftszerstörenden, umweltschädlichen, autofördernden Straßenbauprojekten die Rede. Eine vernünftige Anbindung der ländlichen Räume im Personenverkehr interessiert Sie offensichtlich überhaupt nicht. Jedenfalls ist das da nun wirklich nicht herauszulesen.

Die Verkehrspolitik ist übrigens auch ein gutes Beispiel für die Verzahnung von Landes- und Bundespolitik. Lassen Sie mich an dieser Stelle ganz deutlich sagen: Die alte und neue Landesregierung hat allen sozialpolitischen Skandalen der letzten Jahre zugestimmt. Sie haben mit dafür gestimmt, dass die Rente mit 67 eingeführt wird. Sie haben Hartz IV mit vorangebracht. Sie haben für Zwangsverrentung gestimmt. Sie haben für die Riesterrente mitsamt dem darin enthaltenen Anlagebetrug gestimmt. Sie haben im Übrigen auch dem Krieg in Afghanistan zugestimmt.

Die schlimmste Bedrohung für 8 Millionen Niedersachsen ist der Krieg. Ich sage Ihnen: Wenn dieser Landtag am 22. April tatsächlich zur Applauskulisse für Soldaten, die an die Front ziehen, degradiert werden soll, dann haben Sie an dieser Stelle mit unserem Widerstand zu rechnen. Das machen wir nicht mit.

(David McAllister [CDU]: Bleiben Sie weg! - Dr. Philipp Rösler [FDP]: Eine Peinlichkeit!)

- Uns wird sicherlich etwas Sinnvolleres einfallen als wegzubleiben.

(Karl-Heinz Klare [CDU]: Sie können dann ja ausziehen!)

Meine Damen und Herren von der schwarz-gelben Koalition, Sie haben sich entschieden, nichts neu zu entscheiden, sondern einfach so weiterzumachen wie bisher. In Ihrer Regierungserklärung und auch in Ihrer Koalitionsvereinbarung ist sehr viel von Nachhaltigkeit die Rede. Mein Fazit ist: Nachhaltig ist bei Ihnen vor allen Dingen eines, nämlich Ihre ausgeprägte Erkenntnisresistenz.

Herr Rösler, wenn Sie wollen, dass wir schnell wieder gehen,

(Dr. Philipp Rösler [FDP]: Ja!)

dann müssen Sie dazulernen, dann werden Sie diese Erkenntnisresistenz überwinden müssen, dann müssen Sie Hartz IV abschaffen, dann müssen Sie mit Kriegseinsätzen aufhören, dann müssen Sie auch aufhören zu privatisieren. Dann könnte es sein, dass Sie uns loswerden. Sie werden uns ganz bestimmt nicht mit billiger Polemik los. Das wird nicht funktionieren.

(Beifall bei der LINKEN)

In Ihrem ganzen „Weiter-so“ ficht es Sie von der CDU auch überhaupt nicht an, dass Sie fast eine halbe Million Wähler verloren haben. Im Klartext:

Sie haben ein Viertel Ihrer Wählerinnen und Wähler verloren. Sie haben sie mit Ihrer Politik so vergrellt, dass sie entweder andere Parteien gewählt haben - 27 000 Wähler sind übrigens von der CDU zu uns gekommen - oder gar nicht mehr gewählt haben. Sie haben fast eine Viertelmillion Wählerinnen und Wähler mit Ihrer Politik in die Wahlenthaltung getrieben. Sie haben sie von den Wahlurnen weggetrieben. Das haben Sie verursacht.

(Zustimmung von Dr. Manfred Sohn [LINKE])

Das stört Sie aber überhaupt nicht. Das gibt Ihnen überhaupt nicht zu denken. Sie wollen weitermachen wie bisher.

(Karl-Heinz Klare [CDU]: Wie ist das denn überhaupt so mit Mehrheit und Minderheit? Das kann man doch einmal erklären!)

Meine Damen und Herren von den Regierungsparteien, wir als DIE LINKE sehen unsere Aufgabe in der Opposition darin, dass wir Ihnen dieses „Weiter-so“ nicht durchgehen lassen. Wir wollen aus der Opposition heraus auf die Politik in diesem Land so einwirken, dass sie wenigstens ein bisschen gerechter wird und den Bedürfnissen der Menschen ein bisschen näher kommt als das, was Sie heute in der Regierungserklärung kundgetan haben. Weil uns aber natürlich klar ist, dass Sie aufgrund der Mehrheitsverhältnisse in diesem Parlament an vielen Stellen trotzdem einfach machen werden, was Sie machen möchten, was Sie scheuklappenbedingt für richtig halten,

(Ursula Körtner [CDU]: In der DDR war das anders! - Karl-Heinz Klare [CDU]: Bei Castro ist das auch anders!)

werden wir dann wenigstens deutlich machen, wofür Sie wirklich stehen. Das sehen wir als unsere Aufgabe für die nächsten fünf Jahre in diesem Parlament an. Unsere Anträge werden Sie zwingen, Stellung zu beziehen. Sie werden dafür stimmen müssen, oder Sie werden dagegen stimmen. Das ist Ihre Entscheidung.

(Karl-Heinz Klare [CDU]: Dagegen! Wir haben uns schon festgelegt!)

- Das machen Sie dann mal an den entsprechenden Stellen. Dann werden die Menschen sehen, dass es Ihnen nicht darum geht, dass man von seinem Lohn leben kann. Die Menschen werden

sehen, dass es Ihnen nicht darum geht, Bildungschancen für alle Kinder unabhängig vom Geldbeutel der Eltern bereitzustellen. Das werden wir deutlich machen. Auch das ist Aufgabe der Opposition.

(Beifall bei der LINKEN)

Meine Damen und Herren von der CDU, bei der Diskussion über die Sitzverteilung in diesem Parlament haben wir der Presse entnehmen können, dass Sie nun wirklich auf keinen Fall neben den Linken sitzen wollen.

(David McAllister [CDU]: Natürlich nicht! - Weitere Zurufe von der CDU)

- Es ist ja gut. Das müssen Sie ja nicht. Es ist ja alles gut.

(David McAllister [CDU]: Sie sitzen dort schon ganz richtig neben der SPD!)

Ich kann Sie an dieser Stelle über eines aufklären. Übrigens ist auch die Labour Party eine Partei des demokratischen Sozialismus;

(David McAllister [CDU]: Seit Tony Blair nicht mehr!)

lesen Sie das einmal nach. Wollen Sie die auch als linksextrem bezeichnen? Demokratischer Sozialismus und auch sonst politische Einsichten, auch klügere Einsichten, sind keine ansteckenden Krankheiten, die man durch Tröpfcheninfektion vom Sitznachbarn bekommt.

(Zuruf von der CDU: Gott sei Dank! - Karl-Heinz Klare [CDU]: Da bin ich mir nicht so sicher!)

- Sie sitzen doch nicht neben uns. Das haben wir doch geklärt. Sie müssen nicht neben uns sitzen. - Neue politische Überzeugungen und Erkenntnisgewinne im politischen Bereich ergeben sich durch aufgeschlossenes Zuhören, durch inhaltliche Auseinandersetzung statt Polemik und vielleicht auch durch Lesen des einen oder anderen Parteiprogramms anderer Parteien. Das kann nicht schaden. Auch Herrn McAllister würde das gut tun.

(David McAllister [CDU]: Ich habe es gelesen!)

- Ich glaube nicht, dass Sie unser Programm gelesen haben. Sonst würden Sie nicht solche Aussagen treffen, wie Sie das heute getan haben.

(David McAllister [CDU] hält ein Papier in die Höhe)

- Das ist nicht unser Parteiprogramm. Sie müssen einmal auf die Überschriften achten. Dann wüssten Sie, dass das nicht unser Programm ist.

Wenn Sie das, statt dumpfe Vorurteile zu pflegen, tun würden, wäre vielleicht die Möglichkeit gegeben, dass Sie an dieser Stelle etwas dazulernen und ein bisschen reflektiert Stellung beziehen könnten. Ich fürchte allerdings, das wird bei Ihnen auch zukünftig nicht stattfinden. Ich fürchte auch für Niedersachsen, dass Sie völlig unbeirrt an Ihrem Fehlkurs festhalten werden. Das wird dazu führen, dass Sie noch einmal ein paar hunderttausend Wähler an andere Parteien und an die Nichtwähler verlieren. Dann werden Sie 2013 in der Opposition landen. Das ist der Platz, auf den Sie nach dieser Politik gehören.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Hans-Werner Schwarz:

Die Fraktion DIE LINKE hatte sich die restliche Redezeit geteilt. Zu Wort gemeldet hat sich noch Herr Herzog. - Herr Herzog, Ihnen stehen noch 13:56 Minuten zur Verfügung.

(Frank Oesterhelweg [CDU]: Haben die Probleme mit den Stimmbändern?)

Kurt Herzog (LINKE):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Verehrter Herr Minister Hirche, als ich heute Morgen Walters Märchenstunde gehört habe, dachte ich sofort an das Lied, das wir sicherlich gemeinsam singen könnten, „Mein Gott Walter“ von Mike Krüger. Sie erinnern sich. Der Minister hat die Regierungserklärung außerordentlich gut vorgelesen. Dagegen ist nichts zu sagen. Das täuscht allerdings nicht darüber hinweg, dass das außerordentlich inhaltsleer war.

(Beifall bei der LINKEN)

Meine Damen und Herren, ich will die Ausführungen meiner beiden Vorrednerinnen und Vorredner ergänzen und insbesondere auf den Bereich Umwelt und Energie eingehen. Lieber Stefan, hier steht das grüne Mäntelchen, von dem du gesprochen hast. Aber vielleicht ist dieses grüne Mäntelchen etwas glaubwürdiger als das linke Mäntelchen, das sich die Grünen umhängen wollen. Immerhin ist das eine Partei, die Hartz IV initiiert und durchgesetzt hat.

(Beifall bei der LINKEN - David McAllister [CDU]: Waren Sie früher bei den Grünen?)

- Ja, ich war früher bei den Grünen. Genau.

Sie haben einen Koalitionsvertrag gemacht, der zum Thema „Umwelt und Energie“ - immerhin neben dem Sozialen das Hauptproblem der Zukunft - ganze eineinhalb Seiten enthält, Herr McAllister. Das ist das dürftigste Programm, das ich je gesehen habe. In jedem Gemeinderat, in dem eine Absprache unter Parteien getroffen wird, wird mehr in eine solche Vereinbarung geschrieben, als das bei Ihnen der Fall ist.

(Beifall bei der LINKEN - Björn Thümler [CDU]: Dabei kommt aber nichts heraus!)

Sie haben es in den fast vier Stunden, in denen Sie jetzt vorgetragen haben, in keiner Weise geschafft, auch nur in irgendeiner Form deutlich zu machen, wie Sie dieses Problem angehen wollen.

Fazit: Diese Regierung ist eine Gefahr für die Gesundheit und ein Garant für den sozialen Unfrieden.

(Beifall bei der LINKEN)

Lassen Sie mich das anhand einiger Punkte erklären. Das beginnt mit der personellen Ausgestaltung in diesem Bereich. Der Minister ist der alte oder - besser gesagt - der gebrauchte.

(Ursula Körtner [CDU]: Ihre Leute sind abgehauen; sowohl Gisy als auch Lafontaine!)

- Das kann ich Ihnen nachher erklären. - Er hat einen neuen, erweiterten, Titel bekommen. Er hat ein neues Arbeitsgebiet bekommen. Aber auch Sie müssen doch sehen, dass er schon mit dem alten Arbeitsgebiet überfordert ist.

(Beifall bei der LINKEN)

Sie haben in Ihrer Regierungserklärung, die wenig Neues bietet, versucht, die letzten fünf Jahre als Erfolgsstory zu verkaufen. Der Kollege Jüttner hat sehr schön dargestellt, was *GEO*, ein renommier-tes Blatt, über Ihre Umweltbilanz schreibt. *GEO* stellt fest, außer Nordrhein-Westfalen ist Niedersachsen das einzige Land, das kein Umweltkonzept hat. Sie haben es in fünf Jahren nicht geschafft, ein solches Konzept in irgendeiner Form aufzustellen.

In dem Ranking der Bundesländer in den verschiedenen Kategorien rangiert Niedersachsen zwischen Platz 11 und 14. Das ist eine Fünfjahresbilanz, die sich sehen lässt, Herr McAllister. Da würde ich langsam etwas tun.

Bei den erneuerbaren Energien beträgt der Anteil in Niedersachsen bisher 13 %. Ein vergleichbares Flächenland, Mecklenburg-Vorpommern, kommt auf 34 %. Sie wollen 2020 bei gerade mal 25 % landen.

(David McAllister [CDU]: Ehrgeizig!)

Das ist eine Bankrotterklärung für fünf Jahre verfehlter Politik.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich will noch einmal das Bild der Postkutsche bemühen. Das ist eine Postkutsche, die bergauf fährt, aber keine Pferde hat, sondern Schnecken.

Sie reden von Technologie und einem Energiemix. Natürlich nennen Sie zuerst die erneuerbaren Energien und am Ende die Kernenergie. Gemeint ist aber etwas anderes. Sie reden zuerst von Umweltverträglichkeit. Aber Sie, Herr McAllister, waren vorhin ehrlicher. Sie haben bei dem Energiemix zuerst die Wirtschaftlichkeit genannt. „Wirtschaftlichkeit“ heißt bei Ihnen, dass Sie die Höchstgewinne der Energieriesen sichern, anstatt die Existenzen der Menschen, die davon betroffen sind. Die Verbraucherpreise explodieren. Die Untätigkeit Ihrer Regierung ist, mit Verlaub, eine soziale Frechheit.

(Beifall bei der LINKEN)

Sie öffnen weiterhin die Büchse der Pandora. Sie wollen im Bereich der Energieerzeugung weiterhin ohne Landebahn fliegen. Nach wie vor ist dieses Bild richtig. Sie wollen im Bereich der AKW weiter forschen, Sie wollen neue AKW-Technologie. Vor allem wollen Sie die Laufzeiten verlängern. Sie haben nichts aus all den Pannen, Pleiten, GAUs, Super-GAUs und Fast-GAUs gelernt. Sie machen so weiter, obwohl in Krümmel ein Kernkraftwerk brennt, das nicht einmal angeschaltet ist.

(Bernd Althusmann [CDU]: Ein solcher Unsinn!)

Sie machen so weiter, obwohl Ihnen die Kinderkrebsstudie zeigt: Da muss irgendetwas im Busche sein. - Das wird aber alles verdrängt.

(Beifall bei der LINKEN - Zustimmung von Stefan Wenzel [GRÜNE])

Genauso verdrängen Sie das Problem der Leukämie in der Elbmarsch. Ich sehe nicht, dass Sie endlich einmal den Ursachen auf den Grund gehen.

Zum Thema Endlager. Die Begriffe „Gorleben“ und „Asse II“ nehmen Sie nicht mehr in den Mund - aus gutem Grund.

(David McAllister [CDU]: Das steht in der Koalitionsvereinbarung!)

In vier Stunden Vorstellung hier im Parlament haben Herr Hirche und Sie aber gekniffen.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich will Ihnen auch sagen, warum. Asse II säuft ab, bricht zusammen. Sie sind aber nicht fähig zu sagen: Das Land Niedersachsen muss die Bundesregierung oder wen auch immer in die Pflicht nehmen, damit wir dieses Problem lösen.

(Zurufe von der CDU)

Sie haben Angst davor, weil Sie dann zugeben müssten, dass diese Technologie gerade im Endlagerbereich komplett gescheitert ist.

(Beifall bei der LINKEN)

Kommen Sie einmal nach Gorleben. Ich werde Ihnen ein bisschen etwas darüber erzählen.

(Frank Oesterhelweg [CDU]: Erzählen können Sie viel!)

Sie wissen ganz genau, warum Sie sich um den Begriff „Gorleben“ drücken. Sie sind zu feige,

(Reinhold Coenen [CDU]: Mäßigung!)

hier ganz klar zu sagen: Wir, CDU und FDP, wollen Gorleben als Endlager. - Sie sind zu feige.

(Reinhold Coenen [CDU]: Unverschämtheit!)

Herr Rösler, der, wie mir aus sicherer Quelle gesagt wurde, bis vor ein paar Jahren ein scharfer Atomgegner war, muss sich diesbezüglich neu orientiert haben.

(David McAllister [CDU]: Sagt das der Geheimdienst?)

- „Geheimdienst“ ist ein wichtiges Thema. Ich komme darauf, Herr McAllister. - Ich als Wendländer weiß sehr gut, was Bespitzelung bedeutet. Ich weiß das. Ich weiß auch, was es bedeutet, die größten Polizeieinsätze der Nachkriegsgeschichte miterleben zu müssen. Wenn Sie von „Nachrüstung der Polizei“ reden, dann will ich Ihnen sagen:

Nachrüsten an einer Stelle - Namensschild für die Beamten. Dann wären wir endlich einmal ein Stück weiter.

(Beifall bei der LINKEN)

Als ich gestern den Altregierungschef Ernst Albrecht sah, hatte ich sofort eine Assoziation, meine Damen und Herren. Vor 25 Jahren hatte dieser Ministerpräsident, der leider nicht mehr da ist, im Gegensatz zu Ihnen die Größe zu sagen: Die Wiederaufarbeitungsanlage ist in Lüchow-Dannenberg nicht durchsetzbar, politisch nicht durchsetzbar. - Diese Größe haben Sie aber nicht. Sie halten sich stattdessen an Floskeln fest. Sie schauen nicht auf die Probleme: fehlendes Deckgebirge, fehlende Mehrfachbarriere. - Sie wollen das - im wahrsten Sinne des Wortes - auf Teufel komm raus durchdrücken. Dafür brauchen Sie natürlich ein Schmiermittel. Sie nennen das in Ihrer Schrift „gerechter Ausgleich der betroffenen Region“. Ich möchte gern einmal hören, was gerecht ist.

(Wolfgang Jüttner [SPD]: Die Höhe ist verhandelbar!)

Warum „Ausgleich“? Ausgleich für was? Ausgleich für welche Nachteile? - Sie nennen sie nicht, und zwar aus gutem Grund nicht. Ich will Ihnen aber einmal vortragen, was die Bevölkerung in Lüchow-Dannenberg zum Thema Schmiermittel sagt.

(Ernst-August Hoppenbrock [CDU]: Welche Bevölkerung?)

Schmiergeld - und sonst nichts -, um die Räte gefügig zu machen, ändert an der Strukturarmut dieses Landkreises überhaupt nichts. - Ich hätte gern mehr Zeit, um Ihnen auch das noch einmal zu erzählen, was da passiert.

(Beifall bei der LINKEN)

Kommen wir noch einmal zum Hochwasserschutz, einem der Spezialthemen des alten und neuen Ministers. Im Wesentlichen sollen Deiche erhöht werden. Ich habe aber nichts darüber gehört, wie Sie an die tatsächlichen Ursachen herangehen wollen. Herr Minister, wir sitzen ja quasi nebeneinander, sodass wir uns gut miteinander unterhalten können.

(Oh! bei der CDU und bei der FDP)

- Ja, er hat schon ein bisschen Angst. Das färbt ab. Er hat mir gesagt, er würde sein altes Schild an seinem Büro kleben lassen. Er wolle nur „Klimaschutz“ klein darunterkleben.

Meine Damen und Herren, noch vor zehn Jahren haben selbst höchste Repräsentanten Ihrer Bundesregierung - allen voran Frau Merkel - den Klimawandel geleugnet.

(Zuruf von der CDU: Das ist gelogen!)

Das will heute natürlich niemand mehr wahrhaben. Es ist aber so.

(Zuruf von Minister Walter Hirche)

- Genauso ist es, Herr Hirche. - Sie reden in Ihrer Koalitionsschrift von „Beteiligung der Bürger“ und vom „Dialog mit den Naturschutzverbänden“. Ich will Ihnen jetzt einmal etwas sagen.

(Zuruf)

- Ich kenne Ihren Namen noch nicht, aber ich werde Sie ja noch kennenlernen. - Die Deutsche Umwelthilfe, den BUND und den NABU können Sie und auch der Minister nicht gemeint haben; denn mit diesen Naturschutz- und Umweltverbänden spricht der Minister nicht. Er spricht mit ihnen nicht. Er muss sich von der Deutschen Umwelthilfe auch sagen lassen, dass sein als Sieg verkaufter Stopp durch die EU eben kein Sieg und auch kein Freispruch erster Klasse ist. Vielmehr bleibt er, was er ist: ein unbelehrbarer Motorsägenhase. Wenn Sie damit nach außen hin aber verkaufen wollen, dass es Ihr Dialog mit der Bevölkerung und mit den Naturschutzverbänden ist, wenn einer allein rausgeht und mit der Motorsäge eigenhändig solche Bäume kappt, dann tut es mir leid.

(Beifall bei der LINKEN)

Herr McAllister, Sie haben vorhin einen sehr schönen Versprecher gemacht. Ich glaube, Ihre Parteikollegen in Lüchow-Dannenberg werden Ihnen das um die Ohren hauen. Sie sprachen nämlich vom Nationalpark Elbtalaue. Ich finde es gut, dass Sie offensichtlich vorhaben, das Biosphärenreservat in einen Nationalpark umzuwandeln. Da sind wir d'accord. Trotzdem bin ich mir sicher, dass auch hier das Motto wie vorhin schon im Hinblick auf die Nachhaltigkeit wieder nur „nachhaltig aussitzen“ sein wird. Aus meiner Sicht wird der Kahlschlag in der Elbtalaue weitergehen. Auch die Dioxinproblematik in den Außendeichsflächen wird ausgesessen. Als Denkmal für Ihren Ministerpräsidenten Wulff werden Sie außerdem eine 70 Millionen Euro teure Brücke bei Neu Darchau durch ein Naturschutzgebiet kloppen. Das sind Ihre nachhaltigen Projekte für die nächsten fünf Jahre.

Ich komme zu meinem Fazit: Diese Regierung setzt auf verbrauchtes Personal. Sie klebt ein neu-

es Etikett unter die alten Etiketten auf alten Ordnern, in denen sich leere Floskeln befinden. Ihr Eigenlob - das ist das, was mir heute Morgen am meisten missfallen hat - stinkt bis in die letzte Ecke dieses Plenarsaals.

(Beifall bei der LINKEN - Widerspruch bei der CDU)

Ich hatte keine Ahnung, dass dieses Beifallkloppen in dieser Frequenz hier üblich ist. Das ist eine schöne Gepflogenheit. Ich würde Ihnen aber empfehlen: Klopfen Sie auf die Schultern Ihrer Vordermänner. Das schont meine empfindlichen Ohren.

(Heinz Rolfes [CDU]: Dann gehen Sie doch raus!)

Außerdem kommt das Ihrem Bedürfnis nach Eigenlob einfach näher.

(Beifall bei der LINKEN)

Nun noch ein kurzes Wort zu Ihnen, Herr Rösler.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Vizepräsident Hans-Werner Schwarz:

Herr Herzog, Sie bewegen sich mit Ihrer Ausdrucksweise in einem äußerst grenzwertigen Bereich. Wir sind hier in einem Parlament.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Das ist unser erster Tagungsabschnitt. Ich bitte Sie wirklich herzlich darum, sich anders zu äußern. - Sie haben jetzt noch genau eine Minute Redezeit.

Kurt Herzog (LINKE):

Ich bin auch gleich fertig. - Herr Präsident, ich nehme das gerne an. Wir Wendländer kennen uns mit Grenzwerten sehr gut aus. Von daher habe ich damit kein Problem. Ich bitte Sie allerdings, hier auch zu berücksichtigen, was mir von der rechten Seite des Auditoriums entgegenschallt.

(Zurufe von der CDU)

Herr Rösler, Sie wollen gern, dass wir verschwinden. Ich will Ihnen sagen: Die Entscheidung darüber, ob wir verschwinden oder nicht - das hat meine Kollegin Flauger hier sehr schön dargestellt -, trifft die Wählerin oder der Wähler. Ich kann Ihnen nur sagen: Gucken Sie sich Hamburg an! Sie werden dann feststellen, wer verschwindet. Das ist nicht die Linke, sondern die FDP.

Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Hans-Werner Schwarz:

Meine sehr verehrten Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen mir nicht mehr vor. Damit ist die Aussprache über die Regierungserklärung beendet.

Wir kommen nun zur Festlegung von Zeit und Tagesordnung des nächsten Tagungsabschnitts. Der nächste, der zweite Tagungsabschnitt ist für die Zeit vom 9. bis 11. April 2008 vorgesehen. Inwieweit alle drei Tage benötigt werden, richtet sich nach den bis zur nächsten Sitzung des Ältestenrates am 2. April 2008 vorliegenden Beratungsgegenständen. Der Präsident wird den Landtag einberufen und im Einvernehmen mit dem Ältestenrat den Beginn und die Tagesordnung der Sitzungen bestimmen.

Der erste Tagungsabschnitt ist beendet. Ich wünsche Ihnen eine gute Heimfahrt und schließe die Sitzung.

Schluss der Sitzung: 17.08 Uhr.